

Anträge

Inhaltsverzeichnis

A - Arbeit

A01	Wiederholungstermine bei Abschlussprüfungen von Ausbildungsberufen	28
A02	Übernahmepflicht nach der Berufsausbildung	40
A03	Mitbestimmung 4.0	99
A04	Der*die Ausbildende sollte bei den Prüfungen vor Ort sein	160
A05	Betriebsräte in sachgrundloser Befristung schützen	173
A06	Befristungen in der Wissenschaft bekämpfen	174
A07	Barrierefreie Unternehmen	177
A08	Arbeit 4.0 für Arbeitnehmer*innen nutzen: 30 Stunden Woche einführen	187
A09	Anpassung des Entgeltfortzahlungsgesetz	188
A08-Ä0 3	Änderungsantrag zu A08	190
A08-Ä02	Änderungsantrag zu A08	191
A08-Ä01	Änderungsantrag zu A08	192
A07-Ä01	Änderungsantrag zu A07	193

B - Bildung

B02	Solidarsemester Jetzt! – Vergleichbare Nichtanrechnung des Semesters	44
B03	Sex education	52
B04	Schulsozialarbeit an allen Schulen für junge Menschen	53
B05	Rassismus raus aus den Köpfen und den Schulen!	62
B06	Queere Bildung	64
B07	Nachhaltige Bildungseinrichtungen	88
B08	Lehrer*innen verdienen mehr!	102
B09	KZ-Besuch auf weiterführender Schule ermöglichen	106
B10	Kostenlose Schulmaterialien	107
B11	Kochen in der Grunschule	108
B12	Klimawandel im Schulunterricht	109
B13	Kleine Studienfächer erhalten – Landesformel reformieren!	110
B14	Kleine Studienfächer erhalten – Landesformel reformieren!	112
B15	Kinder und Jugendliche vor sexueller und häuslicher Gewalt schützen	114
B16	Hochschulstandort Helmstedt: Studieren in der ehemaligen Universitätsstadt	127
B17	Gegen Klischees in Schulbüchern	131
B18	Erste Lehren aus Corona: Die digitale Transformation an Bildungsstätten ist überfällig!	138
B01	Ernährung als Schulfach	140
B19	Duldung fürs Studium	149
B20	Digitalpakt verstetigen	150
B21	Digitalisierung in Bildungseinrichtungen	151
B22	Digitalisierung in Bildungseinrichtungen	154
B23	Bauliche und digitale Ausstattung an Schulen	175
B24	Aktionstage Feminismus und Antifaschismus an Schulen	196

B25	Abschaffung der Begrenzung der Versicherung für Studierende auf den Zeitraum von 14. Fachsemestern	199
-----	--	-----

D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

D01	Wir wollen keine Floskeln! Wir wollen einen Kampf dem Antisemitismus!	25
D02	Völkische Landnahme endlich beenden	34
D03	Rechte Netzwerke bei Bundeswehr und Polizei zerschlagen	59
D04	Name it: Es ist Rassismus!	87
D05	Mehr Professuren für Antisemitismusforschung	100
D06	Keinen Fußbreit rechten Nazihipstern: Die „Identitären“ konsequent bekämpfen	115
D07	Keine Zusammenarbeit mit esoterischen Antisemit*innen	118
D08	Kein Vergeben, kein Vergessen – kein Schlußstrich bei den Taten des NSU	120
D08- Ä01	Änderungsantrag zu D08	189

Fem - Feminismus

Fem01	Single Women – eine feministische Betrachtung von Beziehungskonzepten und Kinderlosigkeit	49
Fem02	Öffentlich-Rechtliche feministische Pornographie	73
Fem03	Herstory – den Gender Daten Gap endlich schließen	128
Fem04	Flächendeckende Ausstiegshilfen für Menschen in der Prostitution	132
Fem05	Data2x auch in Europa	161

Fin - Finanzen

Fin01	Verstaatlichung aller Krankenhäuser und Kliniken	36
Fin02	Reform der Erbschaftssteuer	58
Fin03	Abschaffung der SCHUFA – Einführung einer staatlichen Wirtschaftsauskunft	197

G - Gesundheit und Pflege

G01	Verbot von Konversionstherapien	39
G02	Psychologische Betreuung bei Erwerbslosigkeit	69
G03	Infektprävention	122
G04	Gendermedizin als Standard – der Mensch ist nicht männlich!	130
G05	Finanzierung notwendiger Therapien durch die Krankenkasse	134
G06	Einheitliche Zigarettenverpackungen	143
G07	Eine Versicherung für alle	145
G08	Eine Versicherung für alle	146
G09	Eine Versicherung für alle	147
G10	Bürgerversicherung ist Wahlprogramm	166
G11	Bildung und Therapien gerecht gestalten	167
G12	An Apple a day keeps the doctor away!	194

I - Inneres

I01	Niedersachsen beim eSport gerade afk?!	81
I02	Hufeisen im Reitstall lassen	124
I03	Big Data - Aber richtig!	168
I04	Beziehungstat? Femizide!	170

Int - Internationales

Int01 Niedersachsen soll sich stärker bei der OPSON Operation einbringen 80

O - Organisatorisches

001 System zur Antragsverfolgung

43

S - Soziales

S01	Wohnungsbau voranbringen!	24
S02	Wickeltische für alle!	29
S03	Weg mit der Merkelsteuer	30
S04	Rundfunkgebühren für Azubis, Schüler*innen, Rentner*innen und Studierende senken	55
S05	Obdachlosigkeit bekämpfen, nicht Obdachlose!	78
S06	Fahrtkostenerstattung für Arbeitnehmer*innen bei stufenweiser Wiedereingliederung in das Arbeitsleben	135
S07	Bezahlbarer Wohnraum für alle	172

U - Umwelt

U01	Wasser ist ein Menschenrecht!	31
U02	Verschwendung vorbeugen – Containern legalisieren	37
U03	Regionalisierte Landwirtschaft	56
U04	New Blue Deal: Natur&Wirtschaft im selben Boot	84
U05	Energiewende in öffentliche Hand	141
U06	Das kommt uns nicht in die Tüte!	162

V - Verkehr

V01	Tempolimit JETZT! Tempolimit für PKW, LKW und Bus auf Autobahnen & Überholverbot für LKW	41
V02	Tempo 30 innerorts	42
V03	Mobiles Niedersachsen - eine nachhaltige, soziale, feministische Verkehrswende	92
V04	Ein niedersächsisches Schüler*innenticket für bessere, günstigere und umweltfreundlichere Mobilität von Schüler*innen und Auszubildenden	148

X - Sonstiges

X01	Zukunft wird vor Ort gemacht! - Unsere jungsozialistischen Vorstellungen von Kommunalpolitik	16
X02	Verkauf von Sachen, bei den die Nutzung verboten ist, verbieten	38
X03	Solidarität ist eine Waffe – we stand with Rojava	47
X04	Pfand überall	71
X05	Ost-West-Freundschaft fördern	72
X06	Langfristiger Erhalt der Schwimmbadinfrastruktur in Niedersachsen Bestehende Hallen- und Freibäder zur pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe erklären	104
X07	Es reicht! Bunte-Socken-Pflicht für alle endlich durchsetzen!	136

02 Geschäftsordnung	129
01 Arbeitsprogramm	178

Antrag X01: Zukunft wird vor Ort gemacht! - Unsere jungsozialistischen Vorstellungen von Kommunalpolitik

Laufende Nummer: 73

Antragsteller/in:	Jakob Blankenburg (Landesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	X - Sonstiges
Herkunft:	Landesvorstand

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 In den Städten, Gemeinden und Landkreisen entstehen die Grundlagen einer gerechten,
2 offenen und demokratischen Gesellschaft. Hier wird das Zusammenleben vor Ort
3 organisiert und Solidarität gelebt. Die Kommunen sind dabei auch oft Brutkasten für
4 neue Ideen, Herangehensweisen und Modellen. Hier wird im kleinen ausprobiert, was für
5 die gesamte Gesellschaft zukunftsweisend werden kann. Darum liegen in der
6 Kommunalpolitik für uns Jusos große Gestaltungsmöglichkeiten. Deshalb ist für uns
7 klar: Bei der Kommunalwahl 2021 muss unser Ziel sein möglichst viele
8 jungsozialistische Kandidat*innen aufzustellen und in die Räte und Kreistage zu
9 bringen.

10

11 Als Flächenland haben unsere Städte, Gemeinden und Landkreise die unterschiedlichsten
12 Strukturen: von boomenden Großstädten mit vielen Studierenden, bis zur kleinen
13 Gemeinde im ländlichen Raum. So unterschiedlich, wie die Kommunen an sich, sind auch
14 die Herausforderungen vor denen sie stehen. Und doch gibt es gemeinsame, aus unseren
15 Werten abgeleitete Grundsätze, die uns als Jusos über die kommunalen Grenzen hinweg
16 verbinden. Mit unseren jungsozialistischen Vorstellungen von Kommunalpolitik wollen
17 wir Grundsätze festlegen, die wir Jusos an die Kommunalwahlprogramme unserer
18 Mutterpartei stellen und für die wir in den Parlamenten kämpfen wollen.

19 **Kommunale Gleichstellungspolitik**

20 Die Gleichberechtigung ist ein Wesenskern der Menschenwürde. Frauen* machen häufig
21 bessere Schul- und Berufsabschlüsse als Männer und sind dennoch in Führungs- und
22 Entscheidungsprozessen in der Politik, der Wirtschaft, aber auch in der
23 Meinungsbildung unterrepräsentiert. Frauen* verdienen heute noch durchschnittlich
24 rund 21 Prozent weniger als Männer. Dieses geringere Gehalt ist kein Zufall, sondern
25 als strukturelle Diskriminierung zu deuten. In den Kommunalparlamenten sind Frauen*
26 heute noch immer in der Minderheit und auch was die Anzahl von Frauen* in
27 Führungspositionen in Verwaltung oder kommunalen Unternehmen angeht, ist
28 Niedersachsen im bundesweiten Vergleich Schlusslicht.

29

30 **Das wollen wir in unseren Kommunen bekämpfen, deshalb fordern wir:**

31

- 32 • Gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- 33 • Mehr Frauen* in Führungspositionen in Verwaltung und kommunalen Unternehmen
- 34 • Faire Gehälter für Erzieher*innen, Pfleger*innen und Therapeut*innen
- 35 • Die Einstellung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in jeder
- 36 Kommune, vergütet mit einem fairen Lohn und insbesondere keiner
- 37 „Aufwandsentschädigung“
- 38 • Eine kostenlose Kinderbetreuung für alle
- 39 • Eine Veränderung der Arbeitsstrukturen, sodass Unternehmen Männern und Frauen
- 40 ihr Recht auf befristete Teilzeit zugestehen
- 41 • Die paritätische Verteilung der Elternzeit
- 42 • Die Förderung von Frauen*häusern und den Ausbau von Schutzplätzen
- 43 • Den Aufbau und die Förderung von Schutzräumen für LGBTIQ* (beispielsweise queere
- 44 Jugendzentren) und die Unterstützung von queerer Bildungsarbeit (wie etwa SCHLAU
- 45 Workshops in Schulen)

46 **Öffentliche Daseinsvorsorge**

47 Gerade in den Kommunen brauchen wir eine starke öffentliche Hand. Trotz angespannter
48 Haushalte dürfen die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht vernachlässigt
49 werden. Wenn wir Heute nicht das Morgen im Auge behalten, wird das Morgen immer das
50 Gestrige bleiben. Deswegen müssen wir in den Kommunen vor allem in die Bildung und
51 Infrastruktur investieren.

52 **Deshalb fordern wir:**

53

- 54 • Kommunale Wohnungsgesellschaften, mit denen Städte und Gemeinden auf dem
- 55 Wohnungsmarkt agieren und bezahlbaren Wohnraum schaffen können.
- 56 • Eine wohnortnahe medizinische Versorgung und Pflege im Alter - sowohl in der
- 57 Stadt als auch auf dem Land. Krankenhäuser sollten nicht privatisiert werden,
- 58 sondern in kommunaler Trägerschaft bleiben. Gleichzeitig muss eine Kommune für
- 59 gesunde Lebensbedingungen sorgen.
- 60 • Dass ÖPNV, die Benutzung von Schwimmbädern oder die Versorgung mit regenerativer
- 61 Energie für jede*n bezahlbar ist. Hier ist die Kommune gefragt, Preise und
- 62 Gebühren zu stabilisieren.
- 63 • Grundsätzlich begrüßen wir Rekommunalisierungen und genossenschaftliche Modelle.

64

65 **Wirtschaft**

66

67 In unseren Kommunen brauchen wir eine starke Wirtschaft, deren Grundpfeiler faire
68 Löhne und gerechte Arbeitsbedingungen für alle sind. Es muss einen stetigen Austausch
69 zwischen Politik, Verbänden, Gewerkschaften und der Wirtschaft geben. Denn alle
70 sollten das gleiche Ziel haben: Die eigene Region zum Wohle aller voranbringen.

71

72 **Deswegen sind für uns folgende Punkte für eine gute Wirtschaftspolitik wichtig:**

73

- 74 • Damit die Kommunen als Standort für Menschen und Unternehmen attraktiv bleiben,
75 brauchen wir eine gute Infrastruktur. Dazu gehört neben dem Ausbau der digitalen
76 Infrastruktur, insbesondere bezahlbarer Wohnraum, ein attraktiver ÖPNV und
77 weitere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Gesundheit und Erholung.
- 78 • Die Bereitstellung von Infrastruktur kostet Geld. Auch Unternehmen profitieren
79 von einer guten Infrastruktur. Deswegen braucht es angemessene Steuern und
80 Abgaben.
- 81 • Wirtschaftsförderungen erhalten und schaffen Arbeitsplätze. Kommunen sollten
82 über Wirtschaftsförderungen verfügen, die für einfache und transparente
83 Genehmigungsverfahren und für ein ausreichenden Bedarf an Gewerbeflächen sorgen.
84 Vor allem sollten innovative und nachhaltige Konzepte priorisiert werden.
- 85 • Wir wollen die Arbeitsplätze in der Region sichern, indem wir kommunale Aufträge
86 möglichst an regionale Unternehmen vergeben.

87 **Kommunale Jugend- und Bildungspolitik**

88 Eine gute und chancengerechte Bildungspolitik im weiter gefassten Sinne beginnt für
89 uns im frühkindlichen Alter und dauert ein Leben lang an.

90 **Daher fordern wir**

91 *im Bereich der Jugendhilfe*

- 92 • einen massiven Ausbau von Krippen- und Kitaplätzen, die kostenlos für alle sind
93 und nicht nur dort, wo es sich die Kommunen leisten können.
- 94 • eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Jugend- und Freizeitzentren unter
95 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, bei der die individuellen Bedürfnisse
96 der jungen Menschen im Mittelpunkt stehen.
- 97 • die Einführung von Jugendparlamenten in allen Kommunen, die noch nicht über ein
98 solches Gremium verfügen.

99 *im Bereich der Schulpolitik*

- 100 • ein Sonderinvestitionsprogramm zur Sanierung, Modernisierung und, wo notwendig,
101 zum Neubau von allgemeinbildenden Schulen. Marode Schulgebäude gehören der
102 Vergangenheit an. Eine intakte Gebäudeinfrastruktur muss von den Toiletten über
103 die Wärme- und Schalldämmung bis hin zu den Fachräumen, dem Brandschutz, der
104 Barrierefreiheit und dem Breitbandanschluss als Regelfall gewährleistet sein.

- 105 Eine Lockerung des Denkmalschutzes sollte in diesem Zusammenhang angestrebt
106 werden.
- 107 • die Fortsetzung und Erweiterung des Erfolgsprogramms Schule PLUS und
108 komplementärer kommunaler Förderprogramme, wie z.B. „Schulen mit besonderen
109 Herausforderungen“.
 - 110 • mehr Räumlichkeiten für Differenzierung, Ruhe und Erholung, um eine inklusive
111 Beschulung ermöglichen zu können, sowie einen flächendeckenden Ausbau von RZIs.
 - 112 • eine Erhöhung der m²-Zuweisung für das Personal in den kommunalen
113 Standardraumprogrammen zur Schaffung besserer Arbeitsbedingungen.
 - 114 • mehr Investitionen in den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsgrundschulen.
 - 115 • eine regionale und gesunde Mittagessenversorgung an allen Ganztagschulen.
 - 116 • der Zugang zum Bildungs- und Teilhabepaket muss vereinfacht und das Verfahren
117 entbürokratisiert werden, damit alle Anspruchsberechtigten die Leistungen daraus
118 erhalten können. Zudem soll geprüft werden, ob die Ressourcenverteilung an den
119 Schulen nicht durch einen Sozialindex mittels der Anzahl der
120 Anspruchsberechtigten erfolgen kann.
 - 121 • die Einführung des Zwei-Säulen-Modells in allen Kommunen.
 - 122 • eine Förderung der sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen von jungen
123 Menschen über den Austausch mit internationalen Städtepartnerschaften.
 - 124 • die Einrichtung einer Anti-Diskriminierungsstelle an allen weiterführenden
125 Schulen, der flächendeckende Ausbau des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule
126 mit Courage“ und die Förderung der interkulturellen Bildungsarbeit.
 - 127 • die Stärkung politischer Bildungsarbeit durch Politik zum Anfassen e.V. und die
128 verstärkte Implementierung der SDGs mithilfe von Projekten über die UN.
- 129 *im Bereich der Berufsbildung*
- 130 • der Übergang zwischen schulischer und beruflicher Bildung soll durch
131 projektgeförderte Maßnahmen an den allgemeinbildenden Schulen verbessert werden.
 - 132 • ein Sonderinvestitionsprogramm zur Sanierung, Modernisierung und, wo notwendig,
133 zum Neubau von berufsbildenden Schulen (vgl. allgemeinbildende Schulen).
 - 134 • den Ausbau von Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk sowie in innovativen,
135 progressiven und kreativen Berufszweigen.
- 136 *im Bereich der Erwachsenenbildung*
- 137 • Kommunen müssen sicherstellen, dass sich Menschen auch im Erwachsenenalter
138 beruflich weiter- und fortbilden können. Kooperationen sollen stärker gefördert
139 werden.
 - 140 • Lebenslanges Lernen muss für alle ermöglicht werden. Um das zu forcieren,
141 schließen sich die Kommunen dem UNESCO-Weltaktionsprogramm „Bildung für
142 nachhaltige Entwicklung“ (BNE) – oder auch „Learning City“ genannt – an.
 - 143 • dem Personal an den Volkshochschulen sollten langfristige Arbeitsperspektiven
144 geboten werden, damit die jeweiligen Kursangebote beständig erhalten bleiben.

145 **Partizipation und Integration**

146

147 Besonders in unseren Kommunen ist der Kontakt zwischen den Bürger*innen und den
148 politischen Entscheidungen sehr eng, denn Demokratie ist weit mehr als die
149 regelmäßige Wahl von Parteien und Personen.

150

151 **Deshalb fordern wir:**

152

- 153 • Beteiligungsformen, die Menschen aus allen sozialen Verhältnissen einbinden und
154 mitnehmen. Die Beteiligung von Bürger*innen darf nicht exklusiv Privilegierten
155 zustehen. Um eine rege Beteiligung möglichst vieler Bürger*innen umzusetzen,
156 sind unter anderem Bürgerentscheide sinnvolle Instrumente.
- 157 • Vereine, Verbände und Gewerkschaften müssen zunehmend Vorort mit einbezogen
158 werden und die Meinung der Mitglieder muss in der Kommune Gehör finden.
- 159 • Junge Menschen, die Interesse an kommunaler Politik haben, sind in unserer
160 Organisation genau richtig. Das müssen wir deutlich machen und diese jungen
161 Menschen müssen wir mit offenen Armen empfangen und ihnen niedrigschwellige,
162 attraktive Einstiegsmöglichkeiten in die Kommunalpolitik bieten. Bei Fragen der
163 Organisation und Umsetzung politischer Ideen, wollen wir jungen Menschen deshalb
164 unterstützend zur Seite stehen.
- 165 • Mehr Unterstützungsangebote für Kommunen, die sich dafür entscheiden ein
166 Jugendparlament zu gründen oder eine*n Jugendbürgermeister*in aufzustellen.
- 167 • Ehrenamtliches Engagement muss gestärkt und gefördert werden, denn Demokratie
168 ist weit mehr als die regelmäßige Wahl von Parteien und Personen.
- 169 • Mehr Förderprogramme und Unterstützungsangebote für Menschen, die sich
170 ehrenamtlich engagieren. Dies kann zum Beispiel durch eine Ehrenamt-Karte
171 umgesetzt werden.

172

173 Leider mussten wir in den letzten Jahren feststellen, dass sich zunehmend
174 antidemokratische Bewegungen und Parteien in Deutschland und in ganz Europa gründen
175 und diese Gehör finden. Unser demokratischer Rechtsstaat steht damit vor gewaltigen
176 Herausforderungen.

177

Für uns ist klar:

- 178 • Wir stellen uns entschlossen gegen jede Form von Rassismus und
179 menschenverachtende Einstellungen.
- 180 • Wie Demokratie funktioniert, welche Rolle demokratische Prozesse spielen und wie
181 politische Prozesse stattfinden, müssen niederschwellig vermittelt werden. Dabei
182 muss den Bürger*innen die tatsächliche Möglichkeit gegeben werden, sich bei

- 183 politischen Entscheidungen zu beteiligen und zu verwirklichen. Deshalb
184 unterstützen wir lokale Projekte, die sich für ein demokratisches Zusammenleben
185 und eine offene Gesellschaft einsetzen.
- 186 • Organisationen und Initiativen, die gegen eine gruppenbezogene
187 Menschenfeindlichkeit kämpfen, stehen wir entschieden und unterstützend zur
188 Seite.
 - 189 • Menschen, die in unsere Kommune kommen, integrieren wir und heißen sie herzlich
190 willkommen. Dafür benötigen wir kommunal unterstützende Projekte und
191 Initiativen, die wir fördern müssen.

192 **Verwaltung**

193 Für ein gutes Zusammenleben in den Kommunen braucht es auch gute Verwaltungen. Eine
194 gute Verwaltung ist zunächst einmal eine immer kompetente, professionelle und
195 engagierte Verwaltung. Sie berücksichtigt den aktuellen Stand von Wissenschaft und
196 Technik. Um die Kommune in die Zukunft auszurichten, denkt und handelt eine gute
197 Verwaltung immer strategisch. Sie beherrscht strategische Methodik und setzt
198 strategische Ziele. Für uns trägt die Verwaltungsspitze eine Verantwortung, die über
199 die juristischen Erwartungen hinausgeht. Gute Verwaltungsführung hat auch etwas mit
200 Haltung zu tun. Ein klares demokratisches und antirassistisches Weltbild ist eine
201 unersetzliche Voraussetzung um eine Kommune gut führen zu können. Darüber hinaus hat
202 eine Verwaltung für uns auch immer Vorbildcharakter. Wir als Sozialdemokratie stehen
203 für gute Arbeitsbedingungen und eine faire Bezahlung. Unsere hohen Maßstäbe müssen wir
204 daher auch an uns selbst anlegen, wenn wir in der Kommune oder kommunalen
Unternehmen
205 Personalverantwortung tragen.

206

207 **Besonders wichtig ist dabei für uns, dass:**

208

- 209 • Spielräume bei der Eingruppierung in den unteren Tarifgruppen genutzt werden.
210 Die Mitarbeiter*innen im öffentlichen Dienst verdienen einen angemessenen Lohn
211 für ihre Arbeit.
- 212 • Mitbestimmungsrechte geachtet werden.
- 213 • keine Tariffucht begangen wird - etwa durch Ausgründungen.
- 214 • in der Verwaltung ein gutes Arbeitsklima herrscht. Noch immer ist es so, dass
215 Angestellte im öffentlichen Dienst öfter krank sind, als andere Berufsgruppen.
216 Um dem entgegenzuwirken braucht es ein besseres und demokratisches
217 Miteinander.
- 218 • Verwaltungsarbeit digitalisiert wird. Dazu gehört eine digitale Ratsarbeit, die
219 umweltschonend ist aber auch die Transparenz für die Bürger*innen erhöht, aber
220 auch digitale Lösungen für Behördengänge und eine digitale Öffentlichkeitsarbeit
221 der Verwaltung. Kommunale Digitalisierungsstrategien dürfen nicht zu massiven

222 Stellenkürzungen führen

223 **Umwelt und Verkehr**

224

225 Klimaschutz ist DIE Herausforderung unseres Jahrhunderts. Besonders unsere Generation
226 hat dies erkannt und geht dafür Woche für Woche lautstark auf die Straße. Wir Jusos
227 wollen Klima- und Umweltschutz von der Straße in die Parlamente bringen und gerade
228 auf der Ebene der Städte, Gemeinden und Landkreise kann viel getan werden, um unsere
229 natürliche Lebensgrundlage zu schützen. Dabei darf es jedoch nicht nur bei
230 Absichtserklärungen bleiben, sondern diese müssen in konkretes Verwaltungshandeln
231 umgesetzt werden.

232

233 **Deshalb fordern wir, dass:**

234

- 235 • jede Kommune den Klimanotstand ausruft und das Ausmaß der Klimakatastrophe
236 anerkennt. Dies geht einher mit der Überprüfung jedes zukünftigen Vorhabens auf
237 die Auswirkungen auf Umwelt und Klima.
- 238 • Klimaschutzkonzepte erstellt werden, um Mittelfristig das Ziel einer CO₂
239 neutralen Kommune erreichen zu können. Zur Umsetzung der konkreten Maßnahmen
240 sind dezidierte Stellen zu schaffen - etwa eine*n Klimaschutzmanager*in oder
241 einer Stabsstelle Klimaschutz. Das Klima- und Umweltschutz müssen als
242 Querschnittsaufgaben für die gesamte Verwaltung anerkannt werden und bei jedem
243 Vorhaben mitgedacht werden.
- 244 • bei der Aufstellung von Bebauungsplänen konkrete Auflagen zum Umwelt-, Klima-
245 und Artenschutz gegeben werden. Dazu zählen etwa das Verbot von Schottergärten,
246 die Installation von Solaranlagen und die Nutzung von klimafreundlichen
247 Heizungen.
- 248 • Aufklärungs- und Beratungsangebote geschaffen werden, um den Bürger*innen bei
249 Fragen des Klimaschutzes mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

250

251 Besonders durch eine Verkehrswende kann auf kommunaler Ebene ein großer Beitrag zum
252 Klimaschutz geleistet werden. Als Politik können wir hier dafür sorgen, dass Bus und
253 Bahn und das Fahrrad attraktiver werden.

254

255 **Deshalb fordern wir:**

256

- 257 • Den massiven Ausbau von ÖPNV Angeboten, denn was nützen uns kostengünstige
258 Tickets oder gar ein komplett fahrscheinloser Netz, wenn es auf Grund von
259 schlechten Verbindungen für die Nutzer*innen unattraktiv ist?
- 260 • Die Einführung von Netzkarten für Schüler*innen, Auszubildende und

- 261 Freiwilligendienstleistende und kostengünstigen Tickets für Familien
- 262 • Sharing Möglichkeiten für Autos, E-Bikes und Lastenräder. Durch ein breites
- 263 Angebot machen wir Alternativen zum privaten Auto attraktiver.
- 264 • Den Neu- und Ausbau von Fahrradwegen. Auf dem Hauptverkehrsachsen ist auch der
- 265 Bau von sogenannten Fahrradautobahnen sinnvoll, welche die Oberzentren
- 266 miteinander verbinden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag S01: Wohnungsbau voranbringen!

Laufende Nummer: 46

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Soziales

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Um die Wohnungsnot in niedersächsischen Städten wie Göttingen endlich in den Griff zu
- 2 bekommen, müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um bezahlbaren Wohnraum zu
- 3 schaffen. Kleinere, voneinander isolierte Bauprojekte müssen einer umfassenden
- 4 Strategie weichen, die großflächig und mittelfristig eine hohe Anzahl neuer
- 5 Wohneinheiten schafft. Wir müssen den kommunalen und vom Land geförderten
- 6 Wohnungsbau
- 7 in den Ballungszentren intensivieren, um bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen.
- 8 Deshalb fordern wir:
- 9 • Es sollen mehr städtebauliche Verträge mit Investoren nach §11 BauGB geschlossen
- 10 werden. So können beispielsweise dringend notwendige bezahlbare Wohneinheiten
- 11 gemeinsam mit privaten Investoren gebaut werden. Diese müssen sich dann aber an
- 12 die Vorgaben der jeweiligen Gemeinde halten und dürfen den sozialen Wohnraum
- 13 nicht vernachlässigen.
- 14 • Der kommunale und genossenschaftliche Besitz soll ausgebaut werden. Anstatt von
- 15 privaten Investoren bauen zu lassen, soll der Besitz der öffentlichen Hand und
- 16 der Genossenschaften ausgebaut werden. So können wir sicherstellen, dass der
- 17 Wohnraum nicht für Spekulationen oder Mietenwucher missbraucht werden kann.
- 18 • Eine höhere Landesförderung für die Schaffung von Wohnraum muss dauerhaft und
- 19 nicht projektgebunden in den Landeshaushalt eingeplant werden.
- 20 • In Göttingen ist eine Überarbeitung des kommunalen Handlungskonzepts für
- 21 bezahlbaren Wohnbau notwendig. Diese Gesamtstrategie soll alle Akteur*innen wie
- 22 Mieter*innenvertretungen, Studierendenvertreter*innen, Investor*innen und
- 23 Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung zusammenführen und deren Interessen versuchen zu

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag D01: Wir wollen keine Floskeln! Wir wollen einen Kampf dem Antisemitismus!

Laufende Nummer: 34

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Antisemitismus ist nicht erst seit dem Anschlag in Halle ein Bestandteil unserer
2 Gesellschaft. Es reicht nicht, nur im Zuge solcher Gräueltaten über das Vorgehen
3 gegen Antisemitismus zu sprechen. Wir müssen endlich handeln und uns diesem großen
4 Problem stellen.

5

6 Deshalb fordern wir:

7

8 • Um Antisemitismus, auch wirksam, bekämpfen zu können, muss die Wurzel dieses
9 Gedankenguts erfasst werden. Deshalb muss es ein Umdenken in den in Deutschland
10 vermittelten Geschichtsbildern geben. Beispielsweise das verklärte Bild des
11 christlichen Abendlandes muss zurechtgerückt werden. Mit ihr geht die
12 allumfassende Verurteilung des Judentums einher. Ein Umdenken dieses
13 Geschichtsbildes muss Einzug in die Bildung erhalten. Nicht nur in Schulen,
14 sondern durch in Medien wie dem Fernsehen und dem Internet muss dieser Wandel
15 verstärkt in den Fokus genommen werden.

16

17 • Mit Hinblick auf den Geschichtsunterricht und die Behandlung der Shoa muss der
18 Jüd*innenhass stärker in den Fokus rücken. Es muss betont werden, dass Jüd*innen
19 nicht erst zwischen 1933 und 1945 Opfer eines rassistischen und fanatischen
20 Gewalt Regimes wurden. Es muss erklärt werden, warum es so weit kommen konnte.
21 Nur so wird fassbar, dass Jüd*innen nicht als Jüd*innen verantwortlich für
22 Feindschaft und Ressentiments waren, sondern ein komplexer historischer Prozess
23 dahinterstand.

24

25 • Es muss endlich ein Ende der Floskelkultur geben. Statt nur Sonntagsreden zu
26 halten, muss endlich gehandelt werden. Es darf keine Toleranz gegenüber allen
27 Manifestationen von Jüd*innenfeindschaft geben. Dazu gehört auch die Benennung
28 von muslimisch- antisemitischen Antisemitismus, der bisher in unserer
29 Gesellschaft kaum thematisiert wird. Aber auch die obsessive und surreale Hass-
30 und Feindbildrhetorik von Linken im israelbezogenen Antisemitismus muss
31 kritisiert und thematisiert werden. Um Jüd*innenhass effektiv begegnen zu

32 können, muss der vorherrschende anti-israelische Antisemitismus in den Fokus
33 genommen und bekämpft werden. Doppelstandards in Bezug auf die Verurteilung von
34 Antisemitismus müssen beendet werden. Diese sind einer der Gründe, warum es
35 bisher keine flächendeckenden Maßnahmen gibt. Um Jüd*innenhass effektiv zu
36 bekämpfen, muss rechter, linker sowie muslimischer Antisemitismus
37 gleichbehandelt werden.

38

39 • Um Antisemitismus wirksam zu bekämpfen, sind Antisemitismus-Beauftragte
40 notwendig, nicht nur auf den Länderebenen, sondern auch im Bund. Ein*e
41 ständige*r hauptamtlicher Beauftragte*r auf Bundesebene und in jedem Land sind
42 deshalb unerlässlich. Diese Personen brauchen außerdem eine adäquate Ausstattung
43 mit Ressourcen. Sowohl Handlungsbefugnisse, finanzielle Mittel und
44 Mitarbeiter*innen gehören dazu. Bei der Besetzung dieser Stellen ist unbedingt
45 darauf zu achten, dass Personen mit jüdischem Hintergrund eingestellt werden.

46

47 • Jüd*innenhass muss international bekämpft werden. Führende Politiker*innen, die
48 den jüdischen Staat als "Kolonial- und Unrechtsstaat" bezeichnen, oder EU
49 Parlamentarier*innen, die applaudieren, wenn im Parlament bekannte judeophobe
50 Stereotype artikuliert werden, müssen mit aller Entschlossenheit darauf
51 aufmerksam gemacht werden, dass dieses Verhalten nicht geduldet wird. Es reicht
52 nicht, wenn Neonazis, Islamist*innen und BDS-Aktivist*innen kritisiert werden.
53 Wir müssen auch einen Blick auf die Bühne der internationalen Politik werfen und
54 auch dort eingreifen. Wer aus diplomatischer Zurückhaltung und realpolitischen
55 Überlegungen heraus schweigt, trägt passiv zur Erstarkung und Tolerierung von
56 Jüd*innenhass bei. Wir fordern deshalb die Bundes- und Landesregierung dazu auf,
57 sich aktiv im Kampf gegen den Antisemitismus, auch auf politischer Ebene, zu
58 engagieren und diesem Verhalten Einhalt zu gebieten.

59

60 • Es muss eine konsequente Erfassung, Veröffentlichung und Ahndung antisemitischer
61 Straftaten geben, nur so kann effektiv gegen Antisemitismus vorgegangen werden.

62

63 • Auch die Antisemitismusforschung muss ausgebaut und besser finanziert werden.
64 Deshalb sind langfristig angelegte Forschungsförderungen wichtig, um die
65 Hintergründe und Mechanismen von Antisemitismus zu untersuchen und zu
66 analysieren.

67

68 • Im Hinblick auf die Prävention von Antisemitismus ist ebenfalls eine dauerhafte
69 Förderung notwendig

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A01: Wiederholungstermine bei Abschlussprüfungen von Ausbildungsberufen

Laufende Nummer: 63

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Für Abschlussprüfungen von Ausbildungsberufen, sowohl für die schriftlichen und
- 2 mündlichen Prüfungen, soll es künftig Wiederholungstermine für Personen geben, welche
- 3 nicht am regulären Termin teilnehmen konnten. Diese sollen frühestens eine Woche nach
- 4 dem regulären Termin, spätestens vier Wochen später sein. In begründeten
- 5 Ausnahmefällen sollen auch einzelne Wiederholungstermine angeboten werden, bei denen
- 6 die Zeitfristen nicht gelten. Die Teilnahme an Wiederholungsterminen soll von den
- 7 Azubis vorher beantragt werden müssen.

Begründung

Stand jetzt sieht es wie folgt aus: Man bekommt die Termine und einen ist klar, dass man genau an diesem Tag fit sein muss. Im Fall einer Krankheit oder ähnlichem ist der nächste Termin nämlich erst wieder ein halbes Jahr später. Bedeutet, erst mit den nächsten Absolvent*innen. Diesen Druck ausgesetzt zu sein, bereitet zusätzlichen Stress. Es muss die Möglichkeit geben, die Prüfung ein paar Tage oder zwei Wochen später nachzuholen. Zumindest muss es einen Wiederholungstermin geben.

Antrag S02: Wickeltische für alle!

Laufende Nummer: 4

Antragsteller/in:	Kimberly Knaupe (SPD-UB Oldenburg-Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Soziales

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1
- 2 Die Juso-Landeskonferenz möge den freien Zugang zu Wickeltischen im öffentlichen Raum
- 3 für jedes Geschlecht beschließen.

Begründung

Wir Jusos setzen uns schon seit langem engagiert für mehr Toleranz und Barrierefreiheit bei alternativen Familienkonzepten ein. Im öffentlichen Raum sind Wickeltische hauptsächlich auf Damentoiletten zu finden. Menschen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen mit Kindern oder alleinerziehende Männer sehen sich da oft einigen Problemen in ihrem Alltag gegenüber. Auch Familien, die sich dazu entschieden haben, dass der Mann zuhause bleibt sehen sich mit diesem Problem konfrontiert. Um alternative Familienkonzepte zu fördern müssen wir hürden abbauen.

Antrag S03: Weg mit der Merkelsteuer

Laufende Nummer: 81

Antragsteller/in:	Marika Timker (SPD-Unterbezirk Aurich)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Soziales

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die SPD nimmt die Forderung nach einer dauerhaften Mehrwertsteuersenkung von 19% auf
- 2 16% und von 7% auf 5% in das Bundestagswahlprogramm auf.

Begründung

2005 machte die SPD gegen 2% Merkelsteuer Wahlkampf. Gemeint waren 2% Mehrwertsteuererhöhung. Im Koalitionsvertrag wurden dann 3% vereinbart. Um diesen Fehler rückgängig zu machen und untere Einkommen dauerhaft zu entlasten soll die Mehrwertsteuer dauerhaft gesenkt werden.

Antrag U01: Wasser ist ein Menschenrecht!

Laufende Nummer: 45

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Der Zugang zu Wasser muss für alle Menschen dieser Erde gewährleistet sein. Der
2 Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht! Wir fordern deshalb die Einführung des
3 Wassercentrs als Ausgleichszahlung für einen hohen Wasserverbrauch an die betroffenen
4 Staaten sowie das Ende der Privatisierung von Wasserquellen. Des Weiteren fordern
5 wir, dass die Förderung von Wasser unter Betrachtung der Belastung der Biotope
6 geschieht und dass es eine Erhöhung des Anteils der weltweiten Aufbereitung des
7 Abwassers gibt.

8 **Nutzungskonkurrenz um Wasser vermeiden**

9 Wasser ist die wohl wichtigste Ressource. Bereits 2015 warnte das Wirtschaftsforum in
10 Genf davor, dass Wasserknappheit die größte humanitäre Krise des Jahrzehnts auslösen
11 könne. Heute haben 2,2 Milliarden Menschen keinen ausreichenden Zugang zu sauberem
12 Trinkwasser. Die Wasserkrise ist gegenwärtig schon Migrationsursache Nummer eins und
13 ein zunehmend wachsender Auslöser für Konflikte. Die Nutzungskonkurrenz um die
14 Ressource Wasser wird auch im Zuge des Klimawandels immer weiter ansteigen.

15 Wir fordern, dass die deutsche und europäische Politik sich dieser Problematik
16 annimmt und Konzepte erarbeitet, die zur Durchsetzung des Menschenrechtes auf
17 Trinkwasser für Alle führen. Des Weiteren verurteilen wir die Vermarktung von Wasser.
18 Wasser darf nicht selbst oder Teil von Gewinnmaximierung für Unternehmen sein!

19 **Trinkwasser für Alle**

20 71% der Erde wird von Wasser bedeckt. Davon sind 97% Salzwasser und 3% Süßwasser.
21 Davon liegen wiederum 2,1 % in Eis und Schnee vor. Doch diese Wasserreserven sind
22 durch die Klimakrise bedroht. Besonders bedroht ist das Schmelzwasser, welches ein
23 Drittel der Weltbevölkerung als Trinkwasser dient. Auch die Nutzungskonkurrenz um die
24 Ressource Wasser steigt aufgrund der Wasserkrise immer weiter an. Expert*innen halten
25 eine Wasserkrise für vermeidbar. Das Süßwasser reiche für über 9 Milliarden Menschen.
26 Es handele sich um ein Verteilungsproblem.

27 **Virtuellen Wasserverbrauch senken**

28 Der tägliche Wasserverbrauch pro Person liegt in Deutschland liegt bei circa 121
29 Litern. Doch dieser bildet nicht unseren realen (virtuellen) Wasserverbrauch ab. Bei
30 dem virtuellen Wasserverbrauch handelt sich um das Wasser, welches zur Herstellung
31 von Produkten benötigt wird. So werden beispielsweise für die Herstellung von einem
32 Kilogramm Avocados 1000 Liter Wasser oder eines T-Shirts 2000 Liter Wasser benötigt.
33 Durch Handel entziehen wir anderen Regionen Wasser, indem wir anderthalb Mal so viel

34 virtuelles Wasser importieren, wie wir exportieren. In Deutschland gibt es einen
35 gesamten Wasserverbrauch von 117 Milliarden Kubikmetern Wasser pro Jahr. Mehr als die
36 Hälfte dieses virtuellen Wasserverbrauchs fällt nicht in Deutschland an. Dadurch
37 importieren wir rund 34,2 Milliarden Kubikmeter Wasser im Jahr auf Kosten anderer.
38 Deshalb sehen wir die weltweit drittgrößte Importnation in der Pflicht, sich für
39 einen internationalen virtuellen Wasserhandel ein- und auseinanderzusetzen, da eine
40 symptomatische Bekämpfung kurzweilig, aber nicht längerfristig von Erfolg gekrönt
41 ist.

42 Heute leiden bereits 1,8 bis 2,9 Milliarden Menschen 4 bis 6 Monate im Jahr und ca.
43 500 Millionen Menschen ganzjährig unter Wasserknappheit. Des Weiteren hat jede zweite
44 Großstadt weltweit mit Versorgungsengpässen durch den hohen Wasserbedarf der
45 Ballungsräume zu kämpfen. Die Situation wird verschlimmert, indem 80% des vom
46 Menschen verwendeten Wassers ungeklärt, also verunreinigt, in die Natur zurückgegeben
47 wird, aus welcher das Wasser, häufig ungereinigt, später wieder entnommen wird. Dies
48 hat die Folge, dass Infektionskrankheiten die häufigste Todesursache in ärmeren
49 Ländern sind. Seit 2010 gilt das UN54 Menschenrechtsabkommen „Recht auf Zugang zu
50 sauberem Wasser“. Um dies zu ermöglichen sind jährlich 10 Milliarden US-Dollar
51 Investitionen von Nöten.

52 Diese Wasserkrise wird von Großkonzernen in stark betroffenen Gebieten ausgenutzt,
53 indem sie die Privatisierung von Wasserquellen als Lösung des Wasserproblems
54 anpreisen. Leider hat das in den betroffenen Ländern, besonders in Ländern des
55 globalen Südens, die Folge, dass es zur Spaltung der Gesellschaft kommt. So kann sich
56 auf der einen Seite nur ein Teil der Gesellschaft dieses saubere Wasser leisten. Der
57 andere Teil der Gesellschaft hat nur die Möglichkeit, unkontrollierte Wasserquellen
58 zu verwenden. Des Weiteren führt die exzessive Wasserförderung durch Großkonzerne zu
59 einer Verringerung der Wasserkapazität der natürlichen Wasserreserven und schafft
60 nebenbei durch die Plastikverpackung noch ein Müllproblem. Durch die
61 Wasserflaschenindustrie wird Wasser bewusst zu einem Luxusgut und die öffentliche
62 Versorgung mit sauberem, kontrolliertem Trinkwasser wird in vielen Ländern nicht mehr
63 verfolgt. Wasser ist ein Menschenrecht und sollte jedem/jeder zur Verfügung stehen.
64 Um dies in Zukunft gewährleisten zu können, ist eine radikale Weichenstellung nötig.

65 Wir fordern deshalb:

- 66 • die Einführung des Wassercents für den deutschen Handel. Dieser soll einen
67 Ausgleich schaffen, um in den stark betroffenen Regionen die Wasserreinigung und -
68 versorgung zu fördern. Die Höhe soll bei einem Cent je virtuellem Kubikmeter
69 verbrauchtem Wasser liegen.
- 70 • die Anerkennung von Wasser als Allgemeingut und damit verbunden das Stoppen der
71 privaten Wasserindustrie. Mit Allgemeingütern darf kein Profit gemacht werden!
- 72 • Die Einrichtung von kostenlosen Trinkwasserstellen und sanitären Einrichtungen
73 im gesamten Bundesland, sowie in öffentlichen Gebäuden
- 74 • einen Fördervorbehalt. Die Wasserförderung darf nur unter Betrachtung der
75 Belastung der Biotope geschehen.

- 76 • die Erhöhung des Anteils der weltweiten Aufbereitung des Abwassers.
77 Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass mehr sogenannte Blue Communities
78 entstehen. In diesen verpflichten sich die Kommunen sich für folgende Grundsätze
79 einzusetzen:
- 80 • Anerkennung von Wasser und sanitärer Grundversorgung als Menschenrecht
 - 81 • Erhalt des Wassers als öffentliches Gut
 - 82 • Qualitativ hochwertiges Leitungswasser statt Flaschenwasser
 - 83 • Schutz der Qualität des städtischen Trinkwassers sowie der lokalen Flüsse und
84 Seen
 - 85 • Pflege von internationalen Partnerschaften, betreffend die obengenannten Ziele

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag D02: Völkische Landnahme endlich beenden

Laufende Nummer: 40

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Eine Diskussion, die schon länger Einzug in die Politik gefunden hat, ist die der
2 Landflucht. Immer mehr, vor allem junge, Menschen verlassen ländliche Gebiete, um in
3 einer größeren Stadt zu leben. Diese Problematik ist als solche in der Politik
4 angekommen und wird zum Teil schon bekämpft. Dass es aber ein umgekehrtes Problem
5 gibt, ist in der Politik noch nicht richtig angekommen: die völkische Landnahme.
6
- 7 Immer mehr rechte bzw. rechtsextreme Siedler*innen kaufen ganz gezielt Bauernhöfe und
8 Grund in ländlichen Regionen, um sich dort niederzulassen. Sie wollen mit ihren
9 Familien ihre völkisch- nationalistische Weltanschauung praktisch leben und ihr
10 Brauch- und Volkstum wiedererwecken. Sie bringen sich in Vereinsleben, Eltern- und
11 Umweltinitiativen ein, bemühen sich um Gemeinwohl, Kultur, Naturschutz. Bei diesen
12 Personen handelt es sich um ganz verschiedene Teile der rechten Szene. Von
13 Identitären bis Ökofaschist*innen ist alles dabei.
14
- 15 Diese Entwicklung ist sehr gefährlich, da die rechte Szene ihr Gedankengut so immer
16 mehr ausleben und verbreiten kann. Es gibt Landstriche, in denen sich ganze
17 Siedlungen aus Rechtsextremen entwickelt haben, auch in Niedersachsen.
18
- 19 Dieser Tendenz muss Einhalt geboten werden, deshalb fordern wir:
- 20 • Die Landesregierung muss betroffene Kommunen unterstützen, damit sich diese
21 gegen völkische Landnahme wehren können. So muss es Aufklärungskampagnen in den
22 betroffenen Regionen und darüber hinaus geben. Politiker*innen vor Ort müssen
23 informiert und geschult werden. Außerdem muss Geld bereitgestellt werden, damit
24 Gegenmaßnahmen, beispielsweise die Organisation von antirassistischen Dorffesten
25 oder Vereinsgründungen, ergriffen werden können.
 - 26 • Das Phänomen der völkischen Landnahme muss besser untersucht werden. Es braucht
27 außerdem einen Handlungsplan, wie diese Entwicklung unterbunden werden kann.
28 Hier ist auch eine Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern hilfreich.
 - 29 • Die Bevölkerung vor Ort, vor allem Kinder und Jugendliche, müssen informiert
30 werden. Oftmals nehmen die Bewohner*innen der betroffenen Regionen die
31 Entwicklungen eher als positiv wahr, da sich die Siedler*innen aktiv ins
32 Dorfleben einbringen. Politische Bildung ist daher essenziell, um zu

- 33 verdeutlichen, welches Weltbild von diesen Menschen gelebt wird. Projekte an
34 Schulen sind beispielsweise eine gute Initiative. Allgemein muss die politische
35 Bildung, nicht nur in den betroffenen Regionen, ausgebaut und verbessert werden.
36 Es braucht mehr Geld und Personal, um dem Rechtsruck und der Rechtsextremen
37 Szene zu begegnen. Initiativen vor Ort, die sich gegen die Landnahme wehren,
38 müssen unterstützt werden. Nicht nur finanziell, sondern auch durch Beratung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag Fin01: Verstaatlichung aller Krankenhäuser und Kliniken

Laufende Nummer: 18

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Fin - Finanzen

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1

- 2 Wir fordern die SPD Landtagsfraktion auf, sich aktiv für den Rückkauf der Helios
- 3 Klinik Helmstedt einzusetzen.

4

Begründung

Nur in einem Krankenhaus, das der öffentlichen Hand gehört, kann der Staat steuern. So kann dafür gesorgt werden, dass Fachabteilungen nach dem tatsächlichen Bedarf und nicht nach wirtschaftlichen Interessen eingerichtet oder geschlossen werden.

Antrag U02: Verschwendung vorbeugen – Containern legalisieren

Laufende Nummer: 17

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1

2 Die Landeskonferenz möge beschließen, dass das sogenannte „Containern“, bei dem
3 eigentlich weggeworfene Lebensmittel von z. B. Supermärkten mitgenommen werden,
4 legalisiert werde.

5 Bisher gelten weggeworfene Lebensmittel als Eigentum, weshalb „Containern“ als
6 Diebstahl gemäß §§242 f. StGB strafbar sein kann. Dennoch werden in Deutschland jedes
7 Jahr ungefähr 13 Millionen Tonnen Lebensmittel weggeworfen. Dadurch entsteht ein
8 großes ökologisches und ethisches Problem. Zum einen werden viele Ressourcen, die zur
9 Herstellung der Lebensmittel benötigt werden, verschwendet, zum anderen sind von dem
10 Verbot vor allem Menschen betroffen, die Containern aus Armut oder Protest gegen die
11 sogenannte Wegwerfgesellschaft betreiben.

12 Um dem Problem der Lebensmittelverschwendung vorzubeugen, sollen weggeworfene
13 Lebensmittel nicht mehr als Eigentum in dem Sinne definiert werden, wie es auch ein
14 diesjähriger Vorstoß des Hamburger Justizsenators besagt. Damit einhergehend sind
15 potentielle Regelungen, die es Supermärkten in Zukunft verbieten, genießbare
16 Lebensmittel einfach wegzuwerfen, anstatt sie an gemeinnützige Organisationen zu
17 spenden. Anstatt die Menschen zu bestrafen, die weggeworfene Lebensmittel an sich
18 nehmen, sollte versucht werden, darauf hinzuwirken, dass genießbare Lebensmittel gar
19 nicht mehr weggeworfen werden.

20

Antrag X02: Verkauf von Sachen, bei den die Nutzung verboten ist, verbieten

Laufende Nummer: 57

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	X - Sonstiges

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Der Verkauf von Sachen oder Gegenständen, bei denen die Nutzung sowieso verboten ist,
- 2 soll verboten werden. Ein Beispiel dafür sind die Himmelslaternen, welche den Brand
- 3 im Krefelder Zoo verursacht hatten. Dies soll bundesweit gelten.

Begründung

Der verheerende Brand im Krefelder Zoo durch eine Himmelslaterne hat gezeigt, warum die Nutzung in den meisten Bundesländern komplett verboten ist. Der Verkauf der Himmelslaternen ist dagegen erlaubt. Doch wenn der Verkauf erlaubt ist, kommt man nur schwer auf den Gedanken, dass es verboten sein könnte sie zu nutzen. Doch wieso dürfen überhaupt Sachen oder Gegenstände verkauft werden, bei denen die Nutzung verboten ist? Diese Unlogik wollen wir verbieten.

Antrag G01: Verbot von Konversionstherapien

Laufende Nummer: 16

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1

2 Forderung:

3 Konversionstherapien sind höchst unmoralisch und ein Verbrechen an der menschlichen
4 Seele. Sie verstoßen gegen das Grundgesetz. (u.a. Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 und
5 Art. 3 Abs. 3). Wir fordern daher ein sofortiges Verbot von Konversionstherapien
6 sowie das Einleiten von Strafverfahren bei Verstößen. Ärzte, die eine solche Therapie
7 durchführen und/oder anbieten sollen zusätzlich zum Strafverfahren ihre ärztliche
8 Zulassung verlieren.

9

Begründung

Homosexualität ist keine Krankheit! Seit 1992 ist Homosexualität auf der WHO-Liste der Krankheiten gestrichen und doch gibt es, fast 30 Jahre später, immer noch sogenannte Konversionstherapien oder auch Reparaturtherapien. Insbesondere werden Konversionstherapien von religiös-fundamentalistischen Verbänden empfohlen und angeboten, beispielsweise vom Bund freier evangelischer Gemeinden (FeG). Aber auch zahlreiche Therapeut*innen und Ärzt*innen „therapieren“ mit Hilfe von Homöopathie und fragwürdigen psychischen Methoden. Das Ziel der Therapie ist es die homosexuelle Neigung auszutreiben, indem suggeriert wird, dass jene Neigungen unnormale seien. Insbesondere haben diese Therapien negativen Einfluss auf Betroffene im jugendlichen Alter, die im Begriff sind ihre Sexualität zu erforschen. Die Folge von Konversionstherapien sind Schuldgefühle, Depressionen und Suizide.

Antrag A02: Übernahmepflicht nach der Berufsausbildung

Laufende Nummer: 62

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Betriebe sollen künftig dazu verpflichtet werden, Auszubildende nach abgeschlossener
- 2 Berufsausbildung mindestens ein halbes Jahr zu übernehmen. In diesem halben Jahr darf
- 3 dann nur der*die ausgebildete Mitarbeiter*in mit der gesetzlichen Frist kündigen,
- 4 nicht das Unternehmen.

Begründung

Oft stehen Azubis auch noch kurz vor dem Ende der Ausbildung mit einem Fragezeichen da. Sie wissen noch nicht, ob sie übernommen werden oder nicht. Sollte den Azubis mitgeteilt werden, dass sie nicht übernommen werden, stehen sie gleich unter doppeltem Druck.

Zu den Problemen und dem Stress der Jobsuche, welche jede andere Person unterschiedlichen Alters auch betrifft, müssen Azubis zusätzlich noch für die Abschlussprüfungen lernen. Durch den Druck der entsteht, sich einen Job zu suchen, fällt das Lernen für die eigentlich wichtige Abschlussprüfung hinten her. Wie soll man ruhig und konzentriert für die Abschlussprüfungen lernen, wenn man sich gleichzeitig darüber Sorgen machen muss nach der Prüfung keinen Job mehr zu haben? Wir wollen diese mentale Belastung verhindern und erreichen, dass junge Menschen ohne Stress und Sorgen in die Abschlussprüfungen gehen können. Das Abschlusszeugnis ist schließlich ein wichtiges Dokument für das restliche Leben.

Antrag V01: Tempolimit JETZT! Tempolimit für PKW, LKW und Bus auf Autobahnen & Überholverbot für LKW

Laufende Nummer: 92

Antragsteller/in:	Frederik Burdorf (SPD-UB Osterholz)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern ein generelles Tempolimit von 130 km/h für alle PKWs, 75 km/h für alle
- 2 LKWs und 90
- 3 km/h für Busse auf Autobahnen, sowie ein generelles Überholverbot für LKWs auf allen
- 4 Straßen.

Begründung

Die Diskussion um ein bundesweites Tempolimit sind heiß, und sogar unsere Mutterpartei die SPD, hat sich bereits 2007 auf dem Parteitag in Hamburg für ein generelles Tempolimit ausgesprochen. Wir sollten nachziehen. Die Vorteile bei einem generellen Tempolimit auf Autobahnen:

Ökologische Vorteile:

- CO2 Einsparung 50% des CO2 Ausstoßes bei PKW
- Deutlich geringerer Benzinverbrauch bei sinkenden Ressourcen
- Geringere Feinstaubbelastung

Ökonomische Vorteile:

- Geringer Kraftstoffverbrauch
- Höherer Verkehrsschutz auf den Straßen
- Geringerer Aufwand bei neuen Verkehrsinfrastrukturen
- Die Länge von Staus nimmt bei gleichmäßiger Geschwindigkeit ab
- Weniger Unfälle mit Personen und Sachschaden

Vorteil eines Überholverbotes für LKWs ist die Vermeidung der Staubildung durch die umgangssprachlich als „Elefantenrennen“ bezeichneten Überholmanöver zwischen LKWs vor allem auf zweispurigen Autobahnabschnitten. Ein Überholverbot für LKWs wurde somit eine Verbesserung des Verkehrsflusses bedeuten.

Adressat*innen

Lako Jusos Niedersachsen

Antrag V02: Tempo 30 innerorts

Laufende Nummer: 60

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass innerorts grundsätzlich Tempo 30 gelten soll. In Einzelfällen soll
- 2 dann entschieden werden, ob und auf welchen Straßen eine höhere Geschwindigkeit
- 3 möglich wäre.
- 4 Weiterleitung: SPD Landesparteitag

Begründung

Stand jetzt gilt innerorts überall grundsätzlich Tempo 50 und es muss im Einzelfall geprüft werden, ob ggf. in der Nähe eines Spielplatzes oder einem Wohngebiet Tempo 30 sinnvoll und erlaubt wäre. Wir fordern mit diesem Antrag, dass Prozedere umzudrehen. So schützen wir nicht nur Kinder und ältere Menschen, sondern wir würden auch für eine bessere Übersichtlichkeit im Schilderwahnsinn sorgen.

Antrag 001: System zur Antragsverfolgung

Laufende Nummer: 88

Antragsteller/in:	Jessica Heister (SPD-Unterbezirk Cloppenburg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Organisatorisches

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern den Landesvorstand auf, ein digitales System zur Antragsverfolgung zu
- 2 etablieren. Dies soll ermöglichen, den Status von Anträgen nachverfolgen zu können.

Begründung

Antragstellende können schnell in die Situation kommen, dass sie nicht wissen, wie mit ihren Anträgen weiter verfahren wurde. Wurde der Antrag damals angenommen? Gab es Änderungen? Ist die Forderung mittlerweile beim Parteivorstand angekommen?

Dieses System würde dabei helfen, auf diese Frage eine Antwort zu finden.

Untergliedert in die einzelnen UBs/KVs und mit einer Suchfunktion ausgestattet haben dort Jusos im ganzen Land die Möglichkeit, einen Überblick über die Anträge zu erhalten.

Antrag B02: Solidarsemester Jetzt! – Vergleichbare Nichtanrechnung des Semesters

Laufende Nummer: 52

Antragsteller/in:	Jakob Blankenburg (Landesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung
Herkunft:	Juso-Hochschulgruppen Niedersachsen

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 1. Wir setzen uns gemeinsam mit dem Verbund der Juso Hochschulgruppen, sowie im
2 Bündnis des Solidarsemesters, für eine vergleichbare Nichtanrechnung des
3 Semesters in den verschiedenen Bundesländern einzusetzen.
- 4 2. Wir fordern eine allgemeine Nicht-Anrechnung, gemeinsam mit der SPD-Fraktion,
5 für das Sommersemester 2020 auch in Niedersachsen zu erwirken.
- 6 3. Wir fordern weiterhin den Ausbau finanzieller Hilfen, insbesondere mit Blick auf
7 die andauernde Corona-Pandemie gemeinsam mit den Studentenwerken [sic!] zu
8 fordern.
- 9 4. Nicht zuletzt fordern wir eine Verstärkung der psychologischen Beratungsstellen
10 an den Studentenwerken [sic!] zu ermöglichen.

Begründung

Die vier genannten Forderungen sind durch im Zuge der Corona-Pandemie neu entstandenen oder verstärkten Herausforderungen für Student*innen entstanden. Sie bilden nur einen kleinen Teil der Forderungen des Solidarsemester Bündnisses [1] ab, dem wir als Juso HSGn Niedersachsen angehören. Eine Forderung, die mittlerweile schon in der Mehrheit der Bundesländer [2] umgesetzt werden konnte, ist die Nichtanrechnung des Sommersemesters 2020. Dass die Administration dieser an die Regelungen im jeweiligen Bundesland sein soll ist nachvollziehbar, trotzdem fordern wir im ersten Punkt, dass die sich daraus Ergebenden Veränderungen möglichst einheitlich sein und mit den Regelungen anderer Bundesländer harmonieren sollten. Grund hierfür ist, dass Student*innen bei einem Studiengangswechsel oder einem Studiumsanschluss regelmäßig die Grenzen der Bundesländer überschreiten und hier keine Nachteile aufgrund einzelner Länderregelungen entstehen sollten.

Ein Beispiel für eine noch bestehende Benachteiligung bilden daher die niedersächsischen Student*innen, die derzeit noch keine einheitliche Nichtanrechnung erhalten. Daher setzen wir uns in Punkt 2 gemeinsam mit der niedersächsischen SPD Fraktion für eine Nicht-Anrechnung an, welche nicht nachweispflichtig, sondern allgemein erlassen wird.

Seit dem Sommersemester 2020 haben sind die unterschiedlichen sozialen Umstände der Student*innen sicher nicht nur in Niedersachsen stärker zum Vorschein gekommen. Für die

Studienbedingungen bedeutete dies oft, dass Student*innen starke Einbrüche in ihren Einkünften hatten oder diese vollständig weggefallen sind. Nach über 3 Monaten kamen dann für Student*innen finanzielle Hilfen in Form von der Überbrückungshilfe [3], die ab dem 30.09.2020 wieder ausgesetzt wurde und den KfW Studentenkrediten [sic!], bei dem die Student*innen Deutschlandweit fast 1 Milliarde € beantragt haben und dies bis März 2021 zurückzahlen müssen (sofern sie signifikante Zinsen verhindern wollen) [4].

Diese Verschuldung, aber auch die vielen abgelehnten Anträge bei den Überbrückungshilfen [5], zeigen erneut, welche Auswirkungen die Pandemie auf die finanzielle Situation der Student*innen gehabt hat.

Dass die Überbrückungshilfen nun aufgrund einer vorgeblich besseren Lage der Student*innen beendet wird, zeigt erneut, dass Frau Karliczek die Situation der Student*innen als Bundeswissenschaftsministerin nicht beurteilen kann.

Daher ist im dritten Punkt der Ausbau von finanziellen Hilfen für Student*innen gemeinsam mit den Studentenwerken [sic!] genannt. Vor der Überbrückungshilfe von Frau Karliczek bedurfte es keiner Bedarfsprüfung bei einem Kontostand von 500€. Eine wirksamere Hilfe für die Student*innen wäre die Öffnung des BAföG, sowie es von der SPD Bundestagsfraktion gefordert wurde [6]. An dieser Forderung halten wir fest, nichtsdestotrotz sollten Gespräche mit dem Deutschen Studentenwerk [sic!] geführt werden um finanzielle Hilfen für Student*innen während der ganzen Pandemie aufrecht zu erhalten.

Der vierte und letzte Punkt betrifft die psychologischen Beratungsstellen, welche auch vor der Pandemie bereits stark überlastet waren. Dass nun durch die soziale Isolation, aber auch finanzielle Sorgen, sowie die zeitweise Heimbetreuung für Student*innen mit Kind vermehrt Student*innen die Beratungsstellen aufsuchen, ist selbstverständlich. Damit diese die notwendige Beratung erhalten können, müssen diese Beratungsstellen besser ausgebaut werden. Dafür bedarf es einer Aufstockung der Grundfinanzierung der Studentenwerke [sic!].

In diesem kurzen Antrag konnten wie anfangs erwähnt nicht alle Herausforderungen und Probleme, die für Student*innen entstanden aufgrund der Pandemie sind, abgebildet werden. Nicht erwähnt wurden z.B. die Probleme der Internetkapazitäten, der teilweise fehlenden digitalen Lehrangebote und die Schließung der Bibliotheken und weiterer Services der Universitäten und Hochschulen. Ein wenig mehr konnte davon in der Umfrage der LandesASTenKonferenz abgebildet werden [7].

In diesem Semester bleibt es unsere Aufgabe, die digitale Lehre, sowie die Studiumsbedingungen kritisch zu begleiten und im Gespräch mit der jeweiligen Universität und Hochschule, sowie den Beratungsstellen zu sein.

Anmerkungen:

[1] Forderungen des bundesweiten Solidarsemesters: www.solidarsemester.de

[2] LAK Statement Auflistung der Bundesländer mit Nichtanrechnung: <https://www.lak-niedersachsen.de/2020/09/stellungnahme-zum-antrag-im-wissenschaftsausschuss/>

[3] Überbrückungshilfen

[4] KfW Studentenkredit: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1142610.corona-und-soziale-folgen-studenten-verschulden-sich-in-coronakrise-mit-rund-einer-milliarde-euro.html>

- [5] Ablehnungen von Überbrückungshilfen Anträgen: <https://www.studentenwerke.de/de/content/%C3%BCberbr%C3%BCckungshilfe-f%C3%BCr-studierende-ist>
- [6] BAföG Öffnung: <https://www.tagesschau.de/inland/bafog-aerger-101.html>
- [7] Umfrage der LandesAStenKonferenz: www.t1p.de/LAK-Studie

Antrag X03: Solidarität ist eine Waffe – we stand with Rojava

Laufende Nummer: 24

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	X - Sonstiges

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Jusos zeigen sich solidarisch mit der Autonomieregion Rojava im Norden Syriens.
- 2 Rojava stellt einen besonderen Schutzraum für einige Minderheiten da und ist ein
- 3 weltweit einzigartiges gesellschaftliches Projekt. Auf dem Gebiet gilt ein
- 4 Gesellschaftsvertrag, der die Form der Selbstverwaltung festschreibt. Dort ist untere
- 5 anderem die absolute Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, die
- 6 Religionsfreiheit und die Vergesellschaftung von natürlich vorkommenden Ressourcen
- 7 geregelt.
- 8 Dieses Projekt, das Minderheiten schützt und ohne einen Staat auskommt muss geschützt
- 9 werden, denn es ist nicht nur radikal demokratisch und feministisch, sondern auch
- 10 sozialistisch. Deshalb resultiert für uns aus dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg
- 11 der Türkei gegen die Region aus unserer Sicht die Notwendigkeit der
- 12 Selbstverteidigung durch Waffen.
- 13 Wir fordern die deutsche Bundesregierung, die Europäische Union und die
- 14 internationale Staatengemeinschaft dazu auf, sich Israel anzuschließen und die
- 15 Kurd*innen in Rojava zu unterstützen. Das umfasst für uns strukturelle, diplomatische
- 16 und aber auch militärische Unterstützung der kurdischen Streitkräfte YPG/YPJ. Darüber
- 17 hinaus müssen die deutschen Waffenexporte insbesondere in die Türkei dauerhaft
- 18 gestoppt werden.
- 19 Wir fordern außerdem die Landesregierung dazu auf, sich im Bundesrat dafür
- 20 einzusetzen.
- 21 Weiterhin fordern wir die Länder auf, die in den selbstverwalteten Gebieten sitzenden
- 22 IS Kämpfer*innen zurück in ihre Heimatländer zu holen. Zurzeit sind dies etwa 7000
- 23 Menschen. Die Gefangenen üben allein durch ihre Anwesenheit schon großen Druck auf
- 24 die Autonomieregion aus und es ist davon auszugehen, dass sich der IS dort weiter
- 25 organisiert. Die Gefangenen deutschen IS Kämpfer*innen, ihre Partner*innen und Kinder
- 26 müssen nach Deutschland zurückgebracht werden, hier angeklagt und deradikalisiert
- 27 werden. Wir dürfen Rojava nicht die Bürde der Verantwortung auferlegen, vor allem in
- 28 Zeiten, in denen die Region stark unter türkischem Druck steht und selbst Hilfe
- 29 braucht.
- 30 Nicht zuletzt muss die geopolitische Bedeutung Rojavas für Israel bedacht werden,
- 31 denn die Region hat einen zunehmenden Einfluss auf die syrische Regierung in Damaskus
- 32 aufgebaut. Bislang hatte der Iran, einer der größten Feinde Israels, seine
- 33 geopolitischen Interessen in Syrien – beispielsweise in Form von Waffenlieferungen an

- 34 die islamistische „Hezbollah“ auf syrischem Boden immer schwerer verfolgen können.
35 Perspektivisch schienen Waffenlieferungen an die „Hezbollah“ in einem
36 demokratischeren Syrien nicht länger möglich zu sein.
- 37 Durch den von Donald Trump beschlossenen Rückzug der US-Truppen ist der Einfluss der
38 Region Rojava deutlich zurückgegangen, denn dadurch wurde der völkerrechtswidrige
39 Einmarsch der Türkei mit dem Ziel der ethnischen Säuberung möglich gemacht. Damit
40 droht nicht nur die Vertreibung und Völkermord der syrischen Kurd*innen, sondern auch
41 das Zusammenbrechen aller demokratischen Bemühungen in Syrien, die in der Folge zu
42 einer neuen massiven Bedrohungslage Israels führen würden.
- 43 In der Konsequenz sind nicht nur die Kurd*innen einer existenziellen Bedrohungslage
44 ausgesetzt, sondern auch für Israel hat der Kampf um Rojava eine essenzielle
45 Bedeutung. Für uns ist klar: wir stehen an der Seite von Rojava und solidarisieren
46 uns mit diesem einzigartigen Projekt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag Fem01: Single Women – eine feministische Betrachtung von Beziehungskonzepten und Kinderlosigkeit

Laufende Nummer: 27

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Fem - Feminismus

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Status ungeklärt?**

2 Single sein - eine Gegebenheit, die in unserer heutigen Gesellschaft immer häufiger
3 vorkommt. Die Scheidungsrate liegt in Deutschland bei etwa 40% (Quelle: Statistisches
4 Bundesamt) und Singleplattformen off- wie online gibt es zahllose.

5 Die feministische Betrachtung vom Single sein und Beziehungskonzepten abseits von
6 monogamen Zweierbeziehungen fällt aber oftmals hinten runter und ist nicht bzw. nur
7 kaum in der (feministischen) Debatte vertreten. Frauen* spielen für die Politik vor
8 allem als Mütter und Ehefrauen eine Rolle. Diejenigen, die nicht in dieses Muster
9 fallen, sind vor allem in der Diskussion kaum sichtbar. Das müssen wir ändern!

10

11 **Single?**

12 Single sein in unserer Gesellschaft wird für Frauen* ab einem gewissen Alter mit
13 Scheitern verknüpft. Es ist ein Makel, der zum Teil ganz offen thematisiert wird.
14 Frauen* werden bemitleidet. Das Motiv einer erfolgreichen Junggesellin passt bei
15 Frauen* nicht. Männer hingegen können auch in fortgeschrittenem Alter unbehelligt
16 Single sein, ohne dafür von allen schief angeguckt zu werden.

17 Diese Gegebenheit ist nur ein Auswuchs von vielen des Patriarchats, dennoch kein
18 belangloser. Denn der Druck, der auf Single Frauen ausgeübt wird, sowohl im privaten
19 als auch beruflichen Kontext, geht uns alle an! Dieser Druck ist äußerst sexistisch
20 und veranschaulicht unsere patriarchale Gesellschaft sehr gut: Frauen können nicht
21 allein sein, sie brauchen einen starken Partner an ihrer Seite. Sie brauchen
22 jemanden, um den sie sich liebevoll kümmern können.

23 Beruflich erfolgreiche Single Frauen werden dabei doppelt benachteiligt. Sie werden
24 nicht als erfolgreich gefeiert, sondern es wird eher gefragt, ob das jetzt alles sei,
25 wo denn Mann und Kinder seien und warum sie sich so sehr auf die Karriere
26 konzentriere, anstatt darauf, eine Familie zu gründen. Wieder eine zutiefst
27 sexistische Verhaltensweise, die Frauen zu Gebärmaschinen und Ehefrauen degradiert.
28 Ganz praktisch sichtbar wird dies auch in unserer Sprache. Während eine Frau, die
29 sich sehr auf ihren Job fokussiert "Karrierefrau" genannt wird, gibt es das Pendant
30 dazu für einen Mann einfach nicht.

31

32 **Sexuelle Freiheit?**

33 Sexuelle Freiheit bedeutet, Sexualität ohne gesellschaftliche Normen und Zwänge
34 ausleben zu können, soweit anderen dadurch nicht geschadet wird. Auch wenn sich in
35 den vergangenen Jahrzehnten schon vieles in eine positive Richtung für Frauen
36 entwickelt hat, gibt es auch im 21. Jahrhundert immer noch viele Normen für weibliche
37 Sexualität, sowie einen Abgrund aus Scham und Beschämung, in den Frauen leicht
38 abrutschen können. Denn über weibliche Sexualität wird nach wie vor hart geurteilt.
39 Dies gilt auch für Single Frauen. Dabei ist es egal, ob eine Single Frau häufig
40 wechselnde Sexualpartner*innen hat, oder keine. Beides wird oft kritisch beäugt. Auch
41 in Bezug auf Single Frauen sollte für uns gelten, was für alle Menschen gilt:
42 Vorurteilsfreie Anerkennung einer Bandbreite an sexueller Diversität, und zwar
43 unabhängig von unseren persönlichen Vorlieben, Lebensphasen und -entwürfen.

44

45 **Ohne Kinder?**

46 Der Begriff der Kinderlosigkeit ist negativ konnotiert und weist auf einen Makel hin.
47 Auch hier werden wieder sexistische Stigmen deutlich. Frauen* werden ab einem
48 bestimmten Alter, das Außenstehende als Angemessen deklarieren, um Kinder zu gebären,
49 immer wieder mit Fragen wie "Und wann planst du (endlich) Kinder zu bekommen?"
50 gelöchert. Und das oftmals nicht nur in einem privaten Kontext, sondern auch
51 beruflich. Frauen* um die 30 müssen sich oft die Fragen der Familienplanung über sich
52 ergehen lassen. Sei es (illegaler Weise) in Bewerbungen oder anderen beruflichen
53 Kontexten.

54 Einen besonders krassen Fall stellen dabei Frauen* dar, die bewusst kinderlos sind,
55 da diese mit völligem Unverständnis behandelt werden. Was viele nicht respektieren:
56 Eine Frau zu sein bedeutet nicht, einen angeborenen Kinderwunsch zu haben. Deutlich
57 wird dies auch oft im Zuge von angestrebten Sterilisationen. Hier werden Frauen
58 häufig von Ärzt*innen bevormundet, die den Frauen ins Gewissen reden und
59 unterstellen, irgendwann würden sie schon Kinder wollen und diese Entscheidung
60 bereuen.

61 Die Grenzüberschreitungen, die Frauen ohne Kinder immer wieder erfahren müssen,
62 machen sprachlos. Es wird sich ganz konkret danach erkundigt, wann es denn endlich so
63 weit sei und es wird darauf hingewiesen, dass man ja auch nicht unendlich viel Zeit
64 hätte. Dieses bloße Abstellen auf die Gebärfähigkeit von Frauen und ihre Rolle als
65 Mutter ist sexistisch und überholt.

66

67 **Im Alter allein?**

68 Eine weitere Grenzüberschreitung die Single Frauen* widerfährt, ist die Frage, ob
69 nicht die Angst bestehen würde, im Alter allein zu sein. Das Fehlen
70 partner*innenschaftlicher Beziehungen im Alter wird mit Einsamkeit verknüpft. Dem
71 zugrunde liegt oftmals die irrige Vorstellung, dass Frauen* nur innerhalb einer
72 Partnerschaft mit leiblichen Kindern Glück, Erfüllung grundlegender soziale
73 Bedürfnisse und Liebe erfahren können. Die gesellschaftliche Vorstellung scheint zu

74 sein, dass schlussendlich auch eine toxische Beziehung besser sei, als im Alter
75 alleine zu sein. Hinzu kommt die Vorstellung, dass insbesondere eigene Kinder eine
76 "Versicherung" gegenüber Einsamkeit im Alter darstellen würden.
77 Dabei sollte klar sein, dass Lebensmodelle auch im Alter vielfältig sind. Ob selbst
78 gewähltes soziales Netzwerk, Partner*innen, Freund*innen oder anderes - kein
79 Lebensmodell ist dem anderen überlegen. Partner*innenlosigkeit und Kinderlosigkeit
80 ist nie - auch im Alter - ein Makel.
81 Klar ist auch, dass Einsamkeit im Alter jede*n betreffen kann. Hier muss eine
82 gesellschaftliche Diskursverschiebung stattfinden. Anstatt Frauen* durch
83 gesellschaftliche Zwänge in (toxische) Partner*innenschaften zu drängen, sollten wir
84 uns fragen, wie wir mit möglicher Einsamkeit im Alter als Gesellschaft umgehen
85 wollen.

86

87 **Und jetzt?**

88 Wir sollten endlich aufhören, unser (veraltetes) Familienbild anderen, vor allem
89 Frauen, aufdrücken zu wollen. Es muss ein Umdenken geben. Single Frauen sind kein
90 Makel.

91 Wir müssen endlich anerkennen, dass Frauen* nicht gleichzeitig Mütter sind. Es gibt
92 genug Frauen* die keine Kinder haben wollen, aber auch solche, die keine bekommen
93 können. Es muss ein Umdenken erreicht werden. Wir müssen anerkennen, dass Frauen*
94 ohne Kinder oder Partner*innen im Alter weder unglücklich noch unvollständig sind.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B03: Sex education

Laufende Nummer: 22

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Verschämt im Biologieunterricht zu sitzen, um von der Lehrkraft “das mit den Bienchen
- 2 und Blümchen” erklärt zu bekommen. So sieht oftmals der Sexualkundeunterricht in
- 3 deutschen Schulen aus. Das muss sich dringend ändern.
- 4 Deshalb fordern wir:
- 5 • der Sexualkundeunterricht muss von geschulten Sexualpädagog*innen übernommen
- 6 werden.
- 7 • die Lehrinhalte müssen an die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen orientiert
- 8 werden insbesondere sollen auch queere Aspekte aufgenommen werden. So soll es
- 9 beispielsweise genug Raum geben, um Fragen zu stellen.
- 10 • der Unterricht muss sich auch daran orientieren, dass es beim Sex nicht nur um
- 11 Kinder kriegen geht, sondern dass Lust ein großer Faktor ist. Mythen über
- 12 weibliche Orgasmen sollen so beispielsweise endlich aufgeklärt werden.
- 13 • Inhalt des Unterrichts muss auch sexualisierte Gewalt sein. Kinder und
- 14 Jugendliche müssen lernen, was konsensualer Sex ist und was nicht.
- 15 • Auch Verhütungsmittel sollen Thema sein, dabei soll der Fokus auch auf nicht
- 16 heterosexuellen Verhütungsmitteln liegen

Begründung

Noch nie war der Zugang zu pornographischen Inhalten so leicht für Kinder und Jugendliche, wie heute. Doch das führt keinesfalls zu einer besseren Aufklärung, sondern nur zu größerer Verunsicherung. Um aufgeklärte Erwachsene zu bekommen, müssen wir Kinder und Jugendliche zeitgemäß aufklären und nicht mit ihren Fragen allein lassen.

Antrag B04: Schulsozialarbeit an allen Schulen für junge Menschen

Laufende Nummer: 65

Antragsteller/in:	David Olef (Osnabrück-Stadt)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 1 Die Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert die Schulsozialarbeit in
- 2 2 Niedersachsen rechtlich zu verankern, finanziell abzusichern und mit
- 3 3 qualitativen Mindeststandards im Sinne der "Jenaer Erklärung" zu
- 4 4 versehen. Der Bundeskongress Schulsozialarbeit 2019 fordert:
- 5 5 Schulsozialarbeit muss als professionelles Angebot systematisch
- 6 6 weiterentwickelt und abgesichert werden! Konkret bedeutet das:
- 7 7 - Schulsozialarbeit braucht Kontinuität und Verlässlichkeit, damit sie
- 8 8 qualitativvoll zu mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit beitragen
- 9 9 kann.
- 10 10 - Die jeweiligen Rollen der Bildungs- und Jugendhilfesysteme für die
- 11 11 Schulsozialarbeit sind zu definieren.
- 12 12 - Schulsozialarbeit muss als Arbeitsfeld systematisch entwickelt
- 13 13 werden.
- 14 14 - Mindeststandards für die Umsetzung der Schulsozialarbeit sind zu
- 15 15 vereinbaren und umzusetzen.
- 16 16 - Eine klare rechtliche Verankerung der Schulsozialarbeit ist
- 17 17 notwendig.
- 18 18 - Vor Ort sind Kooperationsvereinbarungen zwischen den verschiedenen
- 19 19 Akteur*innen zu schließen und Konzepte abzustimmen, die Aufträge und
- 20 20 Zuständigkeiten klären und abgrenzen.
- 21 21 - Multiprofessionelle Zusammenarbeit ist als konstitutives Element in
- 22 22 Schule zu verankern.

23

Begründung

Die Jenaer Erklärung ist ein Ergebnis des Treffens der Fachkräfte aus Jugendhilfe und Schule, Verantwortlichen bei Trägern, aus der Verwaltung und Politik, Lehrenden und Forschenden der Sozialen Arbeit.

Der Bundeskongresses Schulsozialarbeit hat in seiner Abschlusserklärung festgestellt, dass Schulsozialarbeit Kontinuität und Verlässlichkeit braucht, damit

sie qualitativ zu mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit beitragen kann. Schulsozialarbeit ermöglicht ganzheitliche Bildung junger Menschen zur Förderung der Persönlichkeit und ihrer sozialen Entwicklung. Sie eröffnet Chancen am Lern- und Lebensort Schule und engagiert sich für mehr Gerechtigkeit beim Aufwachsen junger Menschen.

Die vielfältigen gesellschaftlichen Entwicklungen erhöhen die Erwartungen an die Schulsozialarbeit, deren Bedeutung insbesondere von allen am Schulleben Beteiligten anerkannt und gewürdigt wird. Der Stellenausbau in den letzten Jahren belegt dies anschaulich. Dieser geschieht in Abhängigkeit von kommunalen Ressourcen, Landesprogrammen und Landesgesetzen. Schulsozialarbeit wird mit einer großen Aufgabenvielfalt, in unterschiedlichen Zuständigkeiten und mit teils komplexen Finanzierungslösungen durchgeführt. Eine fehlende rechtliche und finanzielle Absicherung, die eine qualitativ hochwertige Schulsozialarbeit mit guten Arbeitsbedingungen gewährleistet, wird vielerorts beklagt. Qualität und Professionalität in der Schulsozialarbeit sind derzeit in zu hohem Maße von einzelnen Fachkräften vor Ort und ihren Trägern abhängig.

Quellen:

<https://www.gew.de/presse/pressemitteilungen/detailseite/neuigkeiten/schulsozialarbeit-braucht-rechtliche-verankerung-fnanzielle-absicherung-und-qualitative-mindeststan/>

https://www.awo.org/sites/default/files/2019-10/jenaer_erklaerung%20mit%20logos.pdf

Antrag S04: Rundfunkgebühren für Azubis, Schüler*innen, Rentner*innen und Studierende senken

Laufende Nummer: 59

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Soziales

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Personen welche in der Berufsausbildung, einem Studium (Vollzeit oder
- 2 Berufsbegleitend mit einem Teilzeit-Job), einem FSJ oder FÖJ sind, sollen von 50% der
- 3 Rundfunkgebühren befreit werden. Ebenso Schüler*innen, welche bereits eine eigene
- 4 Wohnung haben. Gleiches soll für Rentner*innen gelten.

Begründung

Die angesprochenen Personengruppen verfügen i.d.R. über kein oder ein kleines Einkommen. Die Rundfunkgebühren können daher für diese Personengruppen bereits ein großer Betrag sein.

Antrag U03: Regionalisierte Landwirtschaft

Laufende Nummer: 89

Antragsteller/in:	Jessica Heister (SPD-Unterbezirk Cloppenburg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Weiterleitung an:
- 2 - SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen
- 3 Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen möge beschließen:
- 4 Wir fordern eine programmatische Auseinandersetzung der zuständigen Partei- und
- 5 Parlamentsgremien mit einem Konzept der regionalisierten Landwirtschaft.

Begründung

1. Ökologische Faktoren

Die deutsche Landwirtschaft ist europäisch, sie ist international - allerdings auch mit der Konsequenz, dass Tiere und die aus ihnen gewonnenen Produkte viele tausend Kilometer zurücklegen, bevor sie auf der Ladentheke landen. Angefangen bei der Geburt des Tieres über Aufzucht und Mast bis hin zum Schlachthof und dem Vertrieb legt man nicht selten Reisen durch vier oder fünf Länder zurück. Dazu kommen noch in Übersee eingekaufte Futtermittel oder Arbeiter, die quer durch Osteuropa in deutsche Schlachthöfe gefahren werden, um dort für einen Hungerlohn zu arbeiten. Dieser Waren- und Menschenverkehr ist Ausdruck einer enthemmten Globalisierung, die zwar die Welt kleiner macht und vermeintlich enger zusammenrücken lässt, aber dabei für geringe Produktionskosten riesige Strecken mit dem damit verbundenen Kraftstoffverbrauch und Schadstoffausstoß in Kauf nimmt. Die Herausforderungen des Klimawandels zwingen uns, den Lebensstil, den man sich in westlichen Konsumgesellschaften angeeignet hat, zu überdenken und zu reduzieren - eine Verpflichtung, von der der Sektor Landwirtschaft nicht ausgenommen werden darf.

2. Emanzipation

Folge der Globalisierung ist auch, dass deutsche Landwirte mit anderen Produzenten überall auf der Welt in Konkurrenz stehen - und das bei völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen. Durch das massenhafte Angebot an billigem Fleisch sind Discounter flexibel und nicht abhängig von Produzenten aus der näheren Umgebung. Landwirte, die zum Beispiel in höheres Tierwohl investieren wollen und dadurch ihr Fleisch zu einem höheren Preis verkaufen, müssen befürchten, keinen Abnehmer zu finden. Durch den Druck, massenhaft Fleisch billig produzieren zu müssen, erleben wir seit Jahrzehnten ein Sterben kleinerer Höfe; die Subventionen, von denen der gesamte Sektor abhängig ist, helfen laut Studien vielfach nur den größeren Betrieben. Landwirte sollten aber von ihrer Arbeit leben können und den großen Discountern die Preise diktieren, nicht

anders herum. Fleisch zum Beispiel muss deutlich teurer werden.

Zudem könnte eine Förderung regionaler Landwirtschaft auch ein neues Unternehmertum befeuern. Dort, wo sich Landwirte und Vertreter weiterführender Produktionszweige lokal zusammentun, kann der Trend der Verdrängung kleiner Läden und Betriebe vielleicht umgekehrt werden.

3. Relation

Viele Menschen haben wenig Bezug zu ihren Nahrungsmitteln. Unsere Ernährung, eigentlich ein essentielles und alltägliches Thema, wird vielfach als gegeben gesehen und nicht mehr hinterfragt. Durch Lebensmittelskandale ist viel Vertrauen beim Konsumenten verloren gegangen. Eine regionalisierte Landwirtschaft ist nah am Konsumenten. Die Entstehung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, ihre Weiterverarbeitung, alle Produktionsketten ließen sich ohne großen Aufwand zum Beispiel innerhalb eines Landkreises nachvollziehen. Dies kann Interesse und auch ein Umdenken bei vielen Menschen hervorrufen und dazu beitragen, dass beim Thema Landwirtschaft ein gehaltvoller Dialog und Austausch auf Augenhöhe stattfinden kann.

Antrag Fin02: Reform der Erbschaftssteuer

Laufende Nummer: 77

Antragsteller/in:	Yannick Moormann (SPD-Unterbezirk Osnabrück-Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Fin - Finanzen

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die aktuelle Erbschaftssteuer sollte dahingehend reformiert werden, dass sich der
- 2 Steuersatz nicht an der Höhe der Erbschaft, sondern nach dem Alter des Vermögens
- 3 bemisst. Besteuert wird dabei immer der Wert, der bereits geerbt ist, also nicht
- 4 das selbst erarbeitete Einkommen.

Begründung

Die Erben großer Vermögen haben gegenüber allen anderen Bürgern große Startvorteile im Leben. Sie haben zudem die Möglichkeit, das geerbte Vermögen stetig zu vermehren und durch guten Zugang zu Rechtsmitteln zu schützen, wodurch die gesellschaftliche Ungleichheit dauerhaft wächst und sich das insgesamt vorhandene Vermögen auf immer weniger Personen verteilt. Personen, die sich ihr Einkommen erarbeiten, müssen darauf einen hohen Steuersatz zahlen und haben so ein geringeres Potenzial, Vermögen aufzubauen. Mit einer wie o.g. Reform könnte das vorhandene Vermögen effektiv auf die gesamte Bevölkerung umverteilt werden und damit gesellschaftlich ein besseres Gleichgewicht hergestellt werden.

Beispiel 1:

Ein Nachlass i.H.v. 1.000.000 EUR würde steuerfrei an das Kind vererbt. Dieses nimmt im Laufe seines Lebens ca. genauso viel ein, wie es ausgibt und vererbt seinem Kind ebenfalls 1.000.000 EUR. In diesem Fall würde das Erbe z.B. mit 25% besteuert. Für die folgenden Generationen könnten Steuersätze von 50, 75 und letztendlich 100% angesetzt werden.

Beispiel 2:

Ein Nachlass i.H.v. 1.000.000 EUR würde steuerfrei an das Kind vererbt. Dieses erwirtschaftet im Laufe seines Lebens selbst 3.000.000 EUR. Der Nachlass würde dann wie folgt besteuert: 1.000.000 zu 25%, 3.000.000 steuerfrei.

Antrag D03: Rechte Netzwerke bei Bundeswehr und Polizei zerschlagen

Laufende Nummer: 39

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Im Zuge von Terrorermittlungen gegen Bundeswehrsoldat*innen im Jahr 2017 wurde das
2 sogenannte rechtsradikale "Hannibal"-Netzwerk entdeckt, welches Ende 2018 durch
3 Medienberichte bekannt wurde. Das "Hannibal"-Netzwerk stellt dabei einen
4 Zusammenschluss von aktiven und ehemaligen (Elite)-Soldat*innen, Polizist*innen und
5 Mitarbeiter*innen des Verfassungsschutzes, welche sich als "Prepper" verstehen und
6 sich in auf einen sogenannten "Tag X" vorbereiten, an welchem die öffentliche Ordnung
7 zusammenbrechen würde. Dafür wurden öffentliche Feindeslisten von politischen
8 Gegner*innen erstellt, Waffen und Munition in großem Maße besorgt, Leichensäcke und
9 Ätzkalk bestellt. Laut Chatprotokollen, Bestelllisten und Eigenaussagen einiger
10 Prepper wollten sie einen bewaffneten Umsturz und Massentötungen politischer Gegner
11 vorbereiten.

12

13 Hauptagitatoren des Netzwerks waren zum einen der ehemalige KSK-Soldat André S. alias
14 „Hannibal“, welcher den Verein Uniter e.V gründete und zum anderen der
15 Bundeswehroffizier Franco A. Franco. A, der bereits in seiner Masterarbeit
16 rassistische, antisemitische und rechtsradikale Ansichten vertrat und trotz dessen in
17 der Bundeswehr aufgenommen wurde, legte sich dabei eine falsche Identität als
18 syrischer Geflüchteter vor und plante Terroranschläge in Berlin und weiteren Orten.
19 In dem von S. gegründeten Verein und den Chatgruppen, die unter dem Sammelbegriff
20 "Nordkreuz" bekannt wurden, organisierten sich die Prepper. Im Hannibal-Netzwerk
21 waren auch weitere Gruppen unter dem Namen Westkreuz und Südkreuz vernetzt. Es ist
22 davon auszugehen, dass weitere Netzwerke in die AfD, vor allem zu Björn (Bernd?!)
23 Höcke und seinem Flügel, zum rechtsradikalen "Thule-Seminar", zu den Identitären und
24 zum sogenannten "Institut für Staatsforschung" bestanden. Auch der Verfassungsschutz
25 soll bereits Ende 2016 Kenntnis von den Rechten Strukturen bzw. dem "Nordkreuz"
26 gehabt haben.

27

28 Das Bekanntwerden des Hannibal-Netzwerks zeigt, wie weit Rechtsradikale schon mit den
29 Sicherheitsbehörden wie Polizei und Bundeswehr vernetzt sind. Die bekanntesten
30 Agitatoren des Netzwerks wie André S. und Franco A. waren fast alle Mitarbeiter der
31 Sicherheitsbehörden, ein Teil der Prepper nutze die Berufliche Stellung dazu Munition
32 und Waffen zu entwenden und zu horten. Hinzu kommt, dass die Mitglieder des Netzwerks

33 über die durchgeführten Razzien im Vorfeld durch Mitarbeiter des Militärischen
34 Abschirmdienstes informiert wurden und so große Teile des Beweismaterials
35 weggeschafft wurde.

36

37 Die Folgen, die durch die Entdeckung des Netzwerks entstanden, waren bzw. sind dabei
38 gering. Es folgte wenig gesellschaftlicher Diskurs und die auf den Todeslisten
39 benannten Personen wurden teilweise erst mit einer Verzögerung von fast 2 Jahren
40 informiert und blieben so unwissend und ungeschützt.

41

42 Der sogenannte "NSU 2.0" ist nur ein weiteres Beispiel für rechtsradikale Netzwerke,
43 Strukturen und/oder womöglich Gewaltbereiten im öffentlichen Dienst. Aufgetauchte
44 Schreiben mit der Unterschrift "NSU 2.0" konnten mit der Polizei Hessens in
45 Verbindung gebracht werden. Im August 2018 erhielt Seda Basay-Yildiz, eine
46 Rechtsanwältin, die die Angehörigen eines Opfers des NSU vertritt, ein solches
47 Drohschreiben. Das zeigt uns, dass trotz bekanntwerden der oben erwähnten Netzwerke,
48 die Dunkelziffer groß bleibt und die Aufklärungen und Vorfälle nicht mit der Energie
49 verfolgt werden (wollen), wie sie angemessen wäre.

50

51 Wir fordern daher:

- 52 • Eine lückenlose Aufklärung dieser und weiterer rechter Netzwerke und Strukturen
53 innerhalb der Bundeswehr und Polizei, des Militärischen Abschirmdienstes und
54 allen Mitgliedern aus der Zivilgesellschaft durch einen Untersuchungsausschuss
55 im Bund sowie in den Landtagen der betroffenen Bundesländer mit entsprechenden
56 Konsequenzen.
- 57 • Eine lückenlose Aufklärung über die Rolle des Militärischen Abschirmdienstes
58 sowie des Verfassungsschutzes und etwaigen Verbindungen zum Hannibal Netzwerk.
- 59 • Die Entfernung der in dem rechten Netzwerk aktiven Personen aus den
60 Sicherheitsbehörden.
- 61 • Präventivmaßnahmen in Form von verstärkten Schulungen und Gesprächen für die
62 Bundeswehr, die Polizei und weitere Dienste, unabhängig vom Rang, in Bezug auf
63 den Nationalsozialismus, Rechte Strukturen und Pflichten und Rechte gegenüber
64 oben genannten Straftaten. Wir verlangen ein klares Bekenntnis zum
65 Antifaschismus von allen in den Sicherheitsbehörden aktiven Personen.
- 66 • Das umfassende und sofortige Informieren der auf den "Feindeslisten" genannten
67 Personen und die nötige Unterstützung dieser.

68 Der Fall des Patrick J. zeigt weiterhin, dass Teile der Bundeswehr und des
69 militärischen Abschirmdienstes kein Interesse an Aufklärung und Arbeit gegen Rechte
70 Netzwerke und Strukturen haben. Der Soldat wies auf eine Vielzahl rechtsextremer
71 Vorfälle, Fotos und Aktionen hin und wurde dafür mit einer fadenscheinigen Begründung
72 aus dem Dienst entlassen, nicht die Beschuldigten. Wir verurteilen ein solches
73 Verhalten aufs schärfste. Er schickte dem militärischen Abschirmdienst ein Dossier

74 mit den gesammelten Informationen aus Chatgruppen u.ä., nur sehr vereinzelt wurde den
75 von J. erhobenen Vorwürfen nachgegangen. So schrieb ein Hauptgefreiter, dass er
76 „gegen die komplette Selbstaufgabe der weißen Nationen“ kämpfe. oder ein
77 Oberstabsgefreiten, der – einem Reichsbürger gleich – schrieb, sie alle seien nur
78 „dumme Arbeiter, die einer großen GmbH angehören“. Statt weiteren Hinweisen
79 nachzugehen, wies in vielen Fällen, bevor er sich an den Abschirmdienst wandte, das
80 Personalamt der Bundeswehr viele Hinweise von J. als völlig übertrieben und haltlos
81 zurück und zog stattdessen seine Eignung als Soldat in Zweifel.

82

83 Wir fordern daher:

- 84 • Solidarität mit Whistleblowern und Schutz der Person, die auf Massive
85 Missstände, trotz der Gefahr für ihre Person, hinweist.
- 86 • Das konsequente Verfolgen, Aufklären und ziehen von Konsequenzen in solchen
87 Fällen und Kritik am Gedanken der*s “Nestbeschmutzer*in” und der Bundeswehr oder
88 anderen “Einheiten”, wie der Polizei, als “Schicksalsgemeinschaft”.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B05: Rassismus raus aus den Köpfen und den Schulen!

Laufende Nummer: 21

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Tagtäglich findet in Schulen strukturell-rassistische Diskriminierung statt.
- 2 Schüler*innen mit vermeintlich "ausländischem" Namen und sonst gleicher Leistung
- 3 bekommen im Durchschnitt schlechtere Noten in Diktaten als Schüler*innen mit
- 4 vermeintlich „deutschem“ Namen, wie eine aktuelle Studie der Universität Mannheim
- 5 erneut zeigt.
- 6 Lehrer*innen trauen Kindern mit Migrationshintergrund auf Grund gehaltener negativer
- 7 Stereotype im Durchschnitt weniger Leistung zu. Dies kann dazu führen, dass
- 8 betroffene Kinder diese negativen Stereotype aufnehmen, verinnerlichen und ihre
- 9 Leistung darunter leidet.
- 10 Lehrer*innen sind deswegen oft Teil des Problems oder wissen nicht, wie sie mit
- 11 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bei Schüler*innen und im Kollegium umgehen
- 12 sollen. Als Repräsentant*innen des Staates haben Lehrer*innen die Verantwortung, die
- 13 freiheitlich demokratische Wertebasis unserer Gesellschaft im Klassenzimmer
- 14 vorzuleben. Wie sensibel Lehrer*innen für bestimmte Problematiken sind, hängt dabei
- 15 stark von ihrer Sozialisation und ihrer Ausbildung ab. Um diese Benachteiligungen
- 16 durch negative Stereotype und Erwartungen zu vermeiden, ist es zentral, dass
- 17 Lehrer*innen ein Bewusstsein für ihre eigene gesellschaftliche Sozialisierung
- 18 entwickeln, ihre eigenen verinnerlichten Stereotype reflektieren und dies auch bei
- 19 Schüler*innen anstoßen. Lehrer*innen sollen fähig dazu sein, Situationen alltäglicher
- 20 Diskriminierung und rassistischer Anfeindungen mindestens zu erkennen, wenn nicht
- 21 sogar kontextsensibel mit Schüler*innen aufarbeiten zu können. Bis jetzt sind all
- 22 diese Inhalte aber nicht selbstverständlicher Teil des Lehramtsstudiums und damit
- 23 einzelnen motivierten Lehrer*innen überlassen.
- 24 Zudem ist es nicht nur die Aufgabe einzelner Lehrkräfte, Benachteiligung im
- 25 Klassenzimmer abzubauen. Zu einem wertschätzenden und konstruktiven Umgang mit
- 26 Vielfalt, der allen Schüler*innen gute Entwicklungschancen ermöglicht, müssen alle
- 27 Akteur*innen im Bildungssystem beitragen.
- 28 Genau da muss unsere Landesregierung ansetzen und daher fordern wir:
- 29 • präventive anti-rassistische Maßnahmen und Maßnahmen gegen Antisemitismus im
- 30 Bildungskontext, wie z.B. die Integrierung von Diversity-Basismodulen in
- 31 Lehramts- und Pädagogik-Studiengängen an jeder niedersächsischen Hochschule und
- 32 Universität.

- 33 • die Institutionalisierung von Anti-Rassismuarbeit und Arbeit gegen
34 Antisemitismus an allen niedersächsischen Schulen, z.B. in Form eines*einer
35 Beauftragten für Antidiskriminierung und Diversity an jeder Schule. Diese sollen
36 bei Diskriminierungserfahrungen unterstützen, Wissen an andere Pädagog*innen in
37 der Schule weitergeben und diversitätsensible Bildung an der jeweiligen Schule
38 vorantreiben. Diese Beauftragten sollen, koordiniert durch die Anti-
39 Diskriminierungsstelle des Landes, regelmäßig an Fort- und Weiterbildungen
40 teilnehmen und in engem Austausch miteinander stehen.
- 41 • Anti-Rassismus-Schulungen und Schulungen zu Antisemitismus für bestehendes
42 Lehrpersonal und Schulsozialarbeiter*innen an allen Schulen, sowie
43 grundsätzliche Fortbildungen und Lehrgänge für Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen
44 und Erzieher*innen in Anti-Diskriminierungspädagogik.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B06: Queere Bildung

Laufende Nummer: 15

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1

- 2 Das Antragspaket „Queere Bildung“ besteht aus vier Antragsteilen, die wesentliche
3 Schwerpunkte und damit Forderungen beinhalten. Die Aufteilung des Antrags ergibt sich
4 daraus, der queere Bildung in verschiedenen Bereichen einfließen muss.

5

Queere Bildung als Pflichtmodul in Lehramtsstudiengängen

6 Forderung:

7 Nds. MasterVO-Lehr

8 Ergänzung §1 um den Punkt e) Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher
9 Identitäten (LSBTIQ)

10 Wir fordern die Aufnahme eines Pflichtmoduls „Queere Bildung“ in die Lehrpläne des
11 Grundstudiums für Lehramtsstudierende. „Queere Bildung“ an Hochschulen soll neben den
12 Projekten, die sich an Schüler*innen richten, eine zusätzliche, große Säule der
13 queeren Aufklärungsarbeit bilden. Die Umsetzung empfehlen wie folgt:

14 • Aufteilung des Moduls in zwei Teile

15 • Umfang von mindestens zwei Semester-Wochenstunden

16 Modul-Teil 1: Erwerb fachlicher Kompetenzen hinsichtlich Begrifflichkeiten und
17 Ausprägungen sexueller Orientierungen und Identitäten

18 Modul Teil 2: Erwerb didaktischer Kompetenzen sowie Sensibilisierung hinsichtlich
19 Sprache,

20 Körpersprache und Verhalten in Diskriminierungssituationen

21 Die erfolgreiche Teilnahme soll unabdingbar für das erfolgreiche Abschließen des
22 Bachelorstudiums und/oder des Staatsexamens sein. Für die Bereitstellung eines
23 jeweiligen Moduls sind an der jeweiligen Hochschule eine oder mehrere
24 wissenschaftliche Mitarbeitende entsprechend weiterzubilden. Die Qualifizierung der
25 Dozent*innen für das Fach „Queere Bildung“ obliegt den ausbildenden Fachkräften
26 mittels eines Eignungszertifikats nach ablegen einer Prüfung.

27

Homo-, Bi-, Inter*- und Trans*phobie bieten in unserer heteronormativen Gesellschaft

28

immer noch ein extremes Diskriminierungs- und Gewaltpotential. Für die Entwicklung

29

eines Menschen sind besonders die Kindes- und Jugendtage prägend, die vornehmlich in

30

der Schule verbracht werden.

31

Die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten (LSBTIQ*)

32

stellen besonders Lehrkräfte, die weder im privaten noch im beruflichen Kontext

33

Berührungspunkte zu queeren Themen haben, vor eine große Herausforderung. Lehrkräfte

34

an deutschen Schulen besitzen und Lehramtsstudierende an deutschen Hochschulen

35

erwerben, während ihrer Ausbildung, keine fachlichen und didaktischen Kompetenzen in

36

diesem Bereich. Schüler*innen, die sich ihrer geschlechtlichen und sexuellen

37

Identität nicht sicher oder bewusst sind, sind somit Diskriminierungserfahrungen

38

seitens der Mitschüler*innen sowie der Lehrkräfte aufgrund fehlender fachlicher

39

Kompetenzen sowie fehlender Sensibilisierung ausgesetzt.

40

Queere Bildungs- und Aufklärungsarbeit in Schulen wird aktuell durch Projekte

41

realisiert, deren Mitwirkende zum Großteil ehrenamtlich mitarbeiten und welche sich

42

mittels Workshops explizit an Schüler*innen richten. Diese Projekte bilden eine

43

wichtige Säule in der Aufklärungsarbeit und geben den Schüler*innen die Möglichkeit

44

Fragen direkt an LSBTIQ*-Personen zu richten, sodass diese Workshops direkt in die

45

heteronormative Mehrheitsgesellschaft wirken. Die fachliche Weiter- und Ausbildung

46

von Lehrkräften steht nicht im Mittelpunkt. Weiter stoßen diese Projekte an ihre

47

Kapazitätsgrenzen.

48 Erweiterung des Bildungsauftrages der Schulen um LSBTIQ*-Themen

49 Forderung:

50 Erweiterung des Niedersächsisches Schulgesetzes §2 Absatz 1

51 Erweiterung des dritten Unterpunkts nach „Geschlechter“ um die Worte „Die Vielfalt
52 sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten“

53 Da seit kurzem das Aufgreifen von LSBTIQ*-Themen in den Lehrplänen (im Fach Werte und
54 Normen und/oder Biologie) verankert ist, ist die Erweiterung des Bildungsauftrags
55 nötig um die Bedeutsamkeit und Gleichstellung von LSBTIQ*-Themen gegenüber
56 heteronormativen Werten zu untermauern.

57 Queere Bildung: Fortbildung für berufstätige Lehrer*innen

58 Forderung:

59 Schaffung eines bildungspolitischen Schwerpunkts: Fortbildung zu Vielfalt sexueller
60 Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten (LSBTIQ*)

61 Es gilt die Begründung aus Antrag 1:

62 Homo-, Bi-, Inter*- und Trans*phobie bieten in unserer heteronormativen Gesellschaft
63 immer noch ein extremes Diskriminierungs- und Gewaltpotential. Für die Entwicklung
64 eines Menschen sind besonders die Kindes- und Jugendtage prägend, die vornehmlich in
65 der Schule verbracht werden.

66 Die Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten (LSBTIQ*)
67 stellen besonders Lehrkräfte, die weder im privaten noch im beruflichen Kontext
68 Berührungspunkte zu queeren Themen haben, vor eine große Herausforderung. Lehrkräfte
69 an deutschen Schulen besitzen keine fachlichen und didaktischen Kompetenzen in diesem
70 Bereich. Schüler*innen, die sich ihrer geschlechtlichen und sexuellen Identität nicht
71 sicher oder bewusst sind, sind somit Diskriminierungserfahrungen seitens der
72 Lehrkräfte aufgrund fehlender fachlicher Kompetenzen sowie fehlender Sensibilisierung
73 ausgesetzt.

74 Weiter gilt:

75 Durch die Verankerung der Aufklärungsarbeit hinsichtlich Vielfalt sexueller

76 Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten in den Lehrplänen, durch die Aufnahme

77 eines Pflichtmoduls „Queere Bildung“ in Lehramtsstudiengängen sowie die weitere
78 Stärkung der externen Aufklärungsprojekte sind wichtige Grundsteine für eine
79 diskriminierungsfreiere Schule. So wäre zwar für die kommenden Generationen eine
80 Lösung geschaffen, eine akute Behebung des Problems, dass zu viele Lehrkräfte
81 aufgrund von Unwissenheit, persönlicher oder politischer Einstellung, wäre nicht
82 gegeben. Dies bietet Raum für Diskriminierung der Schüler*innen seitens der
83 Lehrenden. Deshalb müssen Lehrkräfte, die sich bereits im Schulbetrieb befinden, eine
84 Fortbildung zu Vielfalt sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten
85 absolvieren. Die Schaffung eines bundespolitischen Schwerpunkts ist diesbezüglich
86 unabdingbar, sodass Inhalte einheitlich sind sowie eine landesweite Pflicht zur
87 Fortbildung besteht.

88 Förderung von queeren Aufklärungsprojekten

89 Forderung:

90 Die Fluktuation, bedingt durch den beruflichen/gesellschaftlichen Status der
91 Teamenden, führt zu einer schwankenden Teamgröße, sodass die Anzahl der Workshops von
92 der Größe des Teams abhängt. Eine stärkere staatliche Förderung solcher Projekte etwa
93 durch Zuschüsse für Werbung, Infomaterial, Workshop-Ausstattung sowie Weiter- und
94 Fortbildung der Teamenden würde eine mehr Sichtbarkeit der Projekte generieren. Die
95 Unabhängigkeit dieser Projekte ist dabei stets zu wahren.

96 Wir fordern queere Aufklärungsprojekte gezielt mit Zuschüssen zu fördern und damit
97 deren enorm wichtige Arbeit an Schulen zu würdigen und voranzutreiben.

98 Dieser Antrag ist als Folgeantrag zum Antragspaket „Queere Bildung“ zu verstehen.

99 Queere Aufklärungsprojekte sind aufgrund ihrer Unabhängigkeit von Schulen sowie des
100 autobiografischen Konzepts unabdingbar für queere Aus- und Fortbildung.

101 Jedes Kind hat und braucht Vorbilder. So etwa orientieren sich viele Kinder zunächst
102 an ihren Müttern*, Vätern*, Geschwistern und/oder Großeltern. Zwischenmenschliche
103 Verhaltensweisen werden dabei genau beobachtet und nachgeahmt und für „normal“
104 befunden. Kommen Kinder und Jugendliche in diesem Kontext nicht in Berührung mit
105 Homo-,Bi-, Trans*- oder Inter*-Menschen, gehört es nicht zu deren Realität. Bei
106 Konfrontation mit Homo-,Bi-, Trans*- oder Inter*-Sexualität im Alltag, etwa durch
107 Mitschüler*innen oder Lehrer*innen, kann es seitens der Kinder und Jugendlichen
108 schnell zu Diskriminierungshandlungen, Ablehnung und Anfeindungen kommen.

109 Queere Aufklärungsprojekte setzen genau da an. Zum Großteil Ehrenamtliche bieten in
110 Schulen Workshops für Schüler*innen zum Thema Vielfalt geschlechtlicher Identitäten
111 und sexueller Orientierungen an. Hier geht es nicht etwa, wie oft von Gegner*innen
112 behauptet, um Frühsexualisierung der Kinder und Jugendliche. Die Schüler*innen haben
113 die Chance offen ihre Fragen zu stellen und vor allem diese Fragen Menschen zu
114 stellen, die selbst Homo-,Bi-, Trans*- oder Inter*-Personen sind. Durch das
115 autobiografische Konzept von queeren Aufklärungsprojekten können aktiv
116 Berührungängste zu vermeintlich Unbekanntem abgebaut werden. Die Authentizität der
117 Teamenden und die Tatsache, dass sie nicht zum Schulalltag gehören, hat einen
118 positiven Einfluss auf Schüler*innen. Teamende in queeren Aufklärungsarbeiten
119 bestehen zumeist aus Schüler*innen, Auszubildenden und/oder Student*innen, die zum
120 Großteil unentgeltlich dutzende Workshops an Schulen geben.

121

122

Antrag G02: Psychologische Betreuung bei Erwerbslosigkeit

Laufende Nummer: 14

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1
Jede Person, die staatliche Hilfe aufgrund von Erwerbslosigkeit beantragt, soll, auf
2
Wunsch, psychologische Hilfe zur Seite gestellt bekommen, die staatlich finanziert
3
wird. Bei Antragsstellung muss die antragsstellende Person auf die Möglichkeit einer
4
solchen psychologischen Beratung hingewiesen werden, sodass die Inanspruchnahme des
5
Angebots so niederschwellig wie möglich erfolgen kann. Um die Leistung auch
6
gewährleisten zu können, sollen Stellen für PsychologInnen bei den Behörden
7
geschaffen werden. Gleichzeitig sollten die Personen aber auch die Möglichkeit haben,
8
die Beratung von PsychologInnen außerhalb der für sie zuständigen Behörde in Anspruch
9
zu nehmen.“
10
Der erste Termin soll innerhalb von acht Wochen nach Antragsstellung erfolgen,
11
unabhängig davon ob der Antrag

12

genehmigt wird.

13

14

Begründung

Begründung:

Personen, die staatliche Hilfe aufgrund von Erwerbslosigkeit beantragen, befinden sich nicht in einer stabilen Lebenssituation. Sie stehen vor der Situation, dass sie kein Einkommen

beziehen und dadurch weniger intensiv am öffentlichen Leben teilnehmen können. Durch den Wegfall der Arbeitsstelle fehlt ein geregelter Tagesablauf und soziale Interaktion. Das alles kann zur Vereinsamung führen.

Nach Antragsstellung dauert es einige Zeit bis der Antrag genehmigt oder abgelehnt wird. In dieser

Zeit leben Betroffene in Ungewissheit. Des Weiteren führt es zur Unsicherheit, wenn nach mehreren Bewerbungen keine Antwort oder Absagen kommen. Diese Belastungen behindern den (Wieder-)Eintritt in den Arbeitsmarkt massiv – um diesem entgegenzuwirken, ist neben der fachlichen Beratung der Agentur für Arbeit/des Jobcenters auch eine psychologische Betreuung von Nöten.

Antrag X04: Pfand überall

Laufende Nummer: 58

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	X - Sonstiges

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass alle Supermärkte und Discounter dazu verpflichtet werden,
- 2 Pfandflaschen von jedem Hersteller anzunehmen. Außerdem fordern wir, dass Pfand auf
- 3 alle Plastikflaschen erhoben wird.

Begründung

Plastik ist ein großes Problem für die Umwelt. Wir sollten froh über jede Plastikflasche sein, die zurückgegeben wird. Dabei sollte der Hersteller der Plastikflaschen keine Rolle spielen und wirtschaftliche Gründe in den Hintergrund rücken. Zudem soll es endlich auf alle Plastikflaschen Pfand geben, dies ist bspw. oft bei Smoothies nicht der Fall.

Antrag X05: Ost-West-Freundschaft fördern

Laufende Nummer: 13

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	X - Sonstiges

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1

2 Für die Jusos sind die grenzübergreifende Zusammenarbeit und Freizeitgestaltung schon
3 selbstverständlich. Dies soll auch an Schulen und öffentlichen Einrichtungen
4 gefördert werden. Daher wird der Bezirk aufgefordert geeignete Maßnahmen gemeinsam
5 mit den angrenzenden Landkreisen aus Sachsen-Anhalt zu entwickeln und umzusetzen.

6

Antrag Fem02: Öffentlich-Rechtliche feministische Pornographie

Laufende Nummer: 12

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Fem - Feminismus

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1
Mainstream-Pornos zeigen in der Regel sexistische und rassistische Stereotype, in
2
denen Konsens kein Thema ist und die bestimmten, „optimalen“ Körpertyp zum Standard
3
erheben. In diesen Filmen wirkt Sex eher wie eine Performance oder Leistungssport:
4
Alles funktioniert scheinbar auf Antrieb, es gibt keine Kommunikation zwischen den
5
Darsteller*innen, kein Ausprobieren, Scheitern und Neu-Ausprobieren. Diese
6
Darstellungsformen in Mainstream-Pornos können Konsument*innen in ihrer Sexualität
7
und im Menschenbild nachhaltig beeinflussen. Auch Jugendliche starten damit viel zu
8
oft mit völlig unrealistischen Vorstellungen in ihr Sexualleben und haben nicht die
9
Möglichkeit ein selbstbewusstes Verhältnis zu sich, ihrem Körper, ihrer Sexualität
10
und Gesundheit zu entwickeln. Dabei sammeln Kinder im Schnitt im Alter zwischen 10
11
und 12 Jahren Erfahrungen mit Pornographie. Ihr womöglich einziges Bild von

12

Sexualität haben sie dabei aus einer verzerrten Form des Mainstream Pornos.

13

Schweden hat mit den „Dirty Diaries“ dieses Problem in Angriff genommen. Die „Dirty

14

Diaries“ sind eine feministische Pornosammlung, die 2009 vom staatlichen Schwedischen

15

Filminstitut finanziert wurden und fernab vom standardisierten Mainstream-Porno

16

Menschen und Sexualität in all ihrer Vielfalt zeigt.

17

Dieser feministische Porno beinhaltet mindestens die folgenden Aspekte:

18

- Regisseur*innen und Produzent*innen, die die Vielfalt der Gesellschaft abbilden

19

- Gute und gerechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung

20

- Die Darstellung von Vielfalt an Körperformen, Geschlechtern, queere Sexualität,

21

ethnischer Herkunft, Sexualität und Sexualpraktiken

22

- Die realistische Darstellung von Lust aller Beteiligten

23

- Verhütung (wenn nicht, dann nur im (dokumentierten) Konsens)

24

- Die explizite Darstellung von Konsens und Kommunikation

25

Es gibt also nicht den einen feministischen Pornofilm. Feministischer Porno ist die

26

Gesamtheit aller den Definitionen folgenden Filmen.

27

Selbstverständlich kann die Einführung und die Verfügbarkeit von feministischen

28

Pornos nicht eine grundsätzliche Reformierung des Sexualkundeunterrichts ersetzen,

29

sondern lediglich ergänzen. Unterstützend fordern wir aber, dass im

30

Sexualkundeunterricht an Schulen auf die Verfügbarkeit feministischer Pornos

31

verwiesen wird.

32

Da vor allem im Internet kostenlose Pornographie konsumiert wird, muss auch

33

feministischer Porno gebührenfrei, dauerhaft und niedrigschwellig verfügbar sein.

34

Daher fordern wir eine Filmförderung nach schwedischem Vorbild.

35

Eine solche Filmförderung ist über verschiedene Kanäle möglich:

36

- Als Sexualbildung über die Landes- und Bundeszentrale(n) für politische Bildung und

37

- die Landes- und Bundeszentrale(n) für gesundheitliche Aufklärung

38

- Als Filmförderung. Dieses Instrument ist denkbar im Rahmen einer Ausschreibung mit

39

- vorgegebenen Mindestkriterien, einer freien Bewerbung um Fördermittel oder einer

40

- Preisverleihung. Hierbei muss auf die Liste der Kriterien, deren Nachprüfbarkeit

41

- und/oder auf die Zusammensetzung der Kommission geachtet werden.

42

• Durch den Aufkauf und das kostenlose Verfügbarmachen in der Online-Mediathek der

43

öffentlich-rechtlichen Sender. Wir fordern, dass die Altersfreigabe für Pornografie

44

hierfür überprüft und ggf. heruntergesetzt wird.

45

Wir fordern, dass die angeführten Kanäle geprüft werden und die Förderung über die

46

geeigneten Kanäle und in wirkungsvoller Höhe begonnen wird.

47

Wir fordern die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Fraktionen in den

48

Landesparlamenten auf, entsprechend tätig zu werden.

49

Die momentan gesellschaftsfähige Argumentation beruht auf der Methode der

50

Verdrängung. Man möchte sich weder politisch noch pädagogisch mit diesem Thema

51

beschäftigen. Der Fokus liegt sehr häufig auf der Vermeidung, dass Jugendliche und

52

Kinder in Kontakt mit Pornos kommen. Dabei ist es kein Phänomen des digitalisierten

53

Zeitalters, dass man in der Pubertät Erfahrungen mit Sexualität sammeln möchte und

54

Interesse an unterschiedlichen Arten von Sex hat. Mit diesem Antrag soll auch ein

55

Schritt in Richtung Enttabuisierung von ausgeübter Sexualität gegangen werden. Des

56

Weiteren ist es wichtig ein realistisches Bild als Gegenangebot zum unrealistischen

57

Mainstream Porno anbieten.

58

Antrag S05: Obdachlosigkeit bekämpfen, nicht Obdachlose!

Laufende Nummer: 41

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Soziales

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Rund 48 000 Menschen in Deutschland leben auf der Straße, insgesamt sind rund 650 000
2 Menschen wohnungslos. Die Gründe für Wohnungslosigkeit sind vielfältig, aber zu
3 sagen: „Niemand muss in Deutschland auf der Straße leben“ ist naiv, gefährlich und
4 nahezu menschenverachtend. An der Bekämpfung von Wohnungslosigkeit zeigt sich, wie
5 gut der Sozialstaat wirklich ist.

6

7 In den letzten Jahren ist ein beängstigender Trend festzustellen. Immer mehr Kommunen
8 und Firmen versuchen durch eine Reihe „kreativer“ Maßnahmen, Obdachlose aus dem
9 öffentlichen Straßenbild zu vertreiben und ihnen den Aufenthalt an öffentlichen Orten
10 unmöglich zu machen. Riesige Steine werden unter Brücken abgelegt, U-Bahnhöfe mit
11 klassischer Musik beschallt, Sitzbänke mit mehreren Lehnen ausgestattet und spitze
12 Zacken vor Schaufenstern installiert. Diese Praxis verurteilen wir aufs Schärfste!
13 Sie soll Menschen, die als unangenehm wahrgenommen werden, vertreiben. Man will „das
14 Problem“ nicht vor Augen haben, kümmert sich aber auch nicht um ihr Schicksal. Ganz
15 nach dem Motto: Aus den Augen, aus dem Sinn.

16

17 Wir fordern daher ein sofortiges Ende dieser Praktiken, die gegen Obdachlose im
18 öffentlichen Raum gerichtet sind. Insbesondere fordern wir alle SPD-Fraktionen in den
19 Kommunen auf, gegen diese Maßnahmen vorzugehen und sich für ihr Ende einzusetzen!

20

21 Stattdessen brauchen wir einen neuen Ansatz in der Bekämpfung von Obdachlosigkeit.
22 Der Fokus auf die „Verantwortung des Einzelnen“, der sich doch nur kümmern und
23 bemühen müsse, ist vollkommen gescheitert. Obdachlose befinden sich in aller Regel in
24 einem Teufelskreis: ohne Wohnung kein Job, ohne Job keine Wohnung. Wir brauchen
25 radikale neue Lösungen.

26

27 Ein Ansatz könnte das „Housing first“-Konzept nach finnischem Vorbild sein:
28 Obdachlose bekommen ohne Bedingungen eine eigene Wohnung vom Staat, um dann nach
und

29 nach wieder in ein „normales“ Leben zurückzukehren. Die Y-Foundation, eine NGO aus
30 Finnland, erklärt das Prinzip so: „Wir haben das Prinzip umgedreht: Normalerweise
31 müssen Obdachlose erst ihr Leben auf die Reihe kriegen, um wieder eine eigene Wohnung

32 zu bekommen. Wir machen das andersherum. Wir geben ihnen eine dauerhafte Wohnung,
33 damit sie ihr übriges Leben wieder in den Griff kriegen können. Seit 2008 gibt es das
34 Housing-First-Programm in den zehn größten Städten in Finnland. Wir sprechen
35 Obdachlose auf der Straße an, in den Heimen, bei Treffen mit Sozialarbeitern.“ [1]

36

37 Finnland ist mit diesem Ansatz überaus erfolgreich. Die Straßenobdachlosigkeit konnte
38 effektiv verringert werden und am Ende ist es für den Staat sogar günstiger, als sich
39 um viele Obdachlose zu kümmern.

40

41 Wir fordern daher, in der Bekämpfung der Obdachlosigkeit in Deutschland neue Wege zu
42 gehen. Statt den Einzelnen aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben, muss der Staat
43 Geld in die Hand nehmen, um wirklich etwas für die Menschen auf der Straße zu tun.
44 Das wäre dann ein wirklich guter Sozialstaat.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Anmerkungen:

[1] <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-03/finnland-soziale-gerechtigkeit-grundwohnen-juha-kaakinen-interview/komplettansicht>

Antrag Int01: Niedersachsen soll sich stärker bei der OPSON Operation einbringen

Laufende Nummer: 97

Antragsteller/in:	Mattheus Berg (Cuxhaven)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Int - Internationales

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Niedersachsen soll sich stärker bei den OPSON Operationen einbringen. Sie sollen an
- 2 jeder OPSON Operation teilnehmen und dies nicht nur in einer beobachtenden Funktion.

Begründung

Die von INTERPOL und Europol koordinierten OPSON-Operationen werden seit dem Jahr 2011 durchgeführt.

Der Begriff Opson stammt aus dem Griechischen und beschreibt den wertgebenden Bestandteil des Essens. Als Namensgeber dieser weltweit stattfindenden Operationen zur Bekämpfung von irreführenden und betrügerischen Praktiken, steht OPSON für die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden auf nationaler und internationaler Ebene.

Food Fraud (Lebensmittelbetrug) ist ein wichtiges Thema was jede Person betreffen kann. Deswegen müssen wir uns dafür einsetzen das dieser Aufgedeckt und verhindert wird. Die OPSON Operation ist dafür ein gutes Mittel und wir sollten es mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Antrag I01: Niedersachsen beim eSport gerade afk?!

Laufende Nummer: 2

Antragsteller/in:	Nico Möller (Landesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres
Herkunft:	Landesvorstand

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Niedersachsen will Vorreiter in der Digitalisierung sein, dies bedeutet aber auch,
2 das es eine Schlüssel- und Vorreiterrolle beim eSport einnehmen muss. Durch
3 Wettkämpfe mit zweistelligen Millionenbeträgen als Preisgelder ist die wachsende
4 Bedeutung des eSports kaum zu übersehen. In vielen Ländern gibt es bereits
5 Strukturen, die eine Ausübung für interessierte Sportler*innen ermöglichen, in
6 Deutschland hingegen sind solche Strukturen nicht einmal für Gemeinnützigkeit
7 geöffnet. Der eSport muss auch in Deutschland als Sportart ohne Einschränkungen
8 anerkannt werden, sonst verpassen wir eine Möglichkeit Jugendliche zu fördern. Die
9 Stärke des eSports liegt in seinem diversen Angebot an Disziplinen und den hohen Grad
10 an Kooperation unter den Spieler*innen. Wenn Niedersachsen jetzt nicht verschläft und
11 geeignete Strukturen und Regularien für eSport schafft kann Niedersachsen Vorreiter
12 beim eSport sein.

13

14 **FORDERUNGEN**

15

16 **Die Anerkennung der Gemeinnützigkeit**

17 eSports wird in den aktuellen Vereinsstrukturen gegenüber den traditionellen
18 Sportarten kaum berücksichtigt. Für eSports ist die *Anerkennung der Gemeinnützigkeit*
19 nach § 52 Abs. 2 Nr. 21 der Abgabenordnung elementar und könnte steuerliche Nachteile
20 beseitigen. Der Weg für die Stärkung des *Ehrenamtes* wird somit geebnet und bestehende
21 Strukturen zwischen traditionellem Sport und eSport ausgebaut. Die Landesregierung
22 muss die Rahmenbedingungen schaffen, dass niedersachsenweit eine Vereinsstruktur für
23 eSport aufgebaut oder hinzugefügt werden kann. Dies bringt weitere Vorteile, wie
24 beispielsweise neue (junge) Mitglieder. Zusätzlich ist die Durchsetzung der
25 Altersbegrenzungen in Vereinsmannschaften und Alterskontrollen durch Coaches und
26 Trainer*innen gewährleistet.

27

28 **Die Struktur in Niedersachsen**

29 Die Stärkung des Ehrenamtes ist ein wichtiger Schritt, doch gehört im Ausbau der
30 Strukturen nachhaltige *Kontrollmechanismen* (wie z.B. Gütesiegel; Vorgaben) dazu. So
31 können gewisse Standards eingeführt und gehalten werden. Die Landesregierung muss

32 Rahmenbedingungen erarbeiten wie zukünftig Förderungen für eSports-Vereine gerecht
33 verteilt werden. Dafür benötigt Niedersachsen eine*n zentrale*n *Ansprechpartner*in*
34 für Fragen rund um den eSport.

35 Die Landesregierung soll Kommunen, Träger der freien Jugendhilfe und Sportvereine bei
36 dem Aufbau von Strukturen im eSport finanziell unterstützen und beratend zur Seite
37 stehen. Hierbei sollen u.a. Trainerlizenzen gefördert werden, Fahrtkostenzuschüsse
38 möglich gemacht werden, Veranstaltungen bezuschusst werden und die Einrichtung von
39 eSport Räumen gefördert werden. Ebenfalls soll die Landesregierung mit einem im
40 Haushalt festgelegten Etat Fördermittel für nicht-kommerzielle Projekte
41 bereitstellen, die für Umbaumaßnahmen, Anschaffung von Endgeräten, wie beispielsweise
42 Computern, Softwareprogrammen oder Medienkompetenz-Seminaren verwendet werden
43 können.

44

45 **Die Begleitung der Sportler*innen**

46 Die Sportler*innen benötigen Begleitung, die ergänzend zu den diversen Disziplinen
47 angeboten wird. Denn das gemeinsame Training ist nicht ausreichend, um eine
48 ganzheitliche Einbettung des Sports zu gewährleisten. Dazu gehören hier unter anderem
49 Coachings in *Medienkompetenz* (Eltern können hier eingebunden werden), genauso wie der
50 Umgang mit den unterschiedlichen Spielen und ihren Communities. Der Umgang mit
51 Verlieren und Frust bei kompetitiven Spielen sollte ebenso Beachtung finden. Ein
52 wichtiger Aspekt ist auch die mentale und physische *Gesundheit*. Hierzu gehört die
53 Aufklärung über die Suchtgefahren und der Ausgleich durch andere sportliche
54 Aktivitäten und eine ausgewogene Ernährung. Es ist das gesetzte Ziel eine
55 *diskriminierungsfreie* Vereinskultur aufzubauen. Aus diesem Grund müssen auch Themen
56 wie Hate Speech und Sexismus auf der Agenda stehen.

57

58 **Die Schaffung von "sicheren Räumen"**

59 Um die Vereinskultur diskriminierungsfrei zu gestalten, ist es wichtig direkt zu
60 Beginn eine inklusive Struktur zu schaffen. Im eSports-Bereich bieten sich viele
61 Möglichkeiten, da die Strukturen erst im Entstehen sind und Erfahrungen aus anderen
62 Sportdisziplinen herangezogen werden können. Hierzu gehört die Schaffung von *sicheren*
63 *Räumen*, in denen sich bestimmte Gruppen (z.B. Frauen*-Gruppen) treffen können und
64 ebenfalls die Möglichkeit erhalten eSports kennenzulernen und kompetitiv zu spielen.
65 Hierfür können Instrumente, wie Frauen*-Quoten oder Frauentams hilfreiche
66 Instrumente sein.

67

68 **eSport Landeszentrum**

69 Die Landesregierung soll ein eSport Landeszentrum einführen, welches als
70 Begegnungsort für den eSport dienen soll. Das eSport Landeszentrum soll als Förderer
71 und Schnittstelle für den eSport und die Digitalisierung im Land Niedersachsen
72 dienen. Neben einem Begegnungsort soll das Landeszentrum ebenfalls einen
73 Bildungsauftrag erhalten und die Bürger*innen jeden Alters im Umgang mit Medien und

- 74 Medienkompetenz schulen und bilden. Das eSport Landeszentrum soll auch die
75 Sichtbarkeit von bestimmten Gruppen (z.B. Frauen*) im eSport fördern und auf die
76 Diversität des Sports hinweisen. Mit der Etablierung eines eSport Landeszentrum kann
77 auch die Möglichkeit genutzt werden Digitalisierung neu zu denken und innovative
78 moderne Ideen zu entwickeln und voranzubringen.

Begründung

eSport ist in Deutschland zur Zeit noch eine unkontrollierte, sehr schnell wachsende Community. Sexismus, Rassismus, Mobbing, Beleidigungen und Diskriminierungen sind Alltag in den Chats der Spiele. Zwar achten z.T. die Publisher auf Verhaltensregeln die sie sich selbst gesetzt haben, dennoch wird besonders Sexismus und Diskriminierung oft nicht konsequent bestraft. Da der eSport und das Gaming zur Zeit noch keine Strukturen in Niedersachsen und Deutschland aufbauen konnte, da die gesetzliche Grundlage fehlt, breitet sich auch Sexismus, Diskriminierung unkontrolliert aus und steht nur unter der Kontrolle von privatwirtschaftlichen Konzernen. Nur wenn Niedersachsen die Grundlage für die Förderung von eSport schafft können wir die Jugendlichen in der Gamingcommunity die angestrebten niedersächsischen Werte von Gleichstellung, Diskriminierungsfreiheit und Chancengleichheit näher bringen. Genauso wie in anderen Sportarten auch, ist das Equipment oftmals teuer und eSport Vereine könnten hier für Jugendliche Zugang zu Sportutensilien günstig anbieten und Jugendliche dabei unterstützen wichtige Erfahrungen des Wettkampfes nicht alleine erleben zu müssen. Der Umgang mit Scheitern und Verlieren würde nicht länger alleine im Kinderzimmer erlebt sondern mit anderen Teammitgliedern, Sozialpädagog*innen und Trainer*innen gemeinsam reflektiert.

Diese Möglichkeit eine noch in den Kinderschuhen steckende Sportart mit aufzubauen darf sich Niedersachsen nicht entgehen lassen und muss jetzt Handeln. eSport ist einer der wenigen Sportarten, die International breit aufgestellt ist und sich divers in den einzelnen Clans und Communitys zusammensetzt. Gerade aufgrund der Internationalität ist es umso wichtiger, dass eSportler*innen die Möglichkeit erhalten sich weltweit zu vernetzen und Visa einfacher an eSportler*innen verteilt werden können.

Antrag U04: New Blue Deal: Natur&Wirtschaft im selben Boot

Laufende Nummer: 94

Antragsteller/in:	Mattheus Berg (Cuxhaven)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern:
- 2 1. die konsequente Umsetzung des Passierverbots von Schiffen, die länger sind, als
- 3 es die Flussbreite erlaubt (dünnste Flussbreite dividiert durch 2,5)
- 4 2. von weiteren Anpassungsmaßnahmen an der Elbe abzusehen
- 5 3. das Zuschütten von Seitenarmen der Elbe zu verbieten
- 6 4. die Unterstützung von vielfältigen Unternehmensarten, die sich im Hamburger
- 7 Hafen ansiedeln wollen und für betriebliche Mitbestimmung sowie ökologisch
- 8 nachhaltige Wirtschaft stehen.
- 9 5. (anschließend an Forderung 2.) mit dem Ende der Anpassungsmaßnahmen an der Elbe
- 10 eine Ende der Verklappungen
- 11 6. Projekte zur Renaturierung von Elbe und Wattenmeer zu unterstütz#
- 12 7. die maximale Potentialausschöpfung des JWP und des Schienenverkehrs von
- 13 Wilhelmshaven nach Maschen
- 14
- 15 8. mehr staatliche Unterstützung für die Entwicklung nachhaltiger Technologien
- 16

Begründung

Kurzfristige Wirtschaftspolitik beenden!:

Der Hamburger Hafen ist der größte Deutschlands und der drittgrößte Europas. Er stellt viele Arbeitsplätze und ist „Deutschlands Tor in die Welt“. Aufgrund der geografischen Lage von ca. 108km flussaufwärts im Landesinneren sehen wir diesen so wichtigen Wirtschaftsstandort bedroht.

Schließlich muss die Elbe für ca. 150 Millionen Euro pro Jahr und unter katastrophalen Konsequenzen für Tier- und Umwelt ausgebaggert werden, damit die immer größer werdenden Containerschiffe den Hamburger Hafen erreichen und dessen Wirtschaft am laufen halten können. Ein weiterer Faktor ist neben der Flusstiefe aber auch die Flussbreite. Diese muss laut internationalem Recht mindestens 2,5 Mal so breit sein, wie das den Fluss befahrende Schiff lang ist. Dieses Recht wird schon jetzt gebrochen, was die Wahrscheinlichkeit von Unfällen erhöht und in der Vergangenheit bereit zu Havarien geführt hat. Damit der Hamburger Hafen die immer

größer werdenden Containerschiffe empfangen kann, muss die Elbe also nicht nur vertieft, sondern auch verbreitet werden. Zudem werden kontinuierlich Seitenarme der Elbe zugeschüttet, damit ihre Fließgeschwindigkeit zunimmt, um Schiffe mit dem Strom schneller nach Hamburg kommen – dieser erhöhte Wasserdruck schadet der Natur und macht das Gewässer für Hobbysegler*innen und Fischer*innen schwer befahrbar, nimmt letzteren also sogar die Existenz.

Flüsse sind von der Natur geformte Gewässer und können vom Menschen nicht unendlich verändert werden. Dass die Elbe für große Schiffe also bald nicht mehr passierbar ist, ist ein für den Menschen unveränderbares Naturgesetz. Der Hamburger Hafen ist also nicht nachhaltig, weil seine Kapazitäten natürlich beschränkt sind. Tiefwasserhäfen wie Amsterdam oder Antwerpen haben diese Beschränkung nicht, weil sie nicht an Flüssen, sondern direkt am Meer liegen. Die ökonomische Stabilität des Hamburger Hafens und somit viele Arbeitsplätze sind in Zukunft also gefährdet. Somit sind alle Bemühungen, die Elbe zu verändern nur der teure und umweltschädliche Versuch, den Status Quo minimal zu verlängern. Als progressiver Verband lehnen wir so eine kurzfristige Wirtschaftspolitik ab. Daher fordern wir:

1. die konsequente Umsetzung des Passierverbots von Schiffen, die länger sind, als es die Flussbreite erlaubt (dünnste Flussbreite dividiert durch 2,5)
2. von weiteren Anpassungsmaßnahmen an der Elbe abzusehen
3. das Zuschütten von Seitenarmen der Elbe zu verbieten

Kleine und mittelgroße Schiffe, die der Elbe nicht schaden, könnten weiterhin in Hamburg anlanden. Große Schiffe könnten im Tiefwasserhafen Wilhelmshaven anlanden und ihre Ladung über das Schienennetz direkt oder mit Feeder-Schiffen über Hamburg in Deutschland und der Welt verteilen. Der Platz, der in Hamburg aber durch das Wegfallen der Industrie um Riesen-Containerschiffe frei wird, kann anderweitig genutzt werden. Die Stadt Hamburg hat als weltbekannte Metropole eine enorme Vielfalt an spannenden Unternehmensarten aber schon lange ein Platzproblem. Um dieser Vielfalt Raum zur Entfaltung zu geben, könnte der frei werdende Platz ideal genutzt werden. Als Sozialdemokrat*Innen wollen wir natürlich Unternehmen unterstützen, die ihren Arbeitnehmer*Innen betriebliche Mitbestimmung gewähren und eine ökologische Zielsetzung verfolgen. Daher fordern wir:

4. die Unterstützung von vielfältigen Unternehmensarten, die sich im Hamburger Hafen ansiedeln wollen und für betriebliche Mitbestimmung sowie ökologisch nachhaltige Wirtschaft stehen.

Weltkulturerbe bewahren!:

Neben der kurzfristig gedachten Wirtschaftspolitik stören uns als Jusos Cuxhaven natürlich auch die Konsequenzen, die unser Zuhause, das Wattenmeer, durch diese Politik ertragen muss. Der eklige und teils sogar giftige Schlick, der direkt vor unserer Haustür verklappt wird, zerstört unser „Weltnaturerbe Wattenmeer“ und bedroht neben dieser einzigartigen Landschaft auch viele Tiere, Menschen und den Tourismusstandort Cuxhaven. Diese stetig steigende Belastung führt zu einem Sauerstoffverlust des Co²-Speichers Wattenmeer, sodass dieses weniger Co² bindet. In Zeiten von Greta Thunberg ist dies ein weiterer Effekt, den wir als Jusos nicht hinnehmen dürfen. Daher fordern wir:

5. (anschließend an Forderung 2.) mit dem Ende der Anpassungsmaßnahmen an der Elbe eine Ende der Verklappungen
6. Projekte zur Renaturierung von Elbe und Wattenmeer zu unterstützen

Progressive Wirtschaftspolitik!

Um die ökonomische Stabilität zu gewährleisten, benötigt Deutschland aber auch einen Tiefwasserhafen – was auch die Länder Niedersachsen, Bremen und Hamburg selbst schon frühzeitig erkannt haben, sodass 2012 der tidenunabhängige Jade-Weser-Port (JWP) in Wilhelmshaven in Betrieb genommen wurde. Hamburg verließ das Projekt allerdings 2011, um sich dem Projekt der Elbvertiefung zu widmen, was dazu führte, dass der JWP bis heute nur unzureichend genutzt wird, obwohl infrastrukturell alles für einen großen Hafen-Betrieb vorhanden ist.

Ebenso unzureichend genutzt ist das sehr gut ausgebaute Schienennetz von Wilhelmshaven nach Maschen, dem Güterverkehrsknoten schlechthin – es ist also ein riesiges Potential vorhanden. Der JWP stellt also eine progressive Hafenpolitik dar, da er aufgrund seiner perfekten geografischen Lage an der Nordsee und der infrastrukturellen Anbindung nach Maschen auch die in Zukunft größten Containerschiffe der Welt aufnehmen und deren Ladung über den Güterverkehr effektiv verteilen kann.

Im Idealfall findet dieser Güterverkehr über die emissionsfreie Wasserstoff-Technologie statt, die weltweit einmalig bereits im Personennahverkehr des Elbe-Weser-Netzes zum Einsatz kommt. Für den Güterverkehr, der ein Vielfaches an Leistung benötigt, ist diese Technologie leider noch nicht reif genug – eine Weiterentwicklung dieser oder die Findung anderer Technologien wäre also erstrebenswert

Daher fordern wir:

7. die maximale Potentialausschöpfung des JWP und des Schienenverkehrs von Wilhelmshaven nach Maschen
8. mehr staatliche Unterstützung für die Entwicklung nachhaltiger Technologien

Antrag D04: Name it: Es ist Rassismus!

Laufende Nummer: 38

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Nach Anschlägen wie in Hanau wird in den Medien schnell von Fremdenfeindlichkeit
- 2 geredet. Dieser Begriff verschleiert aber das wahre Problem und suggeriert Dinge, die
- 3 so nicht stimmen.
- 4
- 5 Täter*innen wie dem in Hanau geht es nicht darum, ob die Opfer einen deutschen Pass
- 6 haben oder nicht. Es geht Ihnen darum, dass die Personen eine andere Hautfarbe haben
- 7 oder einer anderen Religion angehören. Man sollte diesen Rassismus auch so nennen.
- 8 Man sollte sagen, dass es Rassismus oder ggf. Antisemitismus ist.
- 9
- 10 Der Begriff Fremdenfeindlichkeit suggeriert außerdem, dass es sich bei den Opfern um
- 11 Fremde handelt. Das ist keineswegs der Fall. Es handelt sich eigentlich immer um
- 12 Menschen, die wir kennen, die in Deutschland leben, hier arbeiten. Es sind
- 13 Nachbar*innen, Kolleg*innen, Freund*innen, keine Fremden! Sie sind Teil unserer
- 14 Gesellschaft, unserer Leben.
- 15
- 16 Wir sollten diese Taten endlich richtig benennen: es sind rassistische Taten. Und
- 17 dagegen müssen wir als Gesellschaft vorgehen. Rassismus hat keinen Platz bei uns.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B07: Nachhaltige Bildungseinrichtungen

Laufende Nummer: 11

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1

2 Beim 24. Klimagipfel im vergangenen Jahr 2018 in Kattowitz wurde ein Kompromiss
3 geschlossen, um ein internationales Regelwerk zur Umsetzung nationaler
4 Klimaschutzziele zu erlangen. Verbindlich wurde sich auf das „Zwei-Grad-Ziel“ als
5 oberstes Maximum, besser 1,5 °C geeinigt. Dieses Ziel, so war es allen bewusst, kann
6 jedoch nur erreicht werden, wenn in den kommenden Jahren der Ausstoß von
7 Treibhausgasen gesenkt wird. Zieht man eine Bilanz des bisher erreichten, so sind
8 viele Umweltverbände, Entwicklungshilfsorganisationen und Klimaforscher sehr
9 enttäuscht. Laut Aussagen vieler Klimaforscher könnte selbst das gesteckte 2-Grad
10 Ziel, wenn es denn eingehalten würde, nicht weitreichend genug sein. Auch die UN-
11 Klimakonferenz Ende Juni 2019 in Bonn zeigte, dass großer Handlungsbedarf besteht.

12 Die CO₂-Konzentration unserer Atmosphäre liegt heute um mehr als 40 % höher als im
13 Vergleich zum Beginn der Industrialisierung. Einige Folgen sind in den letzten Jahren
14 spürbar geworden - Die Durchschnittstemperatur steigt, Hitzewellen kommen immer
15 häufiger und neue Rekordtemperaturen werden erreicht. Dies ist nicht nur vor allem
16 für kleine Kinder und ältere Leute problematisch, sondern führt zu Dürren oder
17 Überflutungen. Ernten fallen schlechter aus und der Meeresspiegel stieg bereits um 25
18 cm an.

19 Auch wenn einige politische Kräfte wie Trump und Teile der AfD die menschliche
20 Verantwortung darüber leugnen sind sich fast alle Wissenschaftler einig, dass der
21 Klimawandel durch den Mensch - durch uns - ausgelöst wurde. 2015 sicherte die
22 Bundesregierung zu ihrem Beitrag zu leisten um die globale Erwärmung auf 1,5 °C zu
23 beschränken. Um einen wirksamen Anteil zum Klimaschutz als eine der Industrienationen
24 zu leisten, ist es unabdingbar die Probleme ernst zu nehmen und daher zu beschließen,

25 Dass es wichtig ist uns zu positionieren und Klimaleugner*innen entgegenzutreten.

26 Als klimabewusste Menschen, versuchen wir eine „klimaneutrale“ Gesellschaft
27 aufzubauen, in der wir nicht mehr CO₂ und andere Gase entlassen, als die Erde
28 vertragen kann.

29 Klimaschutz ist für uns auch immer eine Sozialdemokratische Angelegenheit.

30 Vorschriften zum Biokonsum, High-tech Klima-autos und Co. Sind nicht von allen
31 bezahlbar. Wir müssen versuchen alle in der Gesellschaft mitzunehmen und daher auch
32 auf die Arbeitnehmer*innen Rücksicht nehmen und beispielsweise Jobalternativen durch
33 Umschulungen bieten. Wer es sich leisten kann teurere Produkte zu kaufen und wer

34 nicht, wird vor allem in Schulen deutlich. Dabei sollten Schulen als Bildungszentrum
35 gerade eine Vorreiter*innenrolle übernehmen und als klimaneutrale Wissensstätten
36 verstanden werden. Gerade hier kann Klimaschutz mit Bildung verbunden werden.

37 Unser Ziel ist es daher klimaneutrale Bildungseinrichtungen auszubauen.

38

39

Energieeffiziente (Gebäude)strukturen

40 Die Gebäude der Bildungseinrichtungen müssen durch Sanierungen und
Wärmedämmungen
41 energieeffizienter umgestellt werden.

42 Die Energieversorgung soll auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden
43 und Zeitschaltpläne für elektronische Geräte und Beleuchtungen eingeführt werden –
44 Drucker und Co werden meist nicht in der Nacht benötigt!

45 Außerdem sollen Schulen auch auf eigene regenerative Energieversorgungen wie
46 Solaranlagen zugreifen können.

47 Auf dem gesamten Schulgelände sollten Behälter für eine effiziente Mülltrennung zur
48 Verfügung gestellt werden.

49 Nicht nur im Schulalltag, sondern auch in der Verwaltung ist der Papierverbrauch
50 mitunter noch enorm hoch und muss reduziert werden. Wir fordern daher

51 Die Etablierung einer papierlosen Schulbürokratie

52 Den Aufbau kostenfreier Möglichkeiten papierfrei zu arbeiten zum Beispiel durch
53 kostenlose Scanner

54 Vermehrte Einsetzung von digitalen Geräten

55 Mobilität

56 Ca. 15 % des globalen CO₂-Emissionen stammen aus dem Bereich der Mobilität und
57 Transport. Immer mehr Kinder werden mit dem Auto quasi bis zur Eingangstür gebracht,
58 dies ist weder Klimagerecht noch verkehrssicher. Wir streben einen Schulweg an, der
59 ohne Individualverkehr bezwingbar ist.

60 Gerade Grundschul Kinder sollten, wenn die Länge des Weges es zulässt einen sicheren
61 Weg zu Fuß bestreiten können.

62 Dafür sollen die Schulwege auf ihre Sicherheit kontrolliert werden und
63 gegebenenfalls mit weiteren Lampen und Zebrastrreifen ausgestattet werden.

64 Zudem sollte geprüft werden, ob Optimierungsmaßnahmen wie die Aktion „Gelbe Füße“,
65 „Walking Bus“ oder Schülerlotsendienst eingeführt werden können und sinnvoll
66 erscheinen.

67 Außerdem soll die Möglichkeit ausgebaut werden mit dem Fahrrad zu fahren.

68 Auch hierfür müssen die Schulwege auf ihre Sicherheit kontrolliert werden und die
69 Radwege und Bordsteinübergänge ausgebaut werden.

70 Außerdem müssen genügend Stellplätze für die Fahrräder zur Verfügung gestellt
71 werden.

72 Falls die Schule weiter weg ist, sollte die Infrastruktur an ÖPNV entsprechend
73 ausgebaut werden. Daher fordern wir

74 ☐ den Ausbau des ÖPNV auf Schulwegen

75 Damit auch alle Kinder die Möglichkeit haben auf individuellen Autoverkehr zu
76 verzichten, selbst wenn der Schulweg sehr lang ist,

77 ☐ Mittelfristig müssen alle Schulkinder einen Zugang zu kostenlosen Fahrkarten haben,
78 also auch in der Oberstufe. Langfristig bleibt die kostenlose Bereitstellung von ÖPNV
79 unser Ziel.

80

81 Gastronomie

82 Die Art und Weise wie sich Deutsche ernähren und Getränke konsumieren führt allein
83 hier schon bei einem CO₂ Ausstoß von ca. 2 Tonnen pro Person im Jahr! Sei es durch
84 Methanabgabe von Rindern oder die in der Landwirtschaft genutzten Lachgasemissionen.
85 Ein Ökologischer Landbau würde zur Reduktion der Umweltbelastung beitragen. Mit Blick
86 auf die CO₂-Äquivalente lässt sich feststellen, dass die effektivste Maßnahme aber
87 nicht allein im Umstieg auf biologische Produkte, sondern auf der Vermeidung von
88 tierischen Produkten liegt. Der hohe Fleischkonsum in den Industrieländern verknappt
89 die weltweiten Flächen, die für Nahrungsmittelanbau zur Verfügung stehen. Deutschland
90 importiert zum Beispiel jedes Jahr 4 Mio. Tonnen Sojaprodukte aus den Tropen und
91 Subtropen (= ca. 1,3 Millionen Hektar fruchtbares Land!). 80 % dieses Imports wird an
92 Tiere verfüttert. Auch der Flächenverbrauch ist bei pflanzlichen Produkten geringer.
93 Die Forderung besteht aber nicht darin Fleisch aus den Kantinen komplett zu
94 verbannen, sondern ein abwechslungsreiches gut schmeckendes und qualitativ
95 hochwertiges pflanzliches Angebot zu schaffen und auszubauen. Auch sollte vermehrt
96 auf regionale Produkte zurückgegriffen werden.

97 ☐ Mehr kostenloses vegetarisches und veganes Essen in Mensen

98 ☐ Verkürzung von langen Transportwegen durch mehr Kooperationen zwischen Mensen und
99 Cafeterien und regionalen Lebensmittelanbieter*innen

100 Um Essensreste zu vermeiden soll zudem vor Ort geprüft werden ob ein Angebot mit 2
101 verschiedenen Portionsgrößen sinnvoll erscheint. Wichtig bei dem Angebot ist, dass es
102 für alle Kinder bezahlbar bleibt.

103 ☐ Ziel ist eine bestmögliche Vermeidung von organischem und anorganischem Abfall

104 ☐ Zudem sollen alle Kinder an Wasserspendern ihre eigenen Trinkflaschen
105 wiederbefüllen können

106 ☐ Zudem sollte auf Einmalgeschirr verzichtet werden

107 Thema als Lerninhalt

108 Gerade Bildungseinrichtungen sind für eine Wissensweitergabe prädestiniert. Das Thema
109 Klimawandel muss daher nicht nur im Unterricht (wie es teilweise schon der Fall ist)
110 sondern möglichst auch durch AGn bespielt werden. Sei es, dass Kinder lernen können
111 einen Garten zu bepflanzen, die Bildungseinrichtung einen kleinen begehbaren „Wald
112 “anpflanzt oder spielerisch den Aufbau von Windkraftwerken erklärt bekommen. In der
113 Zukunft werden wir viel mehr Forschung als zu vor in diesen Bereichen benötigen und

- 114 Kinder, die sich dafür interessieren daher frühzeitig fördern. Wir fordern daher,
- 115 ☐ Die Einbindung des Themas Klimaschutz in den Schulalltag und wenn möglich das
116 Anbieten von weiteren AGn, die die Kinder mit der Natur und dem Klima in Berührung
117 bringen
- 118 • Die stärkere und fächerübergreifende Einbindung von Nachhaltigkeit und
119 Klimaschutz im Kerncurriculum
- 120 Finanzierung
- 121 Eine Bildungseinrichtung allein wird nichts verändern können. Jedoch könnten
122 klimaneutrale Bildungseinrichtungen als Vorreiterrollen dienen und einen
123 Multiplikatoreffekt einrichten. Unser Anliegen des Klimaschutzes ist ein globaler
124 Kampf. Aus diesem Grund fordern wir die Einrichtung eines europäischen Fonds. Aus
125 diesem sollen Teile der Sanierungsarbeiten und Co. für die Schulen finanziert werden.
126 Auch sollen Gelder durch die Bundesrepublik bereitgestellt werden. Die finanzielle
127 Last darf nicht bei den einzelnen Kommunen liegen. Wir fordern,
- 128 ☐ Die Entlastung der Kommunen durch die Regierung
- 129 ☐ Eine gemeinsame Lösung für Europa und daher eine entsprechende umfassende
130 Finanzierung

131

Weiterleitung an den Landesparteitag

132

133

Antrag V03: Mobiles Niedersachsen - eine nachhaltige, soziale, feministische Verkehrswende

Laufende Nummer: 75

Antragsteller/in:	Nico Möller (Landesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr
Herkunft:	Landesvorstand

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Die Zeit des Automobils als primäres Verkehrsmittel neigt sich dem Ende. In Zeiten
2 von menschengemachten Klimawandel, Wohnungsmangel in Städten und eine immer
flexibler
3 werdende Leben- und Arbeitswelt, müssen wir in Niedersachsen ein tiefgreifenden
4 Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik vollziehen. Wir brauchen Veränderungen und
5 Investitionen im Schienenpersonennahverkehr (SPNV), im öffentlichen
6 Personennahverkehr (ÖPNV) und für Fahrradfahrer*innen. Ebenso benötigt es einer
7 Kursänderung im Güter- und Autoverkehr. Wir Jusos stehen für Mobilität und nicht für
8 die Autolobby, besonders hier in Niedersachsen. Und das fordern wir auch von unserer
9 Mutterpartei ein! Wir sind uns sehr wohl der Aufgabe bewusst, die Arbeitnehmer*innen
10 in der Automobilbranche nicht im Stich zu lassen, aber nicht auf Kosten der Umwelt,
11 sondern mit Umschulungen, Investitionen, Weiterbildungen und unbürokratischen Hilfen.

12
13 Eine feministische Verkehrswende benötigt mehr Mobilität in Bereichen der Care-
14 Arbeit. Die Stadtplanung setzte bisher die wirtschaftlichen Aspekte auf ihre
15 Prioritätenliste weit oben, daher werden die Pendler*innenwege ausgebaut. Dabei wird
16 überwiegend der Weg Zuhause-Arbeit-Zuhause berücksichtigt, Wege wie Zuhause-
17 Teilzeitjob-Kita/Krippe-Supermarkt-Kinderärztin-Zuhause aber vernachlässigt. Den
18 Fehler dürfen wir nicht wiederholen, sondern müssen den Fokus verlagern. Care-Wege
19 sind nicht im Ansatz so geradlinig wie der klassische Arbeitsweg und werden in der
20 Stadtplanung kaum berücksichtigt. Solange Frauen* noch immer viel mehr Care-Arbeit
21 leisten müssen als Männer, müssen wir den Verkehr auch nach ihnen ausrichten.

22 **Schiene:**

23 Wir brauchen eine ernst gemeinte Verkehrswende, mit entsprechenden Planungen und
24 Investitionen, die sich nicht davor scheut mit bisher geltenden Konventionen zu
25 brechen. Dabei kommt der Schiene, im Nah-, Güter- und Fernverkehr ebenfalls eine
26 besondere Rolle zu.

27 Aufgrund von teilweise unregelmäßigen Taktlücken, welche z.B. durch von DB
28 Fernverkehr erbrauchte SPNV-Leistungen gedeckt werden, entstehen bei den Fahrgästen
29 Probleme in einen klaren Taktfahrplan wahrnehmen zu können. Auch auf stark
30 frequentierten Strecken, wie z.B. der Relation Rheine-Osnabrück-Hannover, verkehrt

31 der SPNV nur im Zweistundentakt. Gerade im Bereich der Spontanität hat das Auto einen
32 systematischen Vorteil gegenüber dem SPNV. Ein in Niedersachsen zuverlässig
33 verkehrender Nahverkehr im Stundentakt sorgt bei Kund*innen für ein stärkeres
34 Vertrauen in das System Schiene und hinterlässt eine größere Bereitschaft, auch
35 spontane Fahrten auf den SPNV zu verlagern. Im Zusammenspiel mit niedrigeren
36 Fahrpreisen schaffen insbesondere verdichtete Takte langfristig gesehen die
37 Bereitschaft zum Wechsel auf den SPNV.

38 • **Deshalb fordern wir**

39 : Wir fordern einen zwischen den Niedersächsischen
Großstädten mindestens stündlich verkehrenden SPNV-Takt.

40 Ein Vorteil des Automobils gegenüber dem SPNV sind die augenscheinlich geringeren
41 Kosten für eine einzelne Fahrt. Wenn ein Fahrgast am Fahrkartenautomat oder in der
42 App einen höheren Betrag für eine Fahrkarte ausgeben muss, als er in Treibstoffe für
43 seinen PKW investieren müsste, sind die zunächst anfallenden Kosten für eine Fahrt
44 auf der Schiene höher. Die nicht zu vernachlässigenden Kosten für Abnutzung und
45 Wartung werden von Autofahrer*innen meistens nicht einberechnet. Diese Wahrnehmung
46 muss sich - insbesondere im Bereich des Nahverkehrs - ändern.

47 *Beispiel:*

48 Hin- und Rückfahrt mit einem Regionalexpress von Osnabrück nach Hannover: 40,90 €
49 (Einzelfahrkarten)

50 Hin- und Rückfahrt mit dem eigenen Fahrzeug: 27,46 € (mit Wartung 41,76 € für 286 KM
51 bei 1.20 €/l und 8 l/100 KM)

52

53 Bisher aufpreispflichtige Leistungen - wie z.B. ein Fahrradticket - sollten zudem im
54 normalen Fahrpreis inbegriffen sein, um einen zusätzlichen Anreiz für die Nutzung des
55 ÖPNV zu liefern (Beispiel: Im Busnetz der Stadt Osnabrück ist eine Fahrradmitnahme
56 generell nicht gestattet.).

57 • **Deshalb fordern wir**

58 : Die Kosten für eine Einzelfahrkarte im ÖPNV müssen
59 unterhalb der Spritkosten für eine Autofahrt auf gleicher Distanz liegen. Auch
60 über eine Vereinfachung des Tarifsystems muss nachgedacht werden.
61 Serviceleistungen wie die Fahrradmitnahme müssen in einem modernen Tarifsystem
inklusive sein.

62

63 Da aufgrund von Zulassungsproblemen und häufigen „Kinderkrankheiten“ neue Fahrzeuge
64 nicht immer zu Beginn des Verkehrsvertrages in ausreichender Zahl und Qualität zur
65 Verfügung stehen und es in Deutschland nur einen sehr kleinen Markt für gebrauchte
66 Schienenfahrzeuge gibt, versuchen einige Aufgabenträger dieser Entwicklung mit
67 Fahrzeugpools, einer Wiederezulassungsgarantie im nächsten Ausschreibungszeitraum oder
68 der Bestellung standardisierter Fahrzeuge entgegenzuwirken. Auch die LNVG hat hier
69 erste Schritte getätigt. Ebenso muss für neu bestellte Verkehrsverträge die
70 Zukunftsfähigkeit der Fahrzeuge sichergestellt werden. Neben fahrgastorientierten

71 Komfortfunktionen, wie z.B. kostenlosen WLAN-Zugängen, muss auch eine Kompatibilität
72 von neuen Fahrzeugen mit dem ETCS-Standard als Grundlage für ein modernes
73 Schieneninfrastrukturnetz zum Standard werden.

74 • **Deshalb fordern wir**

75 : Die bisherigen Bemühungen der LNVG zur Einführung eines
76 landeseigenen Fahrzeugpools müssen ausgeweitet und in allen neuen
77 Ausschreibungen vorgesehen werden. Die technischen Ansprüche an neue
78 Fahrzeugflotten müssen ausgeweitet werden und beispielsweise auch das
Zugsicherungssystem ETCS standardisiert fordern.

79

80 **Wir fordern ein einheitliches Zugsicherungssystem:**

81 Das ETCS-System, welches die Vereinheitlichung der europäischen Zugsicherungssysteme
82 seit mehreren Jahrzehnten vorantreiben soll, muss weiter gefördert werden.
83 Insbesondere auf grenzüberschreitenden Relationen (etwa Löhne – Osnabrück - Bad
84 Bentheim -Hengelo) und zwingend auch auf den zuführenden Strecken muss ETCS
85 installiert werden. Durch eine Reduzierung von notwendigen bürokratischen
86 Formalitäten – auch bei der Erneuerung von Stellwerksinfrastruktur – müssen
87 Zeitgewinne beim Erneuern der Infrastruktur erreicht werden.

88

89 Auch ETCS ist aufgrund nationaler Betriebsweisen jedoch national zersplittert. Eine
90 Interoperabilität ist trotz der Installation eines ETCS-Systems auf einem
91 Triebfahrzeug nicht immer gegeben. Grund hierfür sind weiterhin national verschiedene
92 Anwendungsbeispiele des ETCS Standards. Die auf den Fahrzeugen eingesetzte ETCS-
93 Software wird durch den Fahrzeughersteller entwickelt. Dies führt dazu, dass die
94 Herstellung von ETCS-fähigen Triebfahrzeugen unnötig erschwert und neuen Herstellern
95 der Zugang zum Markt erschwert wird. Um dies zu verhindern ist die Initiative
96 einiger EVUs, darunter die DB Fernverkehr AG oder die Schweizer SBB, ETCS-
97 Fahrzeugsoftware zukünftig als Open-Source-Software zu entwickeln und lizenzfrei zur
98 Verfügung zu stellen dringend zu unterstützen. Auch Probleme bei der Inbetriebnahme
99 neuer ETCS-Softwareversionen könnten durch einen Open-Source Ansatz verhindert
100 werden.

101 • **Deshalb fordern wir**

102 : Bei der Neubestellung von Fahrzeugen ist eine Open Source-
Software als ETCS-Software einzusetzen.

103

104 Seit der Abschaffung sämtlicher Nachtzüge des EVUs DB Fernverkehr AG erbringt die
105 österreichische ÖBB mehrere Nachtzugverkehre auch innerhalb Deutschlands. Auch andere
106 private EVUs, wie etwa die Bahn Touristik Express, erbringen touristische
107 Nachtzugverkehre. Dies erbringt den Gegenbeweis zu dem Argument der DB, dass
108 Nachtzugverkehre eigenwirtschaftlich nicht tragfähig sind. Seit dem Abschaffen der
109 Nachtzüge verkehren einzelne IC/EC/ICE zu den nächtlichen Zeiten durch Deutschland.
110 Diese bieten den Reisenden jedoch bei weitem nicht denselben Komfort eines

111 Nachtzuges.

112 • **Deshalb fordern wir:**

113 Der Betrieb von Nachtzügen muss in Deutschland wieder
114 flächendeckend erfolgen. Falls die DB Fernverkehr AG sich weiterhin dagegen
115 wehrt müssen andere Betreiber gefunden und mit Anreizen zur Betriebsaufnahme
unterstützt werden.

116

117 Eine häufige Beobachtung ist die chronische Überlastung von Autobahnen, während
118 parallel verlaufende Schienekorridore in ihrer Kapazität nicht voll ausgenutzt
119 werden. Um den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern ist ein
120 strategisches Umdenken erforderlich.

121 Ein weiteres Hemmnis für den Anschluss auch kleinerer Betriebe an das Schienensystem
122 sind fehlende Ladeanlagen für Güterwagen. Insbesondere für kleine EVUs, welche im
123 Güterverkehr tätig sind und lokale Unternehmen beliefern oder diese beliefern wollen,
124 stellt eine fehlende Infrastruktur häufig ein Problem dar. Die aktuell noch
125 vorhandenen und nicht in den letzten Jahrzehnten abgebauten Ladestraßen sind häufig
126 nicht lang genug für den modernen Güterverkehr. Auch fehlt häufig eine
127 Elektrifizierung der Ladestraße. Die Infrastrukturbetreibenden müssen hiergegen aktiv
128 vorgehen und vorhandene Ladeinfrastruktur ausbauen oder neu bauen. Diese Vorhaben
129 müssen zudem aktiv gefördert werden, um den finanziellen Vorteil des LKW-Verkehrs
130 auszugleichen. Auch neue Formen der Güterverladung müssen erforscht und unterstützt
131 werden.

132 • **Deshalb fordern wir**

133 : Die Bemühungen um den Ausbau der Europäischen
134 Güterkorridore müssen dringend verstärkt werden. Der Kombinierte Verkehr, also
135 z.B. das Verladen mehrerer LKW-Anhänger auf Güterwagen und der gemeinsame
136 Transport mit weiteren Güterwagen, muss gefördert werden. Für den Kunden leicht
137 zugängliche Güterverlademöglichkeiten müssen in der Instandhaltung und im Neubau
138 gefördert werden. Bereits vorhandene Güterverlademöglichkeiten müssen den
139 Ansprüchen eines modernen Streckennetzes genügen (bspw. 750m lange
Verladegleise, Ausstattung mit Oberleitung).

140 Die Erneuerung und der Ausbau der Schieneninfrastruktur kommt nur langsam den Zielen
141 hinterher. Der Umbau von auf Relais-technik basierten Spurplanstellwerken hin zu
142 computergestützten Elektronischen Stellwerken oder Digitalen Stellwerken zieht sich
143 an manchen Beispielen über Jahrzehnte, teilweise werden die Pläne gar ganz verworfen.
144 Manche Stellwerke befinden sich auf dem technischen Stand von 1915, Pläne für eine
145 Modernisierung sind nicht vorhanden. Um das Stellwerkpersonal zu entlasten, das Netz
146 zuverlässiger und international interoperabel zu gestalten und um eine höhere
147 Zugdichte zu ermöglichen ist ein rascher und zukunftsorientierter Umbau der
148 Infrastruktur notwendig. Der Abbau von Überhol- und Ladegleisen sowie von Weichen ist
149 nicht mehr zeitgemäß.

150

151 • **Deshlab fordern wir**

152 : Der Neubau und die Erneuerung von Schieneninfrastruktur
153 muss beschleunigt werden. Bereits vorgenommene Gesetzesinitiativen des Bundes
sind zu unterstützen und Alternativen zu ersuchen.

154

155 Insbesondere Gerichtsprozesse in der Planungsphase stellen Neubauprojekte häufig vor
156 Probleme. Das 2020 verabschiedete Maßnahmengesetz-Vorbereitungsgesetz erprobt im
157 Bereich des Planungsverfahrens eine Vielzahl von möglichen Gerichtsverfahren aus dem
158 Weg zu gehen. Da auch dieses Planungsverfahren nicht unumstritten ist, ist es
159 notwendig parallel an alternativen Methoden zu arbeiten, welche die Akzeptanz von
160 Neubauten bei der Bevölkerung erhöhen. Die DB Netz AG hat hierbei in den letzten
161 Jahren viele Projekte durch einen intensiven Kontakt zur Bevölkerung im Dialog
162 versucht dies zu erreichen. Ziel sollte es sein, insbesondere durch freiwillige
163 Zugeständnisse beim Lärmschutz die Anwohnenden für neue Infrastrukturprojekte zu
164 begeistern.

165 **Nicht nur das Fahrpersonal, auch das Stellwerkpersonal stellt eine Herausforderung**
166 **im Bahnbetrieb dar. Nicht gerade selten arbeitet das Fachpersonal, welches neben den**
167 **Triebfahrzeugführer*innen ein integraler Bestandteil des Schienenverkehrs ist, an der**
168 **absoluten Belastungsgrenze. Insbesondere in kritischen und komplexen**
169 **Störungssituationen kann eine Überarbeitung des Personals katastrophale Folgen haben.**
170 **Es ist im Sinne aller Nutzenden und Betreibenden von Schieneninfrastruktur, die**
171 **Anzahl der Fahrdienstleiter*innen im Betrieb zu erhöhen. Ob eine Verbeamtung im**
172 **Rahmen einer Verstaatlichung des deutschen Bahnnetzes oder andere Anreize mehr**
173 **zuverlässiges Personal in den Beruf lockt, ist zu erforschen.**

174 • **Deshalb fordern wir:**

175 Das Bahnpersonal unterliegt heute aufgrund von
176 Personalmangel an einigen Standorten bereits starkem Stress. Der Initiative
177 einiger EVUs, Arbeitnehmer*innenrechte einzuschränken oder abzubauen muss
178 entschieden entgegengetreten werden. Die Eisenbahnberufe müssen – auch durch
179 Lohnsteigerungen in allen operativen Bereichen – attraktiver für Neueinsteiger
gestaltet werden.

180

181 **Fahrrad**

182 **Radschnellwege fördern**

183 Wir fordern, ein niedersachsenweites Radschnellwegenetz aufzubauen. Ein Radschnellweg
184 ist ein gut ausgebauter, breiter Fahrradweg, auf dem Radfahrende sich möglichst ohne
185 Unterbrechungen durch Ampeln oder Straßenquerungen von A nach B bewegen können.
Diese

186 Radschnellwege sollen dabei nicht nur den wirtschaftlichen Interessen entsprechend
187 sternförmig, sondern wirklich wie ein gut verzweigtes Netz angelegt werden. Dadurch
188 wird der Umstieg aufs Fahrrad im ganzen Lebensalltag vereinfacht. Dieses
189 Radschnellwegenetz soll nicht nur in den Städten Stadtteile miteinander, sondern auch

190 landesweit ganze Städte und Orte verbinden.

191

192 **ÖPNV und Fahrrad verknüpfen!**

193 Die Zug und Busanbindung muss gerade im ländlichen Raum nicht nur mit dem Auto,
194 sondern langfristig vor allem mit dem Fahrrad erreichbar sein.

195 **Deshalb fordern wir:**

- 196 • Wir fordern intermodale Verknüpfung zwischen Radverkehr und ÖPNV vor allem in
197 ländlichen Räumen.
- 198 • Radwegeoffensive durch Landesförderprogramm für Kommunen um an ihren
199 Kreisstraßen Radwege zu Bushaltestellen entstehen zu lassen.
- 200 • Flexibilität und Zeitkosteneffizienz bei der Beantragung der Kommune für die
201 Sanierung oder Neuerrichtung von Radwegen an Landesstraßen durch Überarbeitung
202 des nds. EntflechtG.

203

204 **Radverleih auch in ländlichen Regionen**

205 Nicht nur die urbane Gesellschaft darf von günstigen Radverleih profitieren, als
206 Flächenland Niedersachsen benötigen wir Radleihmöglichkeiten besonders in ländlichen
207 Gebieten.

208

209 **ÖPNV**

210 Ein sowohl sozial gerechtes als auch nachhaltiges Verkehrskonzept der Zukunft ist
211 ohne den öffentlichen Personennahverkehr nicht denkbar. Wir fordern deshalb
212 Investitionen in ein ÖPNV-Netz, welches eine ernstzunehmende und attraktive
213 Alternative zum Individualverkehr bietet. Dafür muss das Angebot sowohl in Bezug auf
214 Betriebszeiten und Taktung, als auch in Bezug auf die Streckenplanung massiv
215 ausgebaut werden. Diesem Ausbau muss ein Konzept zugrunde liegen, welches diverse
216 Alltagsgestaltungen und damit Streckenprofile der Bürger*innen anerkennt. Menschen
217 bewegen sich nicht nur vom Wohnort zum Arbeitsplatz und wieder zurück, sie bringen
218 Kinder zu Schule, engagieren sich in Vereinen, besuchen Verwandte, gehen einkaufen.
219 Alle diese Wege müssen einkalkuliert werden, um einseitige Infrastruktur-
220 Investitionen zu verhindern, die nur einer bestimmten Bevölkerungsgruppe nutzen. Wege
221 und Strecken, die Teil der Care-Arbeit sind, müssen dabei besonders berücksichtigt
222 werden.

223 Wer mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist, besonders über längere Strecken,
224 dem stehen unterschiedliche Optionen zur Verfügung: Schienenverkehr, Busse & Bahnen,
225 Mieträder, Carsharing-Angebote. Reist man nicht von der Innenstadt zum Bahnhof oder
226 umgekehrt, führt dies oft in einen Dschungel verschiedener Anbieter, Tarife,
227 Webseiten und Apps.

228 Meint man es mit der Verkehrswende ernst, müssen auf lange Sicht alle Wege mit dem
229 ÖPNV einfach und unkompliziert zu bewältigen sein. Dafür ist eine Abstimmung
230 unterschiedlicher Verkehrsmittel und Anbieter unabdingbar. Busse & Bahnen, die sich

- 231 an Ankunft und Abfahrt des Schienenverkehrs orientieren; Mieträder und/oder
232 Carsharing-Angebote, die direkt an Haltestellen zur Verfügung stehen; und vor allem:
233 ein unkomplizierter, übersichtlicher und barrierefreier Zugang zu all diesen
234 Angeboten.
- 235 **Deshalb fordern wir:** Wir fordern Investitionen in den ÖPNV, die auf einer umfassende
236 Evaluierung der Bedürfnisse und Alltagsgestaltungen der Bürger*innen basieren, sowie
237 die Zusammenfassung aller ÖPNV Anbieter Niedersachsens in einer App, um die
238 Zugänglichkeit und Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel sicherzustellen.

Antrag A03: Mitbestimmung 4.0

Laufende Nummer: 53

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Das Betriebsverfassungsgesetz soll bzgl. der Möglichkeiten der Digitalisierung
- 2 erneuert werden. Z.B. sollen Videokonferenzen ausdrücklich zulässig sein für
- 3 beschlussfähige Betriebsratssitzungen.

Begründung

TAZ 2017: „Wenn die Arbeit immer mehr online stattfindet, muss auch die betriebliche Mitbestimmung / Arbeitskampf online stattfinden.“

Antrag D05: Mehr Professuren für Antisemitismusforschung

Laufende Nummer: 35

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Seit Jahren steigt die Zahl antisemitischer Straftaten in Deutschland und ganz
2 Europa. Juden verstecken ihre Kippa, Jüdinnen tragen die Davidssternkette lieber
3 unter dem Oberteil, jüdische Schulen gleichen Hochsicherheitsgefängnissen und vor
4 jeder Synagoge stehen Polizist*innen. Der Anschlag von Halle war ein vorläufiger,
5 erschreckender Höhepunkt einer beunruhigenden Entwicklung.

6

7 Ja, es stimmt: antisemitische Straftaten nehmen zu. Aber: Antisemitismus war schon
8 immer da. Auch nach 1945 war er nicht einfach weg, er wandelte sich, existiert in
9 anderen Formen weiter. Die zutiefst menschenverachtende Haltung aber blieb. Der
10 autoritäre Charakter ist tief in der DNA der Bundesrepublik verwurzelt,
11 Antisemitismus gehört zu Deutschland wie Schnitzel, Sauerkraut und Kleingartenanlage.
12 Das ist die bittere Wahrheit, die uns sämtliche empirische Studien seit Jahrzehnten
13 vor Augen führen. In allen gesellschaftlichen Schichten sind antisemitische
14 Einstellungen und Vorurteile relativ gleich verteilt. Und auch alle Parteien des
15 politischen Spektrums sind ähnlich stark betroffen, mit einer Ausnahme: der AfD.

16

17 Antisemitismus greift die Grundlagen der freiheitlichen, bürgerlichen Gesellschaft
18 an. Jüd*innen werden von den Antisemit*innen mit der Moderne, die sie ablehnen,
19 gleichgesetzt, Antisemitismus wird so zur „negativen Leitidee“ (Salzborn) der
20 Moderne. Statt die Ursachen für Unzulänglichkeiten der unvollendeten Moderne in
21 abstrakten Strukturen der Gesellschaft zu suchen, werden Enttäuschung,
22 Entfremdungsgefühle und Sinnverlust personifiziert und „der Jude“ als Ursache
23 ausgemacht. Antisemit*innen sind unfähig „abstrakt zu denken und konkret zu fühlen“
24 (Salzborn) und greifen dadurch die Idee von Freiheit und Gleichheit aller Menschen
25 grundsätzlich an.

26

27 Die Erforschung von Antisemitismus ist also nach wie vor wichtig, wahrscheinlich
28 wichtiger denn je. Dennoch ist die Antisemitismusforschung in Deutschland vor allem
29 eine Domäne der Historiker*innen. Andere Disziplinen beschäftigen sich eher selten
30 ausführlich mit Antisemitismus. Es ist heute gut möglich, dass jemand in ihrem*seinem
31 sozial- oder geisteswissenschaftlichen Studium nicht ein einziges Mal mit
32 Antisemitismus konfrontiert wird. Außer in der Geschichtswissenschaft gehört die
33 Erforschung von Antisemitismus in keinem Fach zum Kanon. Das muss sich ändern!

34 Antisemitismus ist eine alles umfassende Ideologie, um sich die Welt zu erklären.
35 Seine Entstehung, Wirkung, Erscheinungsformen, Bekämpfung und Prävention müssen
36 deshalb aus vielen Perspektiven und interdisziplinär erforscht werden. Es kann nicht
37 sein, dass Antisemitismus im Lehramtsstudium und in anderen pädagogischen
38 Studiengängen häufig keine große Rolle spielt. Um ihn wirksam zu bekämpfen, muss er
39 aber gut erforscht sein und dieses Wissen an die Pädagog*innen der Zukunft
40 weitergegeben werden.

41

42 Wir fordern daher:

- 43 • Die Einrichtung von Professuren für Antisemitismusforschung an deutlich mehr
44 Hochschulen als heute. Diese müssen dabei in verschiedenen Disziplinen verankert
45 sein und interdisziplinär arbeiten.
- 46 • Eine Ausweitung des Lehrangebots im Bereich der Antisemitismusforschung
47 außerhalb der Geschichtswissenschaft, v.a. in den Fächern der Sozial, Geistes-
48 und Kulturwissenschaften.
- 49 • Ein Angebot von grundlegenden und einführenden, interdisziplinären
50 Lehrveranstaltungen zu Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener
51 Menschenfeindlichkeit für Studierende aller Fächer.
- 52 • Eine stärkere Thematisierung von Bekämpfung und Prävention des Antisemitismus in
53 pädagogischen Studiengängen, vor allem im Lehramt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B08: Lehrer*innen verdienen mehr!

Laufende Nummer: 67

Antragsteller/in:	David Olef (Osnabrück-Stadt)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert alle Lehrer*innen mit A13 zu besolden.

Begründung

Begründung

Grundschullehrer*innen werden als Beamtinnen nach Besoldungsgruppe A12 bezahlt. Damit verdienen sie weniger als ihre Kolleginnen an anderen Schulformen, die meist nach A13 bezahlt werden.

In der Grundschule werden Kinder zum ersten Mal mit schulischen Anforderungen konfrontiert. Es ist eine wichtige Zeit, in der die Grundlagen für die weitere Bildungsbiographie gelegt werden. Grundschullehrer*innen wecken Lernfreude, helfen den Kindern dabei, die notwendige Grundbildung zu erwerben, ihren Weg in die Gesellschaft zu finden und die Welt um sie herum zu verstehen. Diesen komplexen und gesellschaftlich wichtigen Aufgaben steht eine chronische Unterfinanzierung der Grundschulen gegenüber. Fakt ist: Grundschullehrer*innen haben die höchste Unterrichtsverpflichtung aller Lehrkräfte. Sie werden schlechter bezahlt als die meisten anderen Lehrkräfte und oftmals sind die Schulen unzureichend ausgestattet. Dies passt nicht zu dem hohen Anspruch, der an die Grundschulen gestellt wird.

Pädagogische Arbeit an Grundschulen ist äußerst erfolgreich und wird hauptsächlich von Frauen geleistet. Die schlechtere Bezahlung der Grundschullehrer*innen stellt eine Geschlechtsdiskriminierung dar.

Die Grundschule ist in vielen Bundesländern die einzige echte Gesamtschule und Vorreiterin bei der inklusiven Bildung. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, brauchen die Grundschulen verlässliche Teamzeiten sowie eine ausreichende personelle und materielle Ausstattung. Anstatt dessen spart Deutschland an seiner wichtigsten Schulform. Damit muss Schluss sein. Wir fordern gute Rahmenbedingungen an unseren Grundschulen und eine gerechte Bezahlung. Die Arbeit in der Grundschule muss für junge Menschen attraktiver werden. Schon jetzt gibt es in manchen Bundesländern einen Fachkräftemangel in den Grundschulen. Wir brauchen motivierte, selbstbewusste und gut ausgebildete Grundschullehrer*innen.

Die anspruchsvolle pädagogische Arbeit der Lehrkräfte an Grundschulen muss auch endlich entsprechend entlohnt werden. Deshalb die Entlohnung nach A13

bzw. E13 für Grundschullehrkräfte.

Quelle:

https://www.gew.de/fleadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/

Antrag X06: Langfristiger Erhalt der Schwimmbadinfrastruktur in Niedersachsen Bestehende Hallen- und Freibäder zur pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe erklären

Laufende Nummer: 91

Antragsteller/in:	Frederik Burdorf (SPD-UB Osterholz)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	X - Sonstiges

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern das Land Niedersachsen auf, die bestehenden kommunalen Hallen
- 2 und Freibäder zur pflichtigen Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen zu
- 3 erklären, um den langfristigen Erhalt der bestehenden Hallen- und Freibad
- 4 Infrastruktur in Niedersachsen sicherzustellen. Des Weiteren fordern wir das Land
- 5 Niedersachsen auf, die Kommunen beim Erhalt der Hallen- und Freibäder
- 6 finanziell zu unterstützen.

Begründung

Zurzeit gelten Hallen- und Freibäder als freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe¹ und stehen somit regelmäßig auf dem Prüfstand, wenn Kommunen ihren Haushalt nicht ausgleichen können und ein Haushaltssicherungskonzept erstellen müssen, in dem es natürlich auch um mögliche Kürzungen geht. Dabei sind verständlicherweise als Erstes die freiwilligen Leistungen von den Kürzungen betroffen. Im Gegensatz zu den pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, die Kommunen erfüllen müssen, aber dabei eine gewisse Gestaltungsfreiheit besitzen und bei denen daher nur sehr eingeschränkt gekürzt werden kann. Hieraus resultierend, kommt es immer wieder zur Schließung von Hallen- und Freibädern, vor allem wenn diese zudem noch ein größeren Investitionsbedarf aufweisen. Durch eine Überführung der bestehenden Hallen- und Freibäder in Bereich der pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben kann sichergestellt werden, dass diese nicht mehr durch Haushaltssicherungsmaßnahmen in ihrer Existenz bedroht werden. Für die Umwandlung spricht zudem, dass laut Zahlen der DLRG in den vergangenen 17 Jahren durchschnittlich 80 Schwimmbäder pro Jahr bundesweit geschlossen wurden². Für Niedersachsen liegen hierüber leider keine genauen Zahlen vor³. Dieser Trend sollte dringend gestoppt werden, denn schon heute sind knapp 60 % der zehnjährigen Kinder keine sicheren Schwimmer*innen mehr⁴. Nur durch den Erhalt der öffentlichen Bäder kann langfristig sichergestellt werden, dass die Zahl der Nichtschwimmer*innen und damit der tödlichen Badeunfälle nicht weiter zunimmt.

1 vgl. § 4 NKomVG

2 vgl. <https://www.dlrg.de/informieren/die-dlrg/rettet-die-baeder>

3 vgl. Niedersächsischer Landtag – Drucksache 17/2560

4 vgl. repräsentative forsa-Umfrage im Auftrag der DLRG

[https://www.dlrg.de/fileadmin/user_upload/DLRG.de/Fuer-](https://www.dlrg.de/fileadmin/user_upload/DLRG.de/Fuer-Mitglieder/AA_DLRG2019/die_dlrg/Presse/Schwimmfaehigkeit/dlrg-presse-forsa-2017.pdf)

[Mitglieder/AA_DLRG2019/die_dlrg/Presse/Schwimmfaehigkeit/dlrg-presse-forsa-2017.pdf](https://www.dlrg.de/fileadmin/user_upload/DLRG.de/Fuer-Mitglieder/AA_DLRG2019/die_dlrg/Presse/Schwimmfaehigkeit/dlrg-presse-forsa-2017.pdf)

Antrag B09: KZ-Besuch auf weiterführender Schule ermöglichen

Laufende Nummer: 49

Antragsteller/in:	Jill Gorzejewski (SPD-UB Celle)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die SPD-Fraktion im Landtag soll sich dafür einsetzen, ein Gesetz zu verabschieden,
- 2 welches weiterführende Schulen verpflichtet allen Schüler*Innen einen KZ-Besuch
- 3 während der Schullaufbahn zu ermöglichen.

Begründung

Um dem Vergessen innerhalb der Gesellschaft entgegenzuwirken muss jede Person schon im jungen Alter an diese schwierige Thematik herangeführt werden. Leider ist es heutzutage eher selten, dass Schulen Exkursionen in eine KZ-Gedenkstätte anbieten. Da der Anblick eines KZ jedoch einen viel stärkeren Eindruck der schrecklichen Taten hinterlässt als der Blick in ein Lehrbuch, soll diese Möglichkeit geschaffen werden.

Antrag B10: Kostenlose Schulmaterialien

Laufende Nummer: 55

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 1. Schüler*innen, egal aus welchem Jahrgang, sollen künftig Schulbücher kostenlos
- 2 geliehen bekommen. Damit sind sowohl Bücher als auch Schreibhefte bzw. Arbeitshefte
- 3 gemeint.
- 4 2. Taschenrechner, Elektronische Wörterbücher und andere technische Hilfsmittel
- 5 sollen ebenso an Schüler*innen für die Schulzeit kostenlos verliehen werden.
- 6 3. Kopiergeld soll komplett abgeschafft werden, stattdessen sollen digitale Lösungen
- 7 gesucht werden.
- 8 4. Bei fahrlässigen Beschädigungen der Bücher oder der Hilfsmittel wie bspw.
- 9 Taschenrechner, sollen die Schüler*innen bzw. die Eltern dafür haften.
- 10 Weiterleitung: SPD Landesparteitag

Begründung

In einen sozialen Rechtsstaat sollte Bildung komplett kostenlos sein, um absolute Chancengleichheit zu erreichen. Dennoch fallen für Bücher Leihgebühren an. Arbeitshefte, in denen geschrieben wird, müssen komplett bezahlt werden. Nötig sind auch Taschenrechner und vor allem elektronische Wörterbücher sind teuer.

Für ärmere Familien können diese Gebühren durchaus eine finanzielle Hürde sein, was auch den Schulwerdegang stören kann. Oberstufenschüler*innen müssen sich meist Bücher kaufen, die teilweise schon um die 40 Euro pro Stück kosten. Bei Schulbildung sollte jede*r Schüler*in, egal welcher Herkunft oder finanzieller Lage, die gleichen Voraussetzungen haben.

Antrag B11: Kochen in der Grunschule

Laufende Nummer: 69

Antragsteller/in:	David Olef (Osnabrück-Stadt)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Landtagsfraktion solle sich dafür einsetzen, dass es in allen Klassenstufen der
- 2 Grundsichule regelmäßig Koch- und Ernährungsprojekte gibt. Fokus solle in den
- 3 Curricula hier auf gesunde und vegetarische Gerichte gelegt werden. Die Gerichte
- 4 sollen vornehmlich klimaverträglich sein.

Begründung

Die Schule soll dazu dienen, sich selbst besser im Leben zurechtzufinden und dabei kann es helfen, wenn man die Basics des Kochens bereits in jungen Jahren gelernt hat.

Antrag B12: Klimawandel im Schulunterricht

Laufende Nummer: 48

Antragsteller/in:	Yannis Naumann (SPD-UB Celle)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die SPD-Fraktion im Landtag soll sich dafür einsetzen, dem Thema Klimawandel in der
- 2 Schule mehr Raum zu schaffen. Außerdem sollen in den verschiedenen Fächern
- 3 unterschiedliche Aspekte des Themas behandelt werden.

Begründung

Aufgrund der hohen Dringlichkeit des Themas und des relativ niedrigen Wissenstandes um das Thema, soll der Klimawandel verstärkt im Schulunterricht behandelt werden. So können neben naturwissenschaftlichen Effekten (Physik/Chemie) auch Auswirkungen auf Mensch und Tier (Biologie), Soziale Aspekte (Werte und Normen/Ethik), Religiöse Aspekte (Religion), die Geschichte des menschengemachten Klimawandels (Geschichte) und die Auswirkungen auf die Politik (Politik) betrachtet werden.

Antrag B13: Kleine Studienfächer erhalten – Landesformel reformieren!

Laufende Nummer: 50

Antragsteller/in:	Jakob Blankenburg (Landesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung
Herkunft:	Juso-Hochschulgruppen Niedersachsen

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Hochschullandschaft in Niedersachsen ist vielfältig und divers und das ist auch
- 2 gut so! Doch wird in den letzten Jahren zunehmend an dieser Vielfalt gesägt. Kleine –
- 3 d.h. entweder nicht gut ausgelastete oder aber häufig nicht durch eine Professur
- 4 vertretene – Fächer oder Studiengänge befinden sich auf den Abstellgleisen ihrer
- 5 Hochschulen. Die Debatte um die Kunstgeschichte an der Universität Osnabrück oder die
- 6 nun beschlossene Schließung der Indologie und der Finnougristik an der
- 7 Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen zeigen diesen Trend deutlich auf.
- 8 Die Probleme liegen aus ökonomischer Sicht auf der Hand: Nicht-ausgelastete
- 9 Studienfächer sorgen für rote Zahlen in den Fakultäts- oder Hochschulhaushalten. Doch
- 10 darf allein das wirklich unser Anspruch an eine freie und kritische Wissenschaft
- 11 sein?
- 12 Die sogenannte Landesformel ist das Instrument, das gegenwärtig in Niedersachsen
- 13 maßgeblich für die Finanzierung von Studienplätzen verantwortlich ist. Neben der
- 14 Grundfinanzierung der Hochschulen und den Drittmitteln im Bereich Forschung ist die
- 15 Landesformel im Sinne einer Verteilung von leistungsorientierten Mitteln (LOM) eine
- 16 Säule der Mittelakquise von Hochschulen. Im Bereich Studium/Lehre gibt sie
- 17 beispielsweise ein Auslastungsminimum für „große“ und „kleine“ Fächer von 80 bzw. 40%
- 18 vor.
- 19 • Wir fordern an dieser Stelle, dass diese prozentualen Auslastungsregeln
- 20 evaluiert und gegebenenfalls nach unten korrigiert werden, um den allgemeinen
- 21 Auslastungsdruck auf Studiengänge zu reduzieren und Raum für Weiterentwicklungen
- 22 und Innovation zu schaffen.
- 23 Sind diese prozentualen Auslastungen der Studienplätze nicht erreicht, sind
- 24 Strafzahlungen an das Land fällig – unabhängig von eventuellen Gründen oder weiteren
- 25 Kriterien. Wir finden diese generalisierende Regelung falsch und ungerecht. Es kann
- 26 nicht sein, dass ohne Einzelfallprüfung von Studiengängen, die unter diese Grenze
- 27 fallen, Strafzahlungen geleistet werden müssen.
- 28 • Wir fordern daher eine Einzelfallprüfung für alle Studiengänge, die die
- 29 angestrebten Auslastungszahlen nicht erreichen. In dieser Prüfung sollen
- 30 explizit weitere Faktoren, neben den ökonomischen und quantitativen Statistiken,
- 31 herangezogen und berücksichtigt werden.

32 Auf einer Metaebene müssen wir uns als Wissenschaftsstandort Niedersachsen die Frage
33 stellen, wie wir uns Forschung und Lehre an unseren Hochschulen im Idealfall
34 vorstellen. Die Landesformel bzw. die leistungsorientierte Mittelvergabe ist dabei
35 lediglich ein Element einer Strategie, die drittmittelstarke oder/und vielstudierte
36 Studiengänge als höchste Priorität auszeichnet. Natürlich sind gut ausgelastete und
37 funktionierende Fachbereiche an den einzelnen Standorten gut – sie dürfen aber nicht
38 das einzige Ziel einer solchen Strategie sein.

- 39 • Wir fordern daher den Einbezug von gesellschaftlicher Relevanz, das Ausmaß
40 bundesweiter Vertretung eines Faches, der Vernetzung in Forschungs- oder
41 Lehrverbänden, einer Chancenanalyse und weiteren Faktoren in die Überlegungen
42 der Landeswissenschaftspolitik.

43 Wir wollen hiermit eine Debatte darüber anstoßen, was uns eine vielfältige,
44 pluralistische, offene und kritische Wissenschaftslandschaft wert ist. Kleine Fächer
45 sind ein wesentlicher Baustein für eine solche Wissenschaftskultur in Niedersachsen,
46 die wir nicht weiter durch ökonomische Zwänge kaputtsparen wollen. Wissenschaft ist
47 mehr als nur Wirtschaft – Wissenschaft ist allgegenwärtig.

48 Wir fordern nicht zuletzt eine deutliche Erhöhung der Landesmittel für die
49 niedersächsischen Hochschulen. Globale Haushaltskürzungen, Mittelstagnation sowie
50 kontinuierliches Kaputtsparen aller vermeintlich nicht lukrativen Studienrichtungen
51 dürfen den freien Wissenschaftsbetrieb in Niedersachsen nicht weiter gefährden. Hier
52 sehen wir vor allem die SPD in der Verantwortung, eine solche Mittelkürzung aktiv zu
53 verhindern.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag B14: Kleine Studienfächer erhalten – Landesformel reformieren!

Laufende Nummer: 19

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Hochschullandschaft in Niedersachsen ist vielfältig und divers und das ist auch
- 2 gut so! Doch wird in den letzten Jahren zunehmend an dieser Vielfalt gesägt. Kleine –
- 3 d.h. entweder nicht gut ausgelastete oder aber nicht häufig durch eine Professur
- 4 vertretene – Fächer oder Studiengänge befinden sich auf den Abstellgleisen ihrer
- 5 Hochschulen. Die Debatte um die Kunstgeschichte an der Universität Osnabrück oder die
- 6 nun beschlossene Schließung der Indologie und der Finnougristik an der
- 7 Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen zeigen diesen Trend deutlich auf.

- 8 Die Probleme liegen aus ökonomischer Sicht auf der Hand: Nicht-ausgelastete
- 9 Studienfächer sorgen für rote Zahlen in den Fakultäts- oder Hochschulhaushalten. Doch
- 10 darf allein das wirklich unser Anspruch an eine freie und kritische Wissenschaft
- 11 sein?

- 12 Die sogenannte Landesformel ist das Instrument, das gegenwärtig in Niedersachsen
- 13 maßgeblich für die Finanzierung von Studienplätzen verantwortlich ist. Neben der
- 14 Grundfinanzierung der Hochschulen und den Drittmitteln im Bereich Forschung ist die
- 15 Landesformel im Sinne einer Verteilung von leistungsorientierten Mitteln (LOM) eine
- 16 Säule der Mittelakquise von Hochschulen. Im Bereich Studium/Lehre gibt sie
- 17 beispielsweise ein Auslastungsminimum für „große“ und „kleine“ Fächer von 80 bzw. 40%
- 18 vor.

- 19 • Wir fordern an dieser Stelle, dass diese prozentualen Auslastungsregeln evaluiert und
- 20 gegebenenfalls nach unten korrigiert werden, um den allgemeinen Auslastungsdruck auf
- 21 Studiengänge zu reduzieren und Raum für Weiterentwicklungen und Innovation zu
- 22 schaffen. Nicht zuletzt ist das Hochschulwesen stark unterfinanziert. Wir fordern daher eine
- 23 generelle Aufstockung der Landesmittel, um eine freie und gute Hochschullandschaft in
- 24 Niedersachsen weiter zu gewährleisten.

- 25

- 26 Sind diese prozentualen Auslastungen der Studienplätze nicht erreicht, sind
- 27 Strafzahlungen an das Land fällig – unabhängig von eventuellen Gründen oder weiteren
- 28 Kriterien. Wir finden diese generalisierende Regelung falsch und ungerecht. Es kann
- 29 nicht sein, dass ohne Einzelfallprüfung von Studiengängen, die unter diese Grenze
- 30 fallen, Strafzahlungen geleistet werden müssen.

31 • Wir fordern daher eine Einzelfallprüfung für alle Studiengänge, die die angestrebten
32 Auslastungszahlen nicht erreichen. In dieser Prüfung sollen explizit weitere Faktoren,
33 neben den ökonomischen und quantitativen Statistiken, herangezogen und berücksichtigt
34 werden.

35 Auf einer Metaebene müssen wir uns als Wissenschaftsstandort Niedersachsen die Frage
36 stellen, wie wir uns Forschung und Lehre an unseren Hochschulen im Idealfall
37 vorstellen. Die Landesformel bzw. die leistungsorientierte Mittelvergabe ist dabei
38 lediglich ein Element einer Strategie, die drittmittelstarke oder/und vielstudierte
39 Studiengänge als höchste Priorität auszeichnet. Natürlich sind gut ausgelastete und
40 funktionierende Fachbereiche an den einzelnen Standorten gut – sie dürfen aber nicht
41 das einzige Ziel einer solchen Strategie sein.

42 • Wir fordern daher den Einbezug von gesellschaftlicher Relevanz, geringer bundesweiter
43 Vertretung eines Faches, der Vernetzung in Forschungs- oder Lehrverbänden, einer
44 Chancenanalyse und weiteren Faktoren in die Überlegungen der
45 Landeswissenschaftspolitik.

46 Wir wollen hiermit eine Debatte darüber anstoßen, was uns eine vielfältige,
47 pluralistische, offene und kritische Wissenschaftslandschaft wert ist. Kleine Fächer
48 sind ein wesentlicher Baustein für eine solche Wissenschaftskultur in Niedersachsen,
49 die wir nicht weiter durch ökonomische Zwänge kaputtsparen wollen. Wissenschaft ist
50 mehr als nur Wirtschaft – Wissenschaft ist allgegenwärtig.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag B15: Kinder und Jugendliche vor sexueller und häuslicher Gewalt schützen

Laufende Nummer: 72

Antragsteller/in:	David Olef (Osnabrück-Stadt)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die SPD Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für die verpflichtende
- 2 Entwicklung von Schutzkonzepten für Kinder und Jugendliche vor sexueller und
- 3 häuslicher Gewalt an Schulen
- 4 einzusetzen. Im Zusammenhang mit einer gesetzlichen Verankerung, sind
- 5 die Schulen durch Mittel und Personal bei der Umsetzung und dem Aufbau eines
- 6 Hilfsnetzwerks zu unterstützen.

Begründung

Nur jede zehnte Schule in Deutschland hat ein umfassendes Schutzkonzept für Kinder und Jugendliche, um sie vor sexueller Gewalt zu schützen, obwohl rein statistisch in jeder Schulklasse ein bis zwei Kinder in verschiedenen Kontexten von sexueller Gewalt betroffen sind. Aus dem Bericht der unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) geht hervor, dass Schutzkonzepte vor allem dort gelingen, wo sie gesetzlich verankert sind. Nur durch die Entwicklung von Konzepten und den Aufbau von Hilfsnetzwerken kann erfolgreiche Präventions- und Interventionsarbeit gelingen, wie es schon in Kitas und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe der Fall ist. Die Schulen müssen bei der Umsetzung durch Fortbildungen für Fachkräfte, Präventionsangebote für Kinder und Jugendliche, Infoabende für Eltern, interne und externe Beschwerdemöglichkeiten sowie der Entwicklung eines Handlungsplan Verdachtsfälle unterstützt werden.

Quellen:

<https://beauftragter-missbrauch.de/presse-service/pressemitteilungen/detail/missbrauchsbeauftragter-und-deutsches-jugendinstitut-dji-stellen-monitoring-bericht-zur-praevention-sexueller-gewalt-vor>

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/nur-jede-zehnte-schule-hat-ein-umfassendes-schutzkonzept/>

Antrag D06: Keinen Fußbreit rechten Nazihipstern: Die „Identitären“ konsequent bekämpfen

Laufende Nummer: 36

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Die sogenannte Identitäre Bewegung (im Folgenden IB oder „Identitäre“) ist eine
2 stramm rechte, gut vernetzte und gefährliche Organisation, die in vielen europäischen
3 Staaten agiert und seit Mitte der 2010er Jahre auch in Deutschland zunehmend Präsenz
4 zeigt. Als vermeintlich „junge Patriot*innen“, „Verteidiger*innen Europas“ und
5 Anhänger*innen einer Ideologie, die sie als Ethnopluralismus bezeichnen, tritt die IB
6 – vor allem im Internet – in Erscheinung. Im Folgenden soll es darum gehen, dieses
7 Phänomen als Teil der Neuen Rechten einordnen zu können und aufzuzeigen, warum es
8 sich bei dieser Gruppe um alles andere als eine ungefährliche Bewegung handelt.

9

10 **Womit haben wir es zu tun?**

11 „Identitäre“ wissen um die Wirkmacht des Internets auf junge Menschen. Nicht zuletzt
12 deshalb sind weniger die öffentlichen Auftritte mobilisierend, sondern die mediale
13 Vermarktung hinterher. So geschehen im Kommunalwahlkampf in Hamburg 2020. Gemeinsam
14 mit einem Bruder im Geiste drangen Identitäre mit einer Fahne in das Ernst-Thälmann-
15 Museum ein, um kurz darauf von den Verantwortlichen verwiesen zu werden und zu
16 verschwinden. Im Internet dagegen: Stolztes Posieren im Museum, die Fahne hochhaltend
17 und einen konfusen Duktus aus der Querfront-Richtung in den Beitrag schreibend. Die
18 Reichweite entfaltet sich weniger durch das Auftreten an realen Orten, sondern
19 vielmehr in der digitalen Sphäre – was die IB auch so gefährlich macht. Dennoch ist
20 auch die Präsenz vor Ort nicht zu vernachlässigen: Aktive Ortsgruppen wie in
21 Göttingen und einigen weiteren Studierendenstädten treten in den letzten Monaten
22 wieder häufiger in Erscheinung. Sie beflütern Cafeterien, Studierendenwohnheime und
23 Wohngebiete.

24

25 Die Ideologie der IB ist perfide, denn sie verpackt alte Terminologie in Neue: Aus
26 „Ausländer Raus!“ wird „Erhalt der christlichen Tradition in Europa“, aus Rassismus
27 wird „Ethnopluralismus“. Ganz im Geiste der Vordenker der Neuen Rechten distanzieren
28 sich die meisten Kamerad*innen öffentlich vom Nationalsozialismus – verpacken aber
29 zentrale ideologische Bestandteile mit neuen Begriffen in ihre Art zu denken: Alter
30 Wein in neuen Schläuchen! Der Rechtsextremismusforscher Samuel Salzborn hat diese
31 Ambitionen treffend zusammengefasst: „Das Ziel des (neu)rechten Kampfes um kulturelle
32 Hegemonie ist, die Grenzen des Sagbaren aufzuweichen und die politische Kultur der

33 Bundesrepublik auf diese Weise schleichend nach rechts zu verschieben.“ [1]. Die IB
34 nimmt in dieser Struktur einen aktionistischen Part ein.

35

36 Auch, wenn die IB bislang nicht aktiv an Wahlen partizipiert, sind die natürlichen
37 Partner*innen die Rechtspopulist*innen und rechtsradikalen Parteien in Europa. In
38 Österreich, dem Hotspot der IB, sind enge inhaltliche wie personelle Verflechtungen
39 mit der rechten FPÖ längst offengelegt. Und in Deutschland gilt zwischen IB und AfD
40 zwar ein Unvereinbarkeitsbeschluss, allerdings ist dieser unlängst verwässert und
41 wiederholt ignoriert worden. In Halle (Saale) gab es bis vor Kurzem in einem Gebäude,
42 der nun ehemaligen Deutschlandzentrale der IB, mehrere Abgeordnetenbüros der AfD. In
43 vielen (teil-)öffentlichen Veranstaltungen treten Funktionär*innen der
44 rechtsradikalen Partei gemeinsam mit sog. „Identitären“ auf oder beziehen sich in
45 Wortbeiträgen wohlwollend aufeinander. Identitäre arbeiten für AfD-Abgeordnete und
46 sind selbst Mitglieder der Partei.

47

48 **Was heißt das für uns als Antifaschist*innen?**

49 Die Folge für uns scheint zunächst klar: Keinen Fußbreit den sogenannten
50 „Identitären“. Doch wie wirkt sich das auf unsere Arbeit vor Ort aus? Neben klaren
51 Abgrenzungen und einem wachen Auge müssen wir den rechten Aktivitäten aktiv
52 entgegentreten: Auf Gegendemonstrationen, beim täglichen Gang über den Campus, dem
53 Einkauf in der Innenstadt oder auf dem Wochenmarkt am Dorfplatz. Wo auch immer die IB
54 ihre krude und rassistische Weltanschauung verbreitet, muss klargemacht werden, dass
55 kein Platz in unserer Gesellschaft eingeräumt bleiben darf. Die Diskursverschiebung
56 nach rechts hat dieser Ideologie bereits viel zu viel Raum zur Entfaltung gegeben.
57 Als Antifaschist*innen ist es hier zentral, diesem Trend Einhalt zu gebieten!

58

59 Politisch müssen wir uns dessen klar sein, dass die Verflechtungen zur AfD und dem
60 vom Verfassungsschutz beobachteten „Flügel“ groß sind. Auch müssen uns die engen
61 Verflechtungen zu weiteren Akteur*innen der Neuen Rechten, seien es der Verleger Götz
62 Kubitschek mit seiner rechten Kadenschmiede in Schnellroda oder der Verein Ein
63 Prozent, der sich um Mobilisierung und Finanzierung von Aktionen bemüht, allen klar
64 sein. [2] Es reicht nicht mehr, Akteur*innen aus dem rechten Spektrum isoliert zu
65 betrachten. Für uns kann daher die Antwort nur lauten: Der AfD, der IB und damit dem
66 Netzwerk der Neuen Rechten kein Podium mehr auf Diskussionsabenden, Wahlkampfaktionen

67 oder ähnlichem geben. Dem Trugschluss, Funktionär*innen argumentativ im öffentlichen
68 Raum schlagen zu können, wenn diese doch mit unlauteren Mitteln, Lügen und weiteren
69 Agitationstechniken manipulieren, muss Einhalt geboten werden!

70

71 Die Strategien der IB im digitalen Raum orientieren sich stark an denen der
72 sogenannten Internet-Trolle. Online-Kommentare von Anhänger*innen der IB, die unter
73 Youtube-Videos und Facebook-Kommentarspalten gezielt Stimmung für oder gegen etwas

74 machen, sind noch lange nicht gesamtgesellschaftlich relevant. Vor allem das
75 „Umweltsau“-Beispiel und die desaströse Reaktion des WDR-Intendanten Tom Buhrow haben
76 gezeigt, wie die Online-Strategie der IB funktioniert – und wie man nicht darauf
77 reagieren sollte. Die Kurzform: Ein Haufen Kommentare unter einem Beitrag sind noch
78 lange kein Shitstorm, wie der Kolumnist und Youtuber Rezo es feststellt. [3] Solche
79 Online-Aktionen, die von IB-Aktivist*innen in internen Kanälen geplant und ausgeführt
80 werden, sollten schlichtweg als Kommentarhaufen und nicht direkt als
81 gesellschaftlicher Aufschrei wahrgenommen werden.

82

83 Viele Menschen kennen die Hintergründe und die Vorgehensweise der sogenannten
84 Identitären nicht. Unsere ständige Aufgabe wird es sein, die rechten neonazistischen
85 Kamerad*innen als solche zu entlarven und ihren Rassismus sowie ihre perfiden
86 Methoden klar zu benennen und zu kritisieren.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Anmerkungen:

[1] Salzborn, S. (2018). Heidegger für Halbgebildete – Identitäre Heimatideologie zwischen Fiktion und Propaganda. In Wissen Schafft Demokratie 03/2018 (S. 159-167).

[2] Vgl. Fuchs, C. & Middelhoff, P. (2019). Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern. Rowohlt Polaris.

[3] Rezo (03.01.2020). Die Umweltsau im Twitter-Dorf. Eine Kolumne von Rezo. ZEIT-ONLINE. Online verfügbar: <https://www.zeit.de/kultur/2020-01/wdr-oma-umweltsau-lied-social-media-youtube-twitter>

Antrag D07: Keine Zusammenarbeit mit esoterischen Antisemit*innen

Laufende Nummer: 90

Antragsteller/in:	Lasse Rebbin (SPD-UB Rotenburg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass es keine Zusammenarbeit zwischen Jusos und Extinction Rebellion
- 2 geben darf und lehnen daher jede Art von Kooperation mit dieser Bewegung und ihren
- 3 Protesten ab. Gegen jeden Antisemitismus!

4

5

Begründung

Kein Thema hat das Jahr 2019 so sehr geprägt wie die international agierende Umweltschutzbewegung Fridays For Future. Auch viele Jusos beteiligten sich an den Protesten, die anfangs von Schüler*innen, aber später von einem breiten Spektrum der Gesellschaft getragen wurden. Gleichzeitig mit Fridays For Future erlangten auch andere Umweltbewegungen mehr Aufmerksamkeit wie zum Beispiel Extinction Rebellion.

Extinction Rebellion heißt übersetzt „Rebellion gegen das Aussterben“ und setzt sich unter anderem gegen das Artensterben von Tieren durch den Klimawandel ein. Dies tat die Bewegung in der Vergangenheit mit medienwirksamen Protestformen und zivilem Ungehorsam. Allerdings offenbart sich bei einer genaueren Beschäftigung mit Extinction Rebellion das abstruse Weltbild der Bewegung.

Die Proteste von Extinction Rebellion richten sich gegen ein in den Augen der Gruppe vermeintliches Sterben der Menschheit durch den Klimawandel. Diese Proteste werden zum Beispiel durch Aktionen mit Menschen, die an einem Galgen hängen und auf einem schmelzenden Eisblock stehen, untermauert. Es ist nicht abzustreiten, dass der Klimawandel unsere natürliche Lebensgrundlage und damit auch den Menschen bedroht. Allerdings arbeitete Extinction Rebellion absichtlich mit einer „Weltuntergangsstimmung“ um Ängste zu schüren und so zu skandalisieren. Die Soziologin Jutta Ditfurth kommt auch deswegen zu dem Schluss, dass Extinction Rebellion eine esoterische Weltuntergangssekte sei. Eine solche Weltanschauung steht konträr zu einem linken, progressiven und emanzipatorischen Weltbild, wie wir es als Jusos vertreten.

Der Mitgründer von Extinction Rebellion in Großbritannien, Roger Hallam, sagte in einem Interview in der *Zeit*, dass er kein Problem damit hätte, wenn sich Menschen an den Protesten beteiligen würden, die sexistische oder rassistische Einstellungen vertreten. Zwar Widersprechen

die Sprecher der Extinction Rebellion Deutschland Hallam, aber seine Aussage offenbart das Weltbild von mindestens Teilen der Bewegung.

Eine weitere Grenzüberschreitung, die auch von Roger Hallam, dem wohl prominentesten Vertreter von Extinction Rebellion ausging, war, als er die Shoa in einem weiteren Interview in der *Zeit* mit mehreren Aussagen relativierte. Er bezeichnete die Shoa als „ein fast normales Ereignis“ und die deutsche Haltung dazu als schädlich. Diese Aussagen bekräftigte er zudem in einem kurz darauf in einem Interview mit dem SPIEGEL: „[...] der Klimawandel ist nur das Rohr, durch das Gas in die Gaskammer fließt. Es ist nur der Mechanismus, durch den eine Generation eine andere tötet.“

Als Jusos setzen wir uns schon immer für eine Gesellschaft ein, in der Sexismus und Rassismus und Antisemitismus kein Platz haben. Daher kann nach solchen Äußerungen auch Extinction Rebellion in unserem Kampf für den Klimaschutz keinen Platz haben.

Weiterleitung an:

Jusos Bezirkdelegiertenkonferenz NN

Juso Landeskonferenz

Juso Bundeskongress

SPD UB-Parteitag

SPD Bezirksparteitag NN

Antrag D08: Kein Vergeben, kein Vergessen – kein Schlusstrich bei den Taten des NSU

Laufende Nummer: 37

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Nach fünf Jahren ist am 11.07.2018 endlich ein Urteil des Oberlandesgerichts München
2 im NSU- Prozess gesprochen worden. Das Urteil und der Verlauf der Verhandlungen haben
3 gezeigt, dass die zentralen Fragen noch immer nicht beantwortet sind. Die lückenlose
4 Aufarbeitung der Taten des NSU steht aus, genau wie der Rassismus der ermittelnden
5 Behörden gegenüber den Opfern und Angehörigen. Eine weitere ungeklärte Frage ist die
6 Rolle der Verfassungsschutzbehörden und ihrer Mitarbeiter*innen und V-Leute.

7

8 Wer war noch im Netzwerk des NSU aktiv? Welche Beziehungen gab es ins Ausland? Wer
9 half vor Ort? Wie erfolgte die konkrete Opferauswahl? Wie finanzierte sich der NSU?
10 Half ihm staatliches Geld bei der Planung und Ausführung seiner Taten? Wie viel und
11 was wussten die Geheimdienste in den Jahren 1998 bis zum 4.11.2011? Haben V-Leute
12 oder ihre Kontaktpersonen im Verfassungsschutz die Taten gefördert, ermöglicht,
13 gedeckt? Warum wurden am 11. November 2011 die Akten von sieben V-Leuten mit engen
14 Bezügen zur Neonaziszene in Thüringen geschreddert? Gab es weitere Opfer oder
15 Überfälle, die bis heute nicht dem NSU zugeordnet wurden?

16

17 All diese und noch mehr Fragen sind noch immer unbeantwortet und Angehörige, die
18 Antworten auf diese Fragen suchen, wurden von den Verantwortlichen regelmäßig auf den
19 Prozess vor dem OLG München verwiesen. Die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft
20 beschränkte sich jedoch von Beginn an auf ein vermeintliches Trio, die Erkenntnis,
21 dass der NSU ein Netzwerk hatte, wurde ignoriert.

22

23 In seiner Urteilsverkündung blieb das OLG München zudem gegenüber den meisten Neben
24 Angeklagten weit unter dem von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafmaß zurück und
25 relativiert hierdurch nicht nur die Taten des NSU, sondern legt auch ein Fundament
26 für weitere rechte Gewalttäter*innen. Das durch die Behörden geleistete
27 Aufklärungsversprechen wurde in keiner Weise eingehalten, und für die Angehörigen der
28 Mordopfer ist es ein Schlag ins Gesicht, dass seit dem Urteil des letzten Jahres
29 keinerlei weitere Aufklärung stattgefunden hat und die notwendige politische und
30 gesellschaftliche Diskussion über institutionellen Rassismus und rechten Terror
31 ausbleibt.

32 Die Jusos Göttingen solidarisieren sich mit den Opfern rechter Gewalt, das heißt:
33 Kein Schlussstrich – Aufklärungsarbeit über das Ende des Prozesses hinaus.

34

35 Deshalb fordern wir:

- 36 • Wir müssen uns dem Rassismus in der Gesellschaft konsequent entgegenstellen.
37 Rassistisches Gedankengut beschränkt sich nicht auf Neonazis und die AfD.
38 Rassismus zieht sich durch die ganze Gesellschaft. Effektive Lösungen brauchen
39 eine parteiübergreifende und gesellschaftliche Diskussion sowie eine
40 wissenschaftlich fundierte Begleitung.
- 41 • Wir fordern den Bundestag auf, eine Enquete-Kommission zum strukturellen und
42 institutionellen Rassismus in Deutschland einzusetzen, die Konzepte zu seiner
43 wirksamen Bekämpfung vorantreiben soll.
- 44 • In Polizei und Justiz muss Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
45 als Tatmotiv von Straftaten mehr Beachtung finden und besser erkannt werden.
46 Dafür braucht es eine größere Berücksichtigung politischer und
47 rassismuskritischer Bildung in der Ausbildung von Polizist*innen und
48 Jurist*innen.
- 49 • Auch in Niedersachsen hatte der NSU ein umfangreiches Unterstützer*innennetzwerk
50 und konnte bei mehreren Besuchen auf Rückhalt zählen. Deshalb braucht es auch im
51 niedersächsischen Landtag einen Untersuchungsausschuss, der die Rolle
52 niedersächsischer Behörden und insbesondere des Verfassungsschutzes beleuchtet.
- 53 • Die Jusos Göttingen fordern auch weiterhin eine Reformierung der
54 Sicherheitsbehörden. Spätestens seit dem NSU Prozess hat der Verfassungsschutz
55 gezeigt, dass er nicht geeignet ist für die Aufklärung und Abwehr rechten
56 Terrors und Gewalt. Der Verfassungsschutz muss abgeschafft werden!

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G03: Infektprävention

Laufende Nummer: 30

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Etwa 5% der Bevölkerung stehen Impfungen ablehnend gegenüber. Dabei sind Impfungen
- 2 die sicherste Methode, Krankheitsausbrüche von anderweitig nicht behandelbaren
- 3 Erkrankungen zu verhindern und somit die Geimpften und das Umfeld vor diesen
- 4 Erkrankungen zu schützen. Immungeschwächte und chronisch Kranke können gegen einige
- 5 Erkrankungen selbst nicht geimpft werden, sie können deshalb nur durch eine
- 6 ausreichend hohe Impfquote der umgebenden Bevölkerung effektiv vor einer Infektion
- 7 geschützt werden (sog. Herdenimmunität).
- 8 Wir fordern daher eine umfassende öffentliche Aufklärungskampagne sowie
- 9 verpflichtende Aufklärungen der Erziehungsberechtigten über Impfungen bei den U-
- 10 Untersuchungen. Diese Aufklärung soll gezielt auch das Vorgehen gegen
- 11 Fehlinformationen und die Folgen von impfpräventiven Erkrankungen enthalten.
- 12 Wer seinem Kind notwendige medizinische Behandlungen vorenthält, vernachlässigt das
- 13 Kind und gefährdet das Wohlergehen des Kindes. Ebenso sollte es sich mit
- 14 Präventionsmaßnahmen wie Impfungen verhalten, denn auch sie sind die einzige
- 15 Behandlung von vielen Infektionskrankheiten. Das Unterlassen von empfohlenen
- 16 Impfungen gefährdet also wesentlich die Gesundheit und das Leben der
- 17 Schutzbefohlenen und des persönlichen Umfeldes. Die persönliche Entfaltungsrechte der
- 18 Erziehungsberechtigten enden, wo die körperliche Unversehrtheit ihrer Kinder
- 19 gefährdet wird. Deshalb fordern wir eine gesetzliche Impfpflicht für Minderjährige
- 20 für alle von der STIKO (Ständige Impfkommission am Robert-Koch-Institut) empfohlenen
- 21 Impfungen.

Begründung

Aktuell liegt die Impfquote (Anteil der Geimpften an der Allgemeinbevölkerung) für die erste Masern-Impfung bei 97% der Schulanfänger*innen, für die zweite Impfung aber nur bei 93%. Der Großteil der Bevölkerung lässt seine Kinder also impfen, für eine ausreichende „Herdenimmunität“ ist allerdings ein Anteil von mindestens 95% notwendig. 4% der Schulanfänger*innen sind dementsprechend nicht wegen fehlenden Willens, sondern wegen Versäumnissen nicht ausreichend geschützt [1]. Diese Menschen (sowie ihr Umfeld) könnten mit einer gesetzlichen Pflicht erreicht werden. Außerdem müssen wir – strategisch gedacht – durch die Forderung nach einer Impfpflicht keine große Ablehnung befürchten, weil die Zustimmung zu einer Impfpflicht bei rund 77% liegt.

In der Debatte um mögliche „Impfschäden“ wird meistens eine manipulierte britische Studie von 1998 von Wakefield zitiert [2]. Darin wurde ein Zusammenhang zwischen der MMR-Impfung (Masern, Mumps, Röteln) und der angeblich erhöhten Inzidenz von Autismus-Spektrum-Störungen hergestellt. Die Studie wurde mehrfach widerlegt und unethische Forschungsmethoden des Autors nachgewiesen [3]. In der laufenden Debatte werden vor diesem Hintergrund aber autistische Störungen dämonisiert. Impfgegner*innen werfen Autismus als „entmenschlichende Geisteserkrankung“ in die Waagschale gegenüber den statistischen Erfolgen von Impfungen. Diese Abwertung von Menschen mit Autismus-Spektrum-Störungen, die von Impfgegner*innen vorgenommen wird, verurteilen wir scharf!

Impfstoffe sind die sichersten Arzneimittel, die auf dem europäischen Markt vorhanden sind. Sie unterliegen weit strengeren Zulassungskriterien als andere Arzneimittel. Auch wenn Impfungen zugelassen sind, werden sie erst nach gründlicher epidemiologischer Prüfung und Abwägung gegenüber nachgewiesenen unerwünschten Wirkungen empfohlen. Für diese aufwändig erarbeitete Empfehlung setzt das Bundesgesundheitsministerium zusammen mit den obersten Landesgesundheitsbehörden die STIKO ein, deren Mitglieder dreijährig neu berufen werden und Expert*innen auf ihrem jeweiligen Gebiet sind. Dabei wird besonders auf die Unbefangenheit der Kommissionsmitglieder geachtet. Die Zusammensetzung ist stets öffentlich transparent und alle Entscheidungen müssen umfassend wissenschaftlich belegt sein. Daher entspricht eine Impfempfehlung durch die STIKO einer umfassenden wissenschaftlichen Beratung an die politisch Verantwortlichen.

Anmerkungen:

[1] Robert-Koch-Institut (2019): Impfquoten bei der Schuleingangsuntersuchung in Deutschland 2017.

[2] Wakefield AJ, Murch SH, Anthony A, Linnell J, Casson DM, Malik M, Berelowitz M, Dhillon AP, Thomson MA, Harvey P, et al. (1998): Ileal-lymphoid-nodular hyperplasia, non-specific colitis, and pervasive developmental disorder in children. *Lancet Lond Engl* 351, 637–641

[3] Taylor B, Miller E, Farrington CP, Petropoulos MC, Favot-Mayaud I, Li J, Waight PA (1999): Autism and measles, mumps, and rubella vaccine: no epidemiological evidence for a causal association. *Lancet Lond Engl* 353, 2026–2029

Antrag I02: Hufeisen im Reitstall lassen

Laufende Nummer: 32

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Im Zuge verschiedener aktueller Ereignisse, beispielsweise nach dem Anschlag von
2 Hanau, bei denen rechtsextreme Taten verübt wurden, geschieht ein wiederkehrendes
3 Muster. Anstatt diese rechten Taten zu verurteilen und nach Ursachen und Lösungen für
4 das Problem zu suchen, werden Debatten aufgemacht, die nach dem Motto "Jeder
5 Extremist ist Mist" am eigentlichen Thema vorbeigehen. Dabei werden in diesen
6 Diskussionen links- und rechtsextremes Gedankengut gleichgesetzt. Über nahezu alle
7 Parteien hinweg schaffen Politiker*innen es nicht, diese Gewalttaten zu verurteilen,
8 ohne gleichzeitig auch auf "die Gefahr von Links" hinzuweisen.

9

10 Ein grober Irrtum. Wie schon das Känguru richtig erkannt hat: „Es gibt einen
11 Unterschied. Die einen zünden Ausländer an, die anderen Autos. Und Autos anzünden ist
12 schlimmer. Denn es hätte mein Auto sein können. Ausländer besitze ich keine.“ [1].
13 Was das Känguru beziehungsweise Marc-Uwe Kling hier polemisch ausdrückt ist, dass es
14 einen Unterschied zwischen Links- und Rechtsextremismus gibt, der sich ideologisch
15 manifestiert. Diese Unterscheidung wird von Vertreter*innen der sogenannten
16 Extremismustheorie, auch Hufeisentheorie genannt, verleugnet.

17 Weit verbreitet unter Verfechter*innen der Extremismustheorie ist die Annahme, beide
18 "Ränder" stellten gleichermaßen eine Gefahr für unsere Demokratie dar. Es sind jedoch
19 im Gegenteil oft gerade diese als "linksextremistisch" abgestempelten Gruppen und
20 Initiativen, die die Werte unserer Demokratie und des Grundgesetzes schützen. Sie
21 treten ein für Menschenwürde, Gleichberechtigung und gegen jegliche Diskriminierung.
22 Sie retten Menschenleben auf dem Mittelmeer, unterstützen Geflüchtete vor Ort und
23 stellen sich Nazis auf der Straße entgegen. Vielen linken Bewegungen geht es zudem
24 sogar um mehr demokratische Mitbestimmung, wohingegen das Ziel von
25 Rechtsextremist*innen die Zerstörung derselben ist [2].

26

27 Doch nicht nur die verharmlosende Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus ist
28 problematisch an dieser Theorie. Denn Teil dieser Darstellung sind nicht nur die
29 "extremistischen Ränder", sondern auch eine sogenannte "gemäßigte Mitte". Was jedoch
30 eine Partei oder politische Strömung zum Teil der "Mitte" macht, bleibt dabei relativ
31 unkonkret. Es ist deshalb kein Zufall, dass sich rechte bis faschistische Parteien
32 selbst zur bürgerlichen Mitte erklären und damit eine Verschiebung des ganzen
33 politischen Diskurses bewirken. Zudem ignoriert die Theorie komplett die

34 rassistischen und antisemitischen Tendenzen, die auch in der sogenannten
35 “bürgerlichen Mitte” Anschluss finden [3]. Auch hier findet wieder eine Verharmlosung
36 statt, menschenfeindliche Einstellungen werden ignoriert.

37

38 Mittlerweile ist die Extremismustheorie auch in der sozialwissenschaftlichen
39 Forschung stark kritisiert und widerlegt worden. Dabei wird vor allem der Fokus auf
40 die Vereinfachung und Eindimensionalität der Theorie gelegt. So betont Prof. Dr.
41 Stöss, Politikprofessor an der FU Berlin, dass sich die politische Realität wie im
42 Extremismus Konzept nicht auf einer einzigen Achse (Rechts – Mitte – Links) abbilden
43 lasse und für die wissenschaftliche Analyse viel zu unterkomplex sei.

44 Auch Prof. Dr. Salzborn, ebenfalls Politologe, lehnt die Extremismustheorie ab [4].
45 Sie verharmlose den Rechtsextremismus. Eine dynamische, komplexere Theorie sei
46 notwendig, um die Dimensionen richtig darstellen zu können.

47

48 Viele Expert*innen halten die derzeit gängige Extremismustheorie für unterkomplex und
49 falsch, trotzdem argumentieren Jusos und vor allem Parteistrukturen trotzdem noch
50 immer mit ihr. Sie veröffentlichen Stellungnahmen, die diese unterstützen und handeln
51 zum Teil aufgrund der Analysen dieser. Das muss endlich aufhören. Wir müssen endlich
52 in der kompletten Partei mit all ihren Gliederungen am Puls der Wissenschaft ankommen
53 und die Extremismustheorie ablehnen.

54 Deshalb fordern wir:

- 55 • die Jusos und die SPD müssen sich von der Extremismustheorie distanzieren
- 56 • keine öffentlichen Stellungnahmen, wie zum Beispiel Pressemitteilungen, die sich
57 dieser Theorie bedienen
- 58 • klare Statements gegen Rechts, ohne die Einbeziehung von “Linksextremismus”,
59 besonders wenn dieser mit dem aktuellen Vorfall nichts zu tun hat
- 60
- 61 • die SPD muss sich dafür einsetzen, dass die Extremismustheorie aus der
62 politischen Analyse verdrängt wird und durch aktuelle wissenschaftliche Theorien
63 ersetzt wird. Dazu gehört auch das Einsetzen für mehr Forschungsmittel.
- 64 • bei Vorfällen, bei denen sich andere Parteien der Extremismustheorie bedienen,
soll die SPD auf die Mängel dieser hinweisen

Begründung

Erfolgt mündlich.

Anmerkungen:

[1] Aus: Marc-Uwe Kling: Die Känguru Offenbarung.

[2] Vgl. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/263507/contra-extremismusmodell>, zuletzt aufgerufen am 21.03.2020

[3] Vgl. dazu: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/hufeisentheorie-hufeisenschema-rechtsextremismus-afd-linke-thueringen-102.html>, zuletzt aufgerufen am 21.03.2020

[4] Vgl. z.B. Samuel Salzborn: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze.

Antrag B16: Hochschulstandort Helmstedt: Studieren in der ehemaligen Universitätsstadt

Laufende Nummer: 10

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Hochschulstandort Helmstedt: Studieren in der ehemaligen Universitätsstadt
- 2 In Tradition der ehemaligen Universitätsstadt Helmstedt fordern wir, dass sich die
- 3 Landtagsfraktion dafür einsetzt wieder einen Hochschulstandort im Landkreis Helmstedt
- 4 zu etablieren. Bisher wird bereits ein berufsbegleitendes Masterstudium (MBA, BBA)
- 5 durch die Magdeburger Universität angeboten. Diesen ersten guten Schritt möchten wir
- 6 durch die Ansiedlung mindestens einer Fakultät mit (Vollzeit) Bachelor- und
- 7 Masterstudiengängen weitergeführt sehen. Wir fordern ebenfalls einen gleichwertigen
- 8 Hochschulstandort für den Landkreis Gifhorn."
- 9

Antrag Fem03: Herstory – den Gender Daten Gap endlich schließen

Laufende Nummer: 26

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Fem - Feminismus

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wenn es um die historische Bedeutung von Frauen geht, dann geht es meist um
- 2 König*innen. Welche Rolle Frauen aber beispielsweise in Kriegen gespielt haben,
- 3 welche Bedeutung sie in der Gesellschaft zu unterschiedlichen Zeitpunkten hatten,
- 4 wird wenig beleuchtet, weder im Geschichtsunterricht, noch in Museen.
- 5 Deshalb fordern wir:
- 6 • In Ausstellungen, die geschichtliche Zusammenhänge behandeln, soll die Rolle der
- 7 Frau beleuchtet werden. Es soll dargestellt werden, welche Bedeutung sie in
- 8 diesem Kontext hatten. So sollen beispielsweise bedeutende Frauen aus dieser
- 9 Zeit vorgestellt werden.
- 10 • Bei der Förderung von Museen mit staatlichen Mitteln soll darauf geachtet
- 11 werden, dass diese Richtlinie eingehalten wird.

Begründung

Noch immer bekommt man den Eindruck in Museen, dass Geschichte eine rein männliche Angelegenheit war. Doch Forschungen zeigen, dass das so nicht stimmt. Beispielsweise wurden schon Skelette von Kriegerinnen aus der Wikingerzeit gefunden.

Wir müssen den Fokus darauf richten und zeigen, dass Frauen auch in längst vergangenen Jahrhunderten eine wichtige Rolle gespielt haben.

Antrag 02: Geschäftsordnung

Laufende Nummer: 100

Antragsteller/in:	Jakob Blankenburg (Landesvorstand)
Status:	zugelassen

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 1. Die Konferenz wird von einem gewählten Präsidium entsprechend der Tagesordnung
2 geleitet. Entscheidungen fällt das Präsidium mit einfacher Mehrheit.
- 3 2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten
4 Delegierten anwesend ist. Beschlussunfähigkeit wird vom Präsidium auf Antrag
5 festgestellt.
- 6 3. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als
7 Ablehnung.
- 8 4. Bei den Wahlen gelten die Wahlordnung der SPD und die Richtlinie zur Arbeit der
9 Jusos in Niedersachsen.
- 10 5. Das Wort wird quotiert nach Reihenfolge der Wortmeldungen erteilt. Die Redezeit
11 beträgt 3 Minuten. Steht keine Rednerin mehr auf der Redeliste wird nur noch
12 drei Rednern das Wort erteilt; Rednerinnen können sich nach wie vor auf die
13 Redeliste setzen lassen. Auf Antrag kann die Redeliste wieder geöffnet werden.
14 Dieser Antrag wird nur von den nicht-männlichen Delegierten abgestimmt.
- 15 6. Anträge zur Geschäftsordnung unterbrechen die Redeliste. Sie werden abgestimmt,
16 wenn eine*r dafür und eine*r dagegengesprochen hat. Unterbleibt die Gegenrede,
17 so gilt der Antrag als angenommen.
- 18 7. Initiativanträge aus aktuellem Anlass sind auf der Konferenz bis um 12.30 Uhr
19 einzureichen. Initiativanträge bedürfen der Unterstützung von mind. 30
20 Delegierten aus fünf Unterbezirken.
- 21 8. Änderungsanträge im Rahmen der Antragsberatungen müssen schriftlich in
22 OpenSlides eingereicht werden.
- 23 9. Zu Fragen der Geschäftsordnung entscheidet das Präsidium.

Antrag G04: Gendermedizin als Standard – der Mensch ist nicht männlich!

Laufende Nummer: 28

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine umfassende Erweiterung der medizinischen Forschung und Lehre durch
2 geschlechtsspezifische Aspekte sowie eine Anpassung der medizinischen Praxis durch
3 gendermedizinische Diagnostiken, Therapien und Medikationen. Die anatomische Frau
4 darf in der Medizin nicht mehr als Sonderfall, der anatomische Mann nicht mehr als
5 Standard gelten.
- 6 Für uns heißt das insbesondere
 - 7 1. Wenn in der medizinischen Lehre vom Menschen gesprochen wird, darf nicht der
8 anatomische Mann gemeint sein. Die Lehre soll an eine geschlechtsspezifische
9 Medizin ansetzen, die Frau also nicht als medizinisch anormal betrachten.
10 Vorbild hierfür kann die Charité in Berlin sein, die als einzige medizinische
11 Fakultät in Deutschland derzeit die Gendermedizin lehrt.
 - 12 2. Therapien und Medikationen sollen angepasst werden.
 - 13 3. In den dazugehörigen Studien und der sonstigen Forschung dürfen finanzielle
14 Erwägungen auf keinen Fall zu einer geschlechtsbezogenen Benachteiligung führen.
15 Klinische Studien müssen repräsentativ sein und auch die (Neben-)Wirkungen auf
16 den weiblichen Körper müssen ausreichend gewürdigt werden.

Begründung

Die Beschwerden und Symptome einer Krankheit sowie die (Neben-)Wirkungen der passenden Medikamente unterscheiden sich bei Männern und Frauen enorm. Dies führt bereits zu mangelhaften klinischen Studien, in denen Frauen oft unterrepräsentiert sind und endet in falschen Therapien und Medikationen. Um eine faire und gleichberechtigte medizinische Versorgung gewährleisten zu können, sollen die angehenden Mediziner*innen an den rund 40 medizinischen Fakultäten in Deutschland für Gendermedizin sensibilisiert werden. Dazu gehört jedoch auch die Sensibilisierung der schon praktizierenden Mediziner*innen, die sich oftmals der eigentlich nötigen Unterscheidung zwischen Mann und Frau in Diagnostik und Behandlung nicht bewusst sind.

Antrag B17: Gegen Klischees in Schulbüchern

Laufende Nummer: 70

Antragsteller/in:	David Olef (Osnabrück-Stadt)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 1 Die SPD Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für eine
- 2 2 inklusive Schulbuchrichtlinie einzusetzen, die dafür sorgt, dass die
- 3 3 Themen Religion, Gender und Kultur vorurteilsfrei abgebildet werden.
- 4 4 Eine solche Richtlinie soll Gestaltung, Abfassung und Bewertung von
- 5 5 Schulbüchern unterstützen sowie zur Analyse von vorhandenen Texten
- 6 6 dienen.

Begründung

Die UNESCO und das Georg-Eckert-Institut – Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEI) haben zusammen mit internationalen Inklusionsexpertinnen und -experten den Leitfaden Schulbuchinhalte inklusiv gestalten auf Deutsch erarbeitet. Die Handreichung soll helfen, die Themen Religion, Gender und Kultur in Schulbüchern vorurteilsfrei abzubilden. Die drei thematischen Schwerpunkte Religion, Gender und Kultur zählen zu den wichtigsten und potentiell brisantesten Themen, die zur Entstehung von Stereotypen führen können und deswegen einer ausführlichen Auseinandersetzung bedürfen.

Quellen:

https://repository.gei.de/bitstream/handle/11428/279/UNESCO-Lehrmittelinhalte_09_04_2018%20Ver%c3%b6ffentlichung.pdf?sequence=1&isAllowed=y

Antrag Fem04: Flächendeckende Ausstiegshilfen für Menschen in der Prostitution

Laufende Nummer: 93

Antragsteller/in:	Kathrin Boos (Landesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Fem - Feminismus

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich für nachhaltig finanzierte
- 2 Ausstiegshilfen für Menschen in der Prostitution einzusetzen, zum Beispiel in dem
- 3 Beratungsstellen wie Solwodi e.V. eine dauerhafte Finanzierung vom Land Niedersachsen
- 4 erhalten, um Personalstellen aufzustocken – aktuell finanziert sich Solwodi e.V. fast
- 5 ausschließlich aus Spenden. Parallel dazu muss ein Netzwerk von
- 6 Unterstützungsangeboten geschaffen werden, damit keine Person, die aus der
- 7 Prostitution aussteigen möchte, durch das Raster fällt. Ausstiegsprogramme sollten
- 8 individuell auf die jeweilige Person, die aussteigen möchte, zugeschnitten sein und
- 9 sich aus verschiedenen Bereichen zusammensetzen, wie der Bereich der aufsuchenden
- 10 sozialen Arbeit, sowie eine 24-Stunden-Beratung, rechtliche, medizinische,
- 11 psychologische und soziale Unterstützung. Dies schließt Trauma- und Suchttherapien,
- 12 Vermittlung von Wohnraum, Bildung und Vermittlung von Arbeit, Schuldnerberatung sowie
- 13 Bleiberecht ein.

Begründung

Die Corona-Pandemie hat die aktuelle Gesetzgebung im Bereich Prostitution unfreiwillig evaluiert. Es wird deutlich, dass Prostitution kein „Job wie jeder andere“ ist, sondern dass vor allem marginalisierte Frauen – die meisten von ihnen stammen aus Osteuropa – ihren Körper aufgrund ökonomischer Zwangslagen verkaufen müssen und keine finanziellen Rücklagen bilden können. Gewalt gegen Frauen in der Prostitution ist systemimmanent und omnipräsent. 9 von 10 Frauen würden sofort aussteigen¹ – wenn sie die Möglichkeit dazu hätten und die bürokratischen Hürden deutlich niedrigschwelliger wären.

Das Beispiel Talita in Schweden als Vorbild für Ausstiegshilfen:

Die schwedische NGO „Talita“ hat im Herbst 2012 ein einjähriges Ausstiegsprogramm für prostituierte Frauen gestartet. Polizei, Sozialarbeit oder andere Behörden können Frauen mit dringendem Hilfe- und Schutzbedarf an Talita vermitteln. Das Programm ist für die Betroffenen kostenlos und beinhaltet verschiedene Unterstützungsangebote: Unterkunft und Verpflegung, Traumatherapie, Bildungsangebote und Sprachkurse, Zukunftsplanung, Support bei Behördenangelegenheiten, sowie auf die individuelle Person abgestimmte Unterstützung. Das Programm wird regelmäßig evaluiert und verbessert.

Die von Talita entwickelte Rehabilitation besteht aus fünf Eckpunkten: 1. Sicheres Wohnen, 2.

Traumatherapie, 3. Psychoedukation, 4. Zukunftsplanung, 5. Übergang zum selbstständigen Leben.

„Für Talita bedeutet ein erfolgreicher Ausstieg nicht nur, dass eine Frau nicht länger ihren Körper verkauft. Für uns ist ein Ausstieg nur dann erfolgreich, wenn die Frau ihr Leben verändern konnte. Was meinen wir damit? Für uns ist es zentral, dass unsere Klientin ihr Trauma bearbeiten und ihrem Leben eine positive Wendung für die Zukunft geben konnte; wenn sie verstanden hat, dass sie es wert ist geliebt und mit Würde behandelt zu werden; und dass ihre fundamentalen Bedürfnisse – die physischen, mentalen, psychologischen, sozialen, intellektuellen – erfüllt werden.“²

¹<http://www.prostitutionresearch.com/pdf/Prostitutionin9Countries.pdf>

²<http://manuela-schon.de/2018/05/21/interview-mit-der-ngo-talita-aus-stockholm-schweden/>

Antrag G05: Finanzierung notwendiger Therapien durch die Krankenkasse

Laufende Nummer: 96

Antragsteller/in:	Mattheus Berg (Cuxhaven)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Alle Therapien von diagnostizierten Befunden sollen von der Krankenkasse übernommen
- 2 werden.

Begründung

Therapien können notwendig und unausweichlich sein. Jeder Mensch, unabhängig von seiner finanziellen Situation, sollte die Möglichkeit haben zu solchen zu gehen. Einige Leistungen werden bereits von der Krankenkasse übernommen, jedoch sollte dies nicht auf gewisse Therapien beschränkt sein. Eine Therapie kann wichtig für den gesundheitlichen und mentalen Zustand sein, und damit auch essentiell für den weiteren Lebensstandard.

Antrag S06: Fahrtkostenerstattung für Arbeitnehmer*innen bei stufenweiser Wiedereingliederung in das Arbeitsleben

Laufende Nummer: 76

Antragsteller/in:	Yannick Moormann (SPD-Unterbezirk Osnabrück-Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Soziales

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Arbeitnehmer*innen sollen bei Durchführung einer stufenweisen Wiedereingliederung in
- 2 das Erwerbsleben nach § 74 SGB V (sog. Hamburger Modell), während derer sie
- 3 Krankengeld oder eine andere Entgeltersatzleistung beziehen, die Kosten für die
- 4 Fahrten zur Arbeitsstätte erstattet bekommen.

Begründung

Über sechs Wochen erkrankte Arbeitnehmer*innen erhalten nach Ablauf der Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber z.B. von der Krankenkasse Krankengeld oder eine andere Entgeltersatzleistung, die 70 % des regelmäßigen beitragspflichtigen Bruttoentgelts vor Beginn der Arbeitsunfähigkeit beträgt, jedoch höchstens 90 % des Nettoentgelts. Meist erhalten Arbeitnehmer*innen somit zwei Drittel ihres bisherigen Einkommens, was langfristig zu einer finanziellen Belastung werden kann. Im Rahmen des Genesungsprozesses haben Arbeitnehmer*innen, die ihre Tätigkeit teilweise wieder verrichten können und die durch eine stufenweise Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit voraussichtlich besser wieder in das Erwerbsleben eingegliedert werden können, die Möglichkeit, gemeinsam mit ihrem Arzt dem Arbeitgeber eine stufenweise Wiedereingliederung in das Erwerbsleben vorzuschlagen. Während der stufenweisen Wiedereingliederung gilt man weiterhin als arbeitsunfähig und bezieht weiterhin Krankengeld oder eine andere Ersatzleistung. Die regelmäßigen Fahrten zur Arbeitsstätte und zurückstellen, insbesondere bei weiteren Fahrten, eine zusätzliche finanzielle Belastung über teils mehrere Wochen dar, während kein Anspruch auf Fahrtkostenerstattung oder erhöhte Leistungen besteht. Um diese Belastung auszugleichen, sollen während einer Wiedereingliederung die Fahrtkosten zur Arbeit und zurück über das Krankengeld hinaus erstattet werden.

Antrag X07: Es reicht! Bunte-Socken-Pflicht für alle endlich durchsetzen!

Laufende Nummer: 33

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	X - Sonstiges

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Das Leben ist trist und grau. Die Kleidungsdoctrin in vielen Berufsfeldern ist strikt
2 und lässt wenig Raum zur individuellen Entfaltung zu. Als progressiver Jugendverband
3 müssen wir uns auch gegen diese Form der Einschränkung bewusst entgegenstellen. Wir
4 Jusos fordern daher: Her mit den bunten Socken!

5

6 Mit dem Überbegriff „bunt“ sind eine Vielzahl von Formen, Designs, Muster und
7 Schnittformen inkludiert. Egal ob kariert, gepunktet, gestreift, mit geometrischen
8 Mustern, Symbolen, Schriftzügen oder Eigenkreationen (es ist beispielsweise möglich,
9 Gesichter und Bilder auf Socken drucken zu lassen): Brechen wir mit dem weiß-grau-
10 schwarzem Konsens!

11

12 Bunte Socken sind ein Ausdruck unseres Widerstands gegen veraltete Normen – und
13 verbreiten nebenher allgemeine Freude und Wohlsein. Natürlich wollen wir dabei nichts
14 überstürzen: Als Neueinsteiger*innen im Tragen von bunten Socken kann mit einfarbigen
15 Signaltönen (z.B. Rot, Gelb, Grün, Neontöne) begonnen werden, die Schritt für Schritt
16 bis hin zu Mottosocken und ausgefalleneren Mustern entwickelt werden können.

17

18 Ein weiterer Vorteil ist die indirekte Kommunikationsform bunter Socken. Heute
19 besonders gut gelaunt? Her mit den Koala-Socken! Morgen etwas angespannt: Gestreifte
20 Socken schaffen Abhilfe. Beim Lernen helfen die Eulensocken, beim Spaziergang die
21 klein-gepunkteten Socken. – Jede Juso-Gliederung kann so auch eigene Schwerpunkte
22 hervorheben: Der Delegation aus Weser-Ems steht beispielsweise für Landeskonferenzen
23 das ganze Repertoire von maritimen und hafengewirtschaftlich-bezogenen Mustern zur
24 Verfügung: Ahoi, liebe Genoss*innen!

25

26 Die Maßnahme kann schrittweise erfolgen und ist dadurch niedrigschwellig und
27 sozialverträglich. Wir fordern, dass mittelfristig alle Juso-Veranstaltungen durch
28 bunten Socken ergänzt und bereichert werden. Vor allem sehen wir die Vorstände der
29 Juso-Gliederungen hier in einer Vorbildrolle: Sie geben den Takt in Sachen guter
30 Fußbekleidung vor, ohne dabei allzu dominant aufzutreten. Unsere Forderung schließt
31 eine Übergangszeit von 3-6 Monaten je nach Ebene ein. Ziel ist es, bis zum

32 Jahreswechsel 2020/2021 vollständig auf bunte Socken umgestiegen zu sein.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B18: Erste Lehren aus Corona: Die digitale Transformation an Bildungsstätten ist überfällig!

Laufende Nummer: 23

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Seit Jahren sprechen sich Politiker*innen wie Pädagog*innen dafür aus, die
- 2 Digitalisierung – bzw. die digitale Transformation – auch in den
- 3 Bildungseinrichtungen ankommen zu lassen. Eine Isolierung bzw. Versperrung der (Hoch-
- 4)Schulen, und weiteren Bildungsstätten wirkt wie aus der Zeit gefallen. Auch die
- 5 Beschlusslage von SPD und Jusos spricht eine eindeutige Sprache: Wir wollen die
- 6 Bedingungen der digitalen und digitalisierten Welt auch im Bildungssektor etablieren.
- 7 Doch was ist bis dato passiert? Neben Absichtserklärungen gab es mit dem fünf
- 8 Milliarden Euro schweren Digitalpakt Schule und verschiedenen Projektmitteln für
- 9 Hochschulen konkrete finanzielle Zugeständnisse des Staates, um die
- 10 Bildungseinrichtungen zukunftssicher aufzustellen. Leider reicht Geld allein nicht –
- 11 und die veranschlagten einmaligen Mittel erstreckt nicht. Bildungs- und
- 12 Medienwissenschaftler*innen sind sich seit langem einig, dass eine bloße Ausstattung
- 13 der Schulen mit digitaler Hard- und Software allein nicht ausreicht. Es braucht
- 14 vielmehr eine ganzheitliche Integration einer digitalen Perspektive auf alle
- 15 Bildungssegmente.
- 16 Die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden, weitgehenden Maßnahmen zur
- 17 Verlangsamung der Infektionszahlen haben das Thema blitzartig an die Spitze der
- 18 Bildungspolitik und -praxis getrieben. Auf einmal schrien Eltern wie Lehrkräfte nach
- 19 digitalen Alternativen zum Präsenzunterricht im Klassenraum. Auch an den Hochschulen
- 20 wurden digitale Tools für Webkonferenzen, Lernangebote und eLibraries mit Anfragen
- 21 überschüttet und teilweise an den Rand der Kapazitäten getrieben. Beste
- 22 Voraussetzungen, um Bildung in der digitalen Welt auch praktisch anzuwenden und in
- 23 das Bewusstsein der Skeptiker*innen zu rufen?
- 24 Im Frühjahr 2020 traten die Fehler der Vergangenheit zutage. Auf folgende Missstände
- 25 wollen wir mit dieser Resolution in aller Deutlichkeit hinweisen und fordern eine
- 26 transparente und umfassende Bearbeitung, damit Situationen wie dieser in Zukunft
- 27 besser und funktionaler begegnet werden kann.
- 28 • Gute Ausstattung der Bildungseinrichtungen!
- 29 Um digitale Bildung nachhaltig und erfolgreich vermitteln und kennenlernen zu können
- 30 bedarf es nach wie vor einer ganzheitlichen und funktionsfähigen Infrastruktur in den
- 31 Einrichtungen vor Ort. WLAN-Flickenteppiche, veraltete Präsenzgeräte und auslaufende
- 32 Softwarelizenzen müssen der Vergangenheit angehören. Noch heute gibt es Schulen – vor

- 33 allem im ländlichen, aber auch im urbanen Raum – die nach wie vor über kein
34 Schüler*innen-WLAN verfügen
- 35 • Digitalität in die Curricula!
- 36 Die digitale Transformation der Gesellschaft mitsamt ihrer Bestandteile Arbeit,
37 Bildung, Mobilität, Umwelt, Wirtschaft, Wissenschaft und vielen weiteren muss in
38 ihrer Beschaffenheit Einzug in die Curricula der Bildungseinrichtungen haben. Es
39 reicht bei weitem nicht mehr, ein Thema wie die Digitalisierung lediglich isoliert in
40 einem einzelnen Fachunterricht zu behandeln. Digitalität muss als Querschnittsthema
41 wahrgenommen und umgesetzt werden
- 42 • Unterricht neu denken!
- 43 Die größte Chance wurde während der Corona-Maßnahmen vernachlässigt. Noch immer wird
44 Unterricht (vor allem an allgemeinbildenden Schulen, aber auch an Hochschulen und
45 weiteren Bildungseinrichtungen) konservativ gedacht: Eine Lehrkraft vermittelt einen
46 Stoff X – vielleicht sogar kompetenzorientiert – an eine Gruppe Lernende.
47 Kognitionspsychologie und Pädagogik kritisieren diese Form des Dozierens nicht ohne
48 Grund seit vielen Jahren. Vor allem die Digitalisierung des Bildungssektors bringt
49 eine Vielzahl neuer, moderner und erfolgreicher Lernmodelle mit sich – seien es
50 Blended-Learning-Formate, freie und projektorientierte Lehr-Lern-Arrangements oder
51 dezentrale Lerntools, die sich individuell der Lerngeschwindigkeit der Lernenden
52 anpassen. Fernab von konkreten Beispielen muss sich die Bildungspolitik mit neuen
53 Form des Unterrichtens beschäftigen und digitale Lehr-Lern-Arrangements bewusst
54 einsetzen und fördern.
- 55 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass digitale Formate gefragt und funktional sind.
56 Sie sind dabei nicht als gänzlicher Ersatz der herkömmlichen Art und Weise zu Lehren
57 und zu Lernen zu verstehen. Wir fordern, dass die Voraussetzungen für eine Diversität
58 an Lernangeboten geschaffen wird, die nicht von sozio-ökonomischen Faktoren abhängig
59 ist, sondern allen Schüler*innen zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt dürfen wir die
60 analogen und teilweise veralteten Arten zu Unterrichten nicht einfach in das Digitale
61 übertragen, sondern müssen neue, mutige und progressive Wege gehen, um Bildung in der
62 digitalen Welt zukunftsfähig gestalten zu können.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B01: Ernährung als Schulfach

Laufende Nummer: 71

Antragsteller/in:	David Olef (Osnabrück-Stadt)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Ab der 5. Klasse soll Ernährungswissenschaften als Pflichtfach für
- 2 alle Schüler*innen an weiterführenden Schulen unterrichtet werden. Die
- 3 Stundenanzahl pro Woche sollte sich auf 1 belaufen.

Begründung

Gesunde Ernährung spielt eine sehr große Rolle bei einer guten und gesunden Entwicklung. Dies ist nicht immer durch das Elternhaus gewährleistet und sollte daher in den schulischen Alltag integriert werden. Ein kleineres Pflichtfach liegt dementsprechend nahe.

Antrag U05: Energiewende in öffentliche Hand

Laufende Nummer: 43

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern eine öffentliche Investitionsstrategie in und den öffentlichen Betrieb
- 2 von Offshore-Windenergieanlagen!
- 3
- 4 Die Klimakatastrophe ist nicht nur ein Problem unseres auf fossilen Brennstoffen
- 5 basierenden technischen Fortschritts, sondern eine wesentliche Folge der
- 6 kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die notwendige Dekarbonisierung besonders im
- 7 Bereich der Energiewirtschaft muss deshalb mit einer wesentlichen Veränderung der
- 8 Eigentumsstrukturen einhergehen. Privatwirtschaftlich organisierte Energieunternehmen
- 9 werden den Ausbau der erneuerbaren Energien nur unter großer öffentlich finanzierter
- 10 Förderung vorantreiben und die produzierte Energie (insb. Strom) nur zu hohen Preisen
- 11 an die Verbraucher*innen abgeben, um ihren Gewinn damit zu sichern. Beides belastet
- 12 die öffentlichen Haushalte und die Verbraucher*innen und bremst den dringend
- 13 notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Die problematische Situation verschärft
- 14 sich dadurch, dass der Energieproduktionssektor durch wenige Konzerne dominiert wird.
- 15 Der Versuch, durch Verteuerung der konventionellen Stromerzeugung (CO₂-Preis) und
- 16 Förderung der nachhaltigen Stromerzeugung (EEG-Umlage) im Rahmen der
- 17 privatwirtschaftlichen Organisation der Stromproduktion eine Energiewende zu
- 18 erreichen, hat bisher wenig Erfolge verzeichnet und zu einer Verteuerung des Stroms
- 19 beigetragen, die vor allem Geringverdiener*innen trifft.
- 20
- 21 Große wirtschaftliche Transformationen wie die Energiewende bedürfen daher einer
- 22 aktiven Rolle des Staates, da nur so ausreichende Investitionen in einen schnellen
- 23 Ausbau getätigt werden können. Es sollen besonders die nachhaltigen Technologien
- 24 gefördert werden, von denen eine möglichst konstante Energieproduktion und minimale
- 25 negative Auswirkungen auf Umwelt und Bevölkerung anzunehmen ist. Wir fordern deshalb:
- 26
- 27 • Die Gründung einer staatlichen Energiegesellschaft. Neben dem Bund sollen die
- 28 Länder und Kommunen Miteigentümer*in sein.
- 29 • Den massiven Ausbau der Offshore-Windenergie durch diese staatliche
- 30 Energiegesellschaft.
- 31 • Förderung von Forschung und Entwicklung zu vielfältigen, nachhaltigen
- 32 Energieproduktionsmethoden.

- 33 • Den sukzessiven Aufkauf des Stromnetzes durch die staatliche
34 Energiegesellschaft, um die Netzdominanz von wenigen Energiekonzernen zu
35 brechen.
- 36 • Eine kostendeckende, aber unterhalb des Marktpreises liegende Abgabe von
37 Ökostrom durch die staatliche Energiegesellschaft, um so den Marktanteil
38 privater Energiekonzerne stückweise zu reduzieren und damit gleichzeitig die
39 Strompreise niedrig zu halten.
- 40 • Die öffentliche Förderung durch Kredite und Fördergelder von genossenschaftlich
41 organisierter nachhaltiger Stromproduktion.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G06: Einheitliche Zigarettenverpackungen

Laufende Nummer: 85

Antragsteller/in:	Marika Timker (SPD-Unterbezirk Aurich)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die SPD nimmt in ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 die Forderung nach
- 2 einer einheitlichen Zigarettenverpackung auf, sofern diese nicht vorher gesetzlich
- 3 beschlossen wurde. Ebenfalls nimmt die SPD die Forderung auf, die von Finanzminister
- 4 Scholz geplante Preissteigerung direkt durchzuführen. Zukünftige Preissteigerungen
- 5 sollen nicht Stufenweise erhöht werden sondern ebenfalls direkt vollzogen werden um
- 6 den Gewöhnungseffekt zu verhindern.
- 7 Die Abgeordneten der SPD im europäischen Parlament sind aufgefordert sich für eine
- 8 europäische Lösung, zur Durchsetzung der einheitlichen Zigarettenverpackungen und
- 9 einheitlichen Werberegungen für Tabakprodukte einzusetzen.

Begründung

Das Anfang Juli vom Bundestag beschlossene neue Tabak-Werbeverbot untersagt ab 1. Januar 2022 die Außenwerbung für Tabakwaren. Wir Jusos im Kreis Leer fordern die Vereinheitlichung der Zigarettenschachteln, wie es sie z.B. in Frankreich schon gibt. In Deutschland sind Zigaretten aktuell ein Produkt bei dem es erlaubt ist die Schachtel mit bunten Farben und Werbesprüchen zu versehen. Dies führt dazu, dass neben „Ekelbildern“ und „Warnhinweisen“ noch Platz für positive Werbesprüche und werbeorientiertes Design ist.

Nach der Einführung der „Ekelbilder“ auf Zigarettenschachtel zeichnete sich ab, dass vor allem Nichtraucher von Ekelbildern abgeschreckt sind und deshalb nicht zur Zigarette greifen. (Studie DAK-Gesundheit;2016) Diese positive Entwicklung soll durch die neutrale Schachtel verstärkt werden. Es kann nicht sein das in Deutschland krebsfördernde Produkte mit starken Werbemaßnahmen weiterhin Jugendliche ansprechen können.

In Australien sind seit dem Jahr 2012 neutrale Zigaretten Schachteln eingeführt. Dort sank die Raucheranzahl der über 14 jährigen um ca. 108.000 Menschen. (Daten der WHO; 2016) Da es bei der Vereinheitlichung aber um die Leute geht, die deshalb nicht anfangen zu rauchen, ist die Zahl der präventiv Geschützten kaum auszumachen.

„Rauchen ist das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko in Deutschland. Jährlich sterben in Deutschland über 120.000 Menschen an den Folgen des Tabakkonsums. Die Verringerung des Tabakkonsums und ein möglichst umfassender Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens sind daher vordringliche gesundheitspolitische Ziele, die von der Bundesregierung mit aufeinander abgestimmten präventiven, gesetzlichen und strukturellen Maßnahmen verfolgt werden.“ (Leitsätze zum Tabakkonsum des Bundesministeriums für Gesundheit)

In einer Pressemitteilung nennt das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ; 25.05.20) die Neutralisierung der Zigarettenschachtel als einen wichtigen Punkt um Raucherzahlen und damit Krebsfälle zu reduzieren. Dies hat sich bereits in anderen Ländern als wirksam erwiesen. Im europäischen Vergleich hat bisher Frankreich die neutrale Schachtel eingeführt und Belgien wird sie 2021 einführen.

Geht es nach den Leitsätzen des Bundesministeriums für Gesundheit und nach den Erkenntnissen des Krebsforschungszentrums sind die präventiven Maßnahmen des neuen Gesetzes zum Tabakwerbeverbot nicht ausreichend. Damit präsentiert die Bundesdrogenbeauftragte Ludwig (CSU) gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsminister ein Gesetz, das sich der Wirtschaft beugt und nicht komplett präventiv den Bürger vor dem Rauchen schützt. Diese Lücke muss umfassend geschlossen werden. Eine sozialdemokratische Politik wäre die Gesundheit der Bürger vor die wirtschaftlichen Interessen der Konzerne zu stellen. Dafür sollten sich die Jusos und die SPD einsetzen.

Deutschland sollte nun mit der Einführung des Tabakwerbeverbots, ebenfalls die neutrale Einheitsschachtel einführen und damit konsequent präventiv vor dem Rauchen schützen, deshalb sollte die SPD dies in Ihrem Wahlprogramm für das Jahr 2021 klar als Forderung benennen.

Die vom Finanzminister geplante Erhöhung der Tabaksteuer ist zu befürworten. Dennoch ist die geplante Stufenweiseerhöhung nicht sinnvoll. Diese wird einen „Gewöhnungseffekt“ bei Konsumenten hervorrufen und bringt präventiv und gesundheitlich weniger für den Bürger. Auch in Zukunft soll die SPD angehalten sein diesen Gewöhnungseffekt zu verhindern. Dem Staat sollte es hierbei darum gehen den Bürger präventiv zu schützen und keinen 5-Jahresplan der Tabaklobby anzunehmen, wie es bei der jetzigen geplanten Erhöhung der Fall ist.

Schon im Jahr 2016 rief die WHO die Länder dazu auf sich auf die Vereinheitlichung der Zigarettenverpackungen vorzubereiten. Laut der EU-Kommission besteht keine Gefahr für die Europäische Wirtschaft bei Einführung einer neutralen Zigarettenschachtel. Große Handelspartner wie z.B. Kanada haben ebenfalls die Einheitsverpackung eingeführt und es haben sich keine Probleme gezeigt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten der europäischen Union sollen sich stärker dafür einsetzen gleich Werbe – und Marketingbedingungen sowie eine Tabakpräventionspolitik in der EU zu schaffen. Eine gemeinsame Lösung schützt nicht nur die Bundesbürger sondern auch die Bürger Europas.

Antrag G07: Eine Versicherung für alle

Laufende Nummer: 84

Antragsteller/in:	Marika Timker (SPD-Unterbezirk Aurich)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Bürgerversicherung fordert die SPD schon längere Zeit. Im Koalitionsvertrag 2018
- 2 wurde die Umsetzung beschlossen. An der Umsetzung wird nicht gearbeitet. Es kann also
- 3 davon ausgegangen werden, dass die Bürgerversicherung nur im Koalitionsvertrag
- 4 geschrieben wurde, um die SPD nach den brutalen Verlusten bei der Bundestagswahl 2017
- 5 infolge der letzten Großen Koalition in die Koalition mit der Union zu bringen. An
- 6 der ernsthaften Umsetzung bestand kein Interesse. Damit der SPD geglaubt wird und
- 7 damit mindestens ein Wahlziel erreicht wird, muss diese Versicherung zum Wohle der
- 8 Bürger durchgesetzt werden.

Begründung

Um mit der SPD nach der Bundestagswahl 2021 Koalitionsgespräche aufnehmen zu können, muss ein Bekenntnis zur Einführung einer Bürgerversicherung als Verbesserung der Krankenkasse durch den Einstieg in das Gesetzgebungsverfahren durch die anderen Verhandlungsparteien erfolgen. Wird nicht binnen 15 Monaten nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag abgeschlossen, ist eine mögliche Koalition zu beenden. Das Festhalten an der Koalition ist als parteischädigend zu betrachten.

Weiterleitung an:

Juso Bundeskongress

Antrag G08: Eine Versicherung für alle

Laufende Nummer: 83

Antragsteller/in:	Marika Timker (SPD-Unterbezirk Aurich)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Bürgerversicherung fordert die SPD schon längere Zeit. Im Koalitionsvertrag 2018
- 2 wurde die Umsetzung beschlossen. An der Umsetzung wird nicht gearbeitet. Es kann also
- 3 davon ausgegangen werden, dass die Bürgerversicherung nur im Koalitionsvertrag
- 4 geschrieben wurde, um die SPD nach den brutalen Verlusten bei der Bundestagswahl 2017
- 5 infolge der letzten Großen Koalition in die Koalition mit der Union zu bringen. An
- 6 der ernsthaften Umsetzung bestand kein Interesse. Damit der SPD geglaubt wird und
- 7 damit mindestens ein Wahlziel erreicht wird, muss diese Versicherung zum Wohle der
- 8 Bürger durchgesetzt werden.

Begründung

Um mit der SPD nach der Bundestagswahl 2021 Koalitionsgespräche aufnehmen zu können, muss ein Bekenntnis zur Einführung einer Bürgerversicherung als Verbesserung der Krankenkasse durch den Einstieg in das Gesetzgebungsverfahren durch die anderen Verhandlungsparteien erfolgen. Wird nicht binnen 15 Monaten nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag abgeschlossen, ist eine mögliche Koalition zu beenden. Das Festhalten an der Koalition ist als parteischädigend zu betrachten.

Weiterleitung an:

Juso Bundeskongress

Antrag G09: Eine Versicherung für alle

Laufende Nummer: 82

Antragsteller/in:	Marika Timker (SPD-Unterbezirk Aurich)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Bürgerversicherung fordert die SPD schon längere Zeit. Im Koalitionsvertrag 2018
- 2 wurde die Umsetzung beschlossen. An der Umsetzung wird nicht gearbeitet. Es kann also
- 3 davon ausgegangen werden, dass die Bürgerversicherung nur im Koalitionsvertrag
- 4 geschrieben wurde, um die SPD nach den brutalen Verlusten bei der Bundestagswahl 2017
- 5 infolge der letzten Großen Koalition in die Koalition mit der Union zu bringen. An
- 6 der ernsthaften Umsetzung bestand kein Interesse. Damit der SPD geglaubt wird und
- 7 damit mindestens ein Wahlziel erreicht wird, muss diese Versicherung zum Wohle der
- 8 Bürger durchgesetzt werden.

Begründung

Um mit der SPD nach der Bundestagswahl 2021 Koalitionsgespräche aufnehmen zu können, muss ein Bekenntnis zur Einführung einer Bürgerversicherung als Verbesserung der Krankenkasse durch den Einstieg in das Gesetzgebungsverfahren durch die anderen Verhandlungsparteien erfolgen. Wird nicht binnen 15 Monaten nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag abgeschlossen, ist eine mögliche Koalition zu beenden. Das Festhalten an der Koalition ist als parteischädigend zu betrachten.

Weiterleitung an:

Juso Bundeskongress

Antrag V04: Ein niedersächsisches Schüler*innenticket für bessere, günstigere und umweltfreundlichere Mobilität von Schüler*innen und Auszubildenden

Laufende Nummer: 95

Antragsteller/in:	Mattheus Berg (Cuxhaven)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 In Niedersachsen soll ein Schülerticket für Schüler*innen, Auszubildende und Personen
- 2 im Freiwilligendienst zu erwerben sein. Dieses Ticket soll 365 Euro kosten und das
- 3 ganze Jahr über Zugang zu Niedersachsens Nah- und Regionalverkehr gewähren.

Begründung

Die Bahn macht Schüler*innen mobil. Doch im Gegensatz zu Studierenden kriegen Schüler*innen nur bis zur 10. Klasse ein Zugticket gestellt, welches dann auch nur für den Bereich bis zur Schule gilt. Besonders für Schüler*innen im ländlichen Raum ist das zu wenig und die Preise im Nah- und Regionalverkehr steigen ständig.

Die Wunschvorstellung der meisten Jusos ist ein kostenloser ÖPNV, doch da dies von der Politik und der Bahn wohl nicht so schnell in die Tat umgesetzt wird, beantragen wir als ersten Schritt ein niedersächsisches Schüler*innen Jahresticket für 365 Euro, wodurch Schüler*innen also für einen Euro am Tag Niedersachsens kompletten Regional und Nahverkehr nutzen könnten.

Das würde Familien finanziell entlasten, Jugendlichen mehr Freiraum bieten und auch dafür sorgen, dass weniger ältere Schüler*innen und Auszubildende auf Autos zurückgreifen.

In Hessen gibt es bereits so ein Schülerjahresticket und es wird super angenommen.

Bieten wir also Niedersachsens Schüler*innen und Auszubildenden Mobilität zu einem erschwinglichen Preis und schaffen ein Schülerjahresticket für 365 Euro an!

Antrag B19: Duldung fürs Studium

Laufende Nummer: 78

Antragsteller/in:	Yannick Moormann (SPD-Unterbezirk Osnabrück-Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass in Niedersachsen kurzfristig ein flächendeckendes Bleiberecht für
- 2 Geflüchtete, die ein Studium aufnehmen wollen, eingeführt wird. Die Regelung für
- 3 studierende Geflüchtete soll an die Regeln für die betriebliche Berufsausbildung
- 4 angeglichen werden, die für die Dauer der Ausbildung mit einer Duldung verbunden ist.

Begründung

Es ist nicht hinnehmbar, dass das Bleiberecht von Geflüchteten nach ihrem Wunsch der Aus- und Weiterbildung abhängig gemacht wird. Geflüchtete, die eine betriebliche Ausbildung ergreifen möchten, erhalten eine Duldung für die Dauer ihrer Ausbildung. Ein konkretes Beispiel aus der Stadt Osnabrück macht die Absurdität der Regel deutlich:

Ein 22jähriger aus Syrien Geflüchteter hat trotz bestandener Eignungs- und Sprachtests für ein Informatikstudium und den erfolgreichen Erhalt eines Studienplatzes, einen negativen Bescheid seines Asylantrages erhalten. Grund hierfür ist der erfolgreiche Asylantrag in Griechenland. Doch statt die Möglichkeit zu erhalten sein Informatikstudium anzutreten, bangt er nunmehr jeden Tag darum, abgeschoben zu werden. Würde er eine duale Ausbildungsstelle antreten, wäre ihm auf die Dauer der Ausbildung eine Duldung sicher. Nicht so im Rahmen seines Studiums. Diese Ungleichbehandlung muss beendet werden.

Antrag B20: Digitalpakt verstetigen

Laufende Nummer: 68

Antragsteller/in:	David Olef (Osnabrück-Stadt)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für die
- 2 Verstetigung der Mittel aus dem Digitalpakt über das Jahr 2024 hinaus einzusetzen.

Begründung

Mit der Lockerung des Kooperationsverbotes und der Schaffung des Digitalpaktes hat die Bundesregierung finanzielle Mittel für die Unterstützung unserer Schulen bei der Digitalisierung geschaffen. Die vorgelegte Studie von George und Klinger zeigt jedoch, dass die Mittel von 5 Mrd. Euro gerade einmal für die Mindestausstattung der berufsbildenden Schulen reichen würden. Im Zeitraum von 2019 bis 2024 sind insgesamt 21 Mrd. Euro als Investitionen für eine Mindestausstattung an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen notwendig. Aus diesem Grund müssen die finanziellen Mittel aus der Bundesebene verstetigt werden, um die Länder und Kommunen bei der Zukunftsaufgabe der Digitalisierung auch weiterhin zu unterstützen.

Quellen:

<https://www.gew.de/presse/pressemitteilungen/detailseite/neuigkeiten/gew-strohfeuer-droht-mittel-aus-digitalpakt-verstetigen/>

<https://www.gew.de/fleadmin/media/publikationen/hv/Digitale-Medienbildung/BWd---DigitAusstOffensiveBB-A4-2019-web2.pdf>

<https://www.gew.de/fleadmin/media/publikationen/hv/Digitale-Medienbildung/Zentrale-Aussagen-BWd-web.pdf>

Antrag B21: Digitalisierung in Bildungseinrichtungen

Laufende Nummer: 79

Antragsteller/in:	Johanna Kuipers (Verden)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung
Herkunft:	Landesvorstand

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 „Das größte Problem mit dem Fortschritt ist – auch die Nachteile entwickeln sich
2 weiter.“ Das Zitat des österreichischen Schriftstellers Ernst Ferstl lässt sich
3 aktuell exzellent auf die Digitalisierung in unseren Schulen beziehen. Wir haben
4 Zugang zu Smartboards, Tablets, Laptops und Unmengen an Unterrichtssoftware – und
5 dennoch müssen wir regelmäßig konsternieren, dass es viel zu tun gibt. In Zukunft
6 soll der Blick dabei vor allem auf die Menschen gerichtet sein, die bisher zu kurz
7 gekommen sind.

8

9 Wir fordern daher:

10

- 11 1. eine weitere, kontinuierliche Verbesserung der digitalen Infrastruktur,
- 12 2. konkrete, praxisnahe Unterrichtsinhalte, die verpflichtend festgeschrieben sind,
- 13 3. eine moderne, angepasste Ausbildung von LehrerInnen, um das volle Potenzial
14 digitalisierter Bildung auszuschöpfen.

15

16

17 Technische Ausstattung von Bildungseinrichtungen:

18

19 Gerade durch die Corona-Pandemie wird in Bildungseinrichtungen, wie zum Beispiel
20 Schulen, immer deutlicher, dass wir uns in der technischen Ausstattung und
21 Digitalisierung nicht als Vorreiter*innen empfinden können. In einer Zeit, in der wir
22 die Schulen (teilweise) schließen müssen, und Schüler*innen gezwungen sind über
23 mobile Endgeräte Bildung zu erfahren, sind besonders die sozialen Unterschiede und
24 dementsprechend die Partizipation am Schulgeschehen auseinandergehend.
25 Deshalb ist es für uns besonders wichtig, dass ein zentraler Verleih von mobilen
26 Endgeräten angeboten werden wird. Dieser muss mobile Endgeräte, ohne finanzielle
27 Nachweise beispielsweise vom Einkommen der Eltern, anbieten und werden dann gegen
28 einen geringen Beitrag im Laufe der verbleibenden Schulzeit abbezahlt. Nach einer
29 mehrjährigen Nutzung und einer ganzheitlichen Abzahlung wird das digitale Endgerät
30 ins Eigentum der*s Schüler*in überführt.

31 Unabhängig der Beschulungssituation (voller Betrieb, teilweise Schließungen etc.)
32 steht für uns fest, dass der Internetzugang an Bildungseinrichtungen ein großer und
33 wichtiger Baustein ist. Selbst in dieser immer schneller digitalisierenden Welt und
34 Schüler*innen, für die es selbstverständlich ist mit einem Handy und Social Media
35 aufzuwachsen, steht längst nicht alle Einrichtungen ein wirklich unterrichts- und
36 strapazierfähiges WLAN zu Verfügung. Um digitale Lehrmethoden integrieren zu können,
37 gehört für uns ein Internetzugang in jede Einrichtung.

38 Damit alle Schüler*innen die Möglichkeit haben am Unterricht zu partizipieren, zum
39 Beispiel mit den bereitgestellten mobilen Endgeräten, müssen außerdem genügend
40 Lademöglichkeiten in allen Lehrräumen bereitgestellt werden.

41 Es gehört dazu, dass auch die Lehrpersonen die Möglichkeit haben, Ausarbeitungen der
42 Schüler*innen der ganze Klasse zu zeigen, kurze Filme abzuspielen oder digitale
43 Quizzes zu spielen, etc. Um den Unterricht an das moderne und digitale Zeitalter
44 anzupassen und verschiedene Lehrmethoden nutzen zu können werden Smartboards
45 essential sein.

46 Für uns ist ein reibungsloser und digitaler Unterricht nur in einem Zusammenspiel aus
47 allen genannten Punkten möglich.

48

49

50 Unterrichtsinhalte:

51

52 Junge Menschen kommen immer früher mit digitalen Medien in Kontakt. Um den Umgang
53 damit möglichst früh zu lernen, ist es wichtig, dass Schüler*innen bereits in der
54 Grundschule in Kontakt mit diesen Medien kommen. Dies kann zum Beispiel durch
55 kleinere Projektarbeiten und Referate geschehen, bei denen die Recherche von
56 Lehrer*innen und Erziehungsberechtigten begleitet werden kann.

57 Außerdem muss dem modernen Umgang mit sensiblen Daten interdisziplinär mehr
Bedeutung
58 beigemessen werden. Darunter versteht sich auch die Reflektierung der Social-Media-
59 Nutzung sowie die Analyse der Macht der Daten für Konzerne wie Google, Facebook oder
60 Amazon.

61 Das Fach Informatik muss zudem für alle Schulformen eingeführt werden. Eine digitale
62 Bildung darf nicht von der Schulform abhängen. Dafür ist aber auch ein
63 ausformuliertes Kerncurriculum von großer Relevanz, dass unter anderem digitale
64 Organisation, kritische Quellenarbeit oder die Einführung in Programmiersprachen
65 enthalten soll. Generell soll aber insbesondere das alltägliche Verständnis von Hard-
66 und Software gelehrt werden, um den Schüler*innen diesen zu erleichtern.

67 Auch im inhaltlichen Kontext muss die Unabhängigkeit von Großkonzernen dauerhaft
68 gewährleistet werden.

69

70

71 Lehrer*innenausbildung:

72

73 Um eine sinnvolle digitale Ausbildung der Schüler*innen zu ermöglichen, ist die Aus-
74 und Weiterbildung der Lehrenden von ausschlaggebender Bedeutung. Diese beginnt im
75 Studium. Hier fordern wir ein verpflichtendes Modul "Medienkompetenz", indem der
76 Umgang und der sinnvolle Einsatz von digitalen Medien im Unterricht gelehrt werden
77 soll. Die Lehrer*innen der Zukunft sollen erfahren, wie sie die volle Funktionsbreite
78 der technischen Hilfsmittel ausschöpfen können, damit das Tablet in Zukunft nicht nur
79 als umweltfreundlicherer Papierersatz genutzt wird. Gerade der Umgang mit
80 verschiedenen interaktiven Programmen spielt dabei eine wichtige Rolle, der die
81 Schüler*innen im Lernprozess und der Kommunikation untereinander und die
82 individuellen Lernfortschritte unterstützen soll.

83 Des Weiteren fordern wir regelmäßiges Fort- und Weiterbildungsangebot der Lehrkräfte
84 im Laufe des gesamten Berufslebens. Damit wollen wir sicherstellen, dass die
85 Lehrenden immer auf neueste Kenntnisse zurückgreifen können und sich den
86 Schüler*innen nicht technisch unterlegen fühlen. Dazu gehören nicht nur Seminare über
87 neue technische Hilfsmittel und den Umgang mit diesen, sondern auch pädagogische
88 Kompetenzen, die erst durch den Einsatz dieser digitalen Medien benötigt werden.

89

90 Bei all den oben genannten Punkten ist der Schutz der persönlichen Daten von
91 Schüler*innen und Lehrer*innen besonders wichtig. Daher setzen wir auf transparente
92 Open Source Software, sowie lokale Server und nicht auf alt bewährte intransparente
93 Software großer Techkonzerne wie Microsoft, Google, etc.

94

95 *Digitale Bildung sollte zukünftig nicht nur als Pflicht, sondern insbesondere als*
96 *Recht für Schüler*innen und Lehrer*innen niedersächsischer Bildungseinrichtungen*
97 *gelten. Dieses Konzept bietet dafür eine Orientierung, die allerdings dauerhaft*
98 *reflektiert und überarbeitet werden muss, damit die Digitalisierung der Bildung mit*
99 *der Zeit geht und aktuell und modern werden kann.*

Antrag B22: Digitalisierung in Bildungseinrichtungen

Laufende Nummer: 9

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 AntragsstellerInnen: Juso Bezirk Braunschweig

2

Digitalisierung in Bildungseinrichtungen ist ein Kernelement der sozialen Teilhabe an

3

einer Gesellschaft, in der die Nutzung digitaler Medien zur Normalität geworden ist.

4

Der Ausbau und die Forderung digitaler Bildung an Schulen ist eine Chance für

5

Schülerinnen und Schüler Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien zu erwerben und

6

auszubauen sowie für Lehrkräfte die heterogene SchülerInnenschaft individuell zu

7

fordern. Digitale Bildung steht somit für Fortschritt und Bildungsgerechtigkeit. Um

8

die Implementierung digitaler Medien in den Unterricht erfolgreich zu gestalten

9

müssen Bildungseinrichtungen, SchülerInnen sowie Lehrkräften gewisse Ressourcen

10

bereitgestellt werden. Daher fordern wir:

11

• Den Ausbau und die Modernisierung der digitalen Infrastruktur. Dies sollen die

12

Anschaffung, die Erneuerung sowie die Instandhaltung der Klassenräume und digitaler

13

Arbeitsplätze beinhalten.

14

Immer früher besitzen Kinder Smartphones, Tablets oder auch Laptops im privaten

15

Bereich. Ein verantwortungsvoller Umgang mit diesen Medien ist leider nicht immer

16

gewährleistet. Dort müssen unserer Meinung nach die Bildungseinrichtungen nachhelfen.

17

Des Weiteren ist es für viele SchülerInnen ein großer Umbruch von der Grundschule auf

18

die Weiterführende Schule zu wechseln, neue LehrerInnen, neue MitschülerInnen, neues

19

Gebäude und viele andere Eindrücke, die auf die Kinder wirken, auch deshalb ist es

20

sinnvoll bereits in der Grundschule mit digitalem Unterricht zu beginnen um nicht

21

noch einen weiteren Umbruch zu veranlassen. Aus diesem Gründen fordern wir:

22

• Der Umgang mit digitalen Medien muss bereits in der Grundschule beginnen. Zwar soll

23

nur ein geringer Teil des Unterrichts mit Tablet, PC und Co absolviert werden, die

24

Intensität soll sich allerdings mit jeder Klassenstufe erhöhen. • Des Weiteren sollen

25

klassenspezifische Konzepte zur Nutzung der digitalen Infrastruktur unter der

26

Einbeziehung der LehrerInnen entwickelt werden. • Bereitstellung eines Stundenpools

27

für Lehrende. • Bereitstellung kostenfreier digitaler Geräte sowie notwendiger

28

Lizenzen für LehrerInnen und SchülerInnen

29

Die SchülerInnen nutzen digitale Medien nicht nur für schulische Zwecke.

30

Textdokumente verfassen oder ein pdf Dokument ausdrucken sind Sachen, die wichtig

31

sind, doch die Medienkompetenz im außerschulischen Bereich ist so viel

32

entscheidender: Welcher Quelle kann ich vertrauen, was sind Gefahren im Netz, wann

33

darf ich was machen. Solche Fragen sind häufig viel entscheidender, deshalb soll in

34

Schulen auch in Freizeitphasen aufgezeigt werden, wie verantwortungsvoller Umgang mit

35

Medien aussehen kann. Auch deshalb fordern wir:

36

- SchülerInnen sollen ihre, von der Schule kostenlos bereitgestellten digitalen

37

Medien auch zuhause nutzen dürfen und zwar auch für privates. Dazu soll ein

38

sogeannter „Schulmodus“ und ein sogeannter „Zuhause Modus“ eingeführt werden, in

39

denen die Kinder

40

verschiedene Berechtigungen für das jeweilige Gerät erhalten und somit das Gerät

41

optimal nutzen können. • Nicht nur die Unterrichtszeit, auch Freizeitphasen sollen

42

dazu genutzt werden um Grundschulkindern verantwortungsvolles Benutzen von digitalen

43

Medien aufzuzeigen.

44

Damit LehrerInnen die nötige Kompetenz besitzen den Kindern und Jugendlichen sowohl

45

verantwortungsbewusstes Benutzen von Medien beibringen zu können, als auch die

46

technischen Fähigkeiten vermitteln zu können, erhoffen wir eine medientechnische und

47

medienpädagogische Schulung. Deshalb fordern wir:

48

- Einen verpflichtenden digitalen FührerInnenschein für alle Lehrerinnen und Lehrer

49

in Form von Seminaren und Fortbildungen, auch weiterführende Seminare sollen

50

Angeboten werden. Weiter soll Aufklärungs- und Präventivarbeit geleistet werden,

51

damit den SchülerInnen auch in dieser Hinsicht beispielsweise im Umgang mit Mobbing

52

oder Hass im Netz weitergeholfen werden kann. • An jeder Schule sollen sogenannte

53

Medienbeauftragte eingestellt werden.

54

Wir wollen auch die soziale Verantwortung der Digitalisierung in Schulen

55

berücksichtigen, deshalb fordern wir:

56

- „No bring your own devices“!

57

Alle Schülerinnen müssen das Gerät benutzen, welches die Schule für die Schulklassen

58

anschaffen und nicht das, welches die Eltern gekauft haben, dadurch soll

59

Diskriminierung und sozialer Ungerechtigkeit vorgebeugt und eine Gleichheit

60

symbolisiert werden.

61

Wie zu Beginn angedeutet fehlen uns Visionen und Wagnisse für die Zukunft. Genau an

62

diesem Punkt wollen wir einhacken und darlegen, inwieweit sich Schule anhand der

63

Digitalisierung revolutionieren lässt.

64

Immer mehr Aufgaben werden an Tablets, Laptops, dem PC oder sogar am Smartphone

65

erledigt. Diese Entwicklung begrüßen wir und wollen diese Art und Weise zu arbeiten

66

weiter realisierbar machen. Diese Entwicklung im technischen und gesellschaftlichen

67

Bereich wollen wir zum Anlass nehmen um eines der Grundpfeiler von Schulen anzupassen

68

und an diesem zu rütteln. Dadurch, dass alles immer und überall mobil erledigt werden

69

kann und kein Zwang an gewisse Gebäude und Bereiche gegeben ist fordern wir:

70

- Die Lockerung der Anwesenheitspflicht ab der 8. Klasse im Klassenraum. Freie

71

Lernplätze in der Schule sollen alternative Aufenthaltsplätze darstellen

72

Des Weiteren stellen wir uns die mobile, digitalisierte Schule flexibler und

73

individueller vor. Um dieses Ziel erreichbar zu machen soll eine EsLearning Plattform

74

etabliert werden, die sowohl alle Schulbücher in digitaler Form beinhaltet, als auch

75

verschiedene Lernangebote bereitstellt, damit SchülerInnen individuell lernen können.

76

Ebenso soll diese Plattform auch dazu dienen, sich auszutauschen um sich gegenseitig

77

helfen zu können. Deshalb fordern wir:

78

- Die Entwicklung und schließlich die Einführung einer EsLearning Plattform mit

79

genannten Funktionen und Eigenschaften. Diese EsLearning Plattform soll für alle

80

SchülerInnen kostenlos sein!

81

Außerdem wollen wir durch die immer stärker etablierte Nutzung von digitalen Medien

82

eine generell papierfreie Schule anstreben! Dies soll mit steigender Klassenstufe

83

zunehmen.

84

Antrag A04: Der*die Ausbildende sollte bei den Prüfungen vor Ort sein

Laufende Nummer: 99

Antragsteller/in:	Mattheus Berg (Cuxhaven)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Der*die Ausbildende soll bei der Zwischenprüfung und Abschlussprüfung der
- 2 Auszubildenden anwesend sein.

Begründung

Im BBIG steht nicht das der*die Ausbildende bei der Zwischenprüfung und Abschlussprüfung vor Ort sein sollte. Dies muss geändert werden. Der*die Ausbildende ist die Ansprechperson für die Auszubildenden und sollte bei so wichtigen Terminen vor Ort sein. Die Termine stehen weit im Voraus fest und meistens fallen sie immer in den gleichen Zeitraum. So wissen die Auszubildenden weit im Voraus wann die Prüfungen stattfinden werden. Der*die Ausbildende ist eine wichtige Bezugsperson der Auszubildenden. Er*Sie weiß wie Prüfungen ablaufen, wer die Prüfenden sind und was die Themen sind. Er*Sie ist nicht nur eine Unterstützung bei Fragen sondern auch eine mentale Unterstützung. Außerdem ist es eine respektvolle Geste dem Auszubildenden gegenüber. Deswegen sollten die Auszubildenden bei den wichtigsten Prüfungen der Auszubildenden dabei sein und nicht in den Urlaub fahren.

Antrag Fem05: Data2x auch in Europa

Laufende Nummer: 25

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Fem - Feminismus

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Es gibt nicht nur einen großen Gender Pay Gap, sondern auch einen großen Gender Data
- 2 Gap. Daten über Frauen werden in verschiedensten Kontexten nicht oder nur
- 3 unzureichend erhoben. Von Sicherheit beim Auto über historische Ereignisse bis hin
- 4 zur Medizin und Stadtplanung.
- 5 Diese nicht oder nur teilweise erhobenen Daten und die damit entstehenden Datenlücken
- 6 beeinflussen das Leben von Frauen* jeden Tag, ob im Alltag oder im Beruf. Sie können
- 7 sogar so dramatisch werden, dass sie zum Tod führen können (bspw. im Bereich der
- 8 Medizin).
- 9 Frauen* machen etwa 50% der Bevölkerung aus. Wir dürfen diesen Teil nicht
- 10 datenpolitisch ignorieren totschweigen. Wir müssen sie in alle Teile der Gesellschaft
- 11 gleichberechtigt einbinden, auch bei den Daten.
- 12 Deshalb fordern wir:
- 13 • Eine europaweite Initiative wie Data2x in den USA. Diese wurde u.a. von Hillary
- 14 Clinton ins Leben gerufen und hat das Ziel, den Gender Data Gap zu schließen.
- 15 • Bundesweit braucht es auch solche Initiative. Die Bundesregierung muss solche
- 16 Bestrebungen unterstützen, finanziell, personell und mit Gesetzesinitiativen.
- 17 Beispielsweise soll es nicht mehr möglich sein, Medikamente auf den Markt zu
- 18 bringen, die nicht auch für Frauen* getestet sind. Fördergelder sollen deshalb
- 19 an die Maßgabe gebunden sein, dass auch Daten von Frauen* erhoben und in die
- 20 Entwicklung eingebunden sind.
- 21 • Auch das Land Niedersachsen soll sich an einer solchen Initiative des Bundes
- 22 orientieren. Auch hier sollen Fördergelder so verteilt werden, dass es ohne die
- 23 Einbindung von Daten über Frauen* keine Ausschüttung dieser gibt.
- 24 • Es soll aktiv darauf hingewirkt werden, dass der Gender Data Gap so schnell wie
- 25 möglich geschlossen wird. Durch Anreize, Sanktionen und mehr Investitionen in
- 26 entsprechende Forschung soll dies möglich gemacht werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag U06: Das kommt uns nicht in die Tüte!

Laufende Nummer: 44

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Unser Planet erstickt im Plastikmüll. Das Aufkommen von Kunststoffverpackungen ist
- 2 zwischen 2000 und 2016 um 74% gestiegen. In Deutschland werden insgesamt 12 Millionen
- 3 Tonnen Kunststoffe pro Jahr verbraucht, wovon nicht einmal die Hälfte recycelt wird,
- 4 um wieder aufbereitet und neu genutzt zu werden.
- 5 Ob in Flüssen und Meeren, im Gebirge oder in den Wüsten – selbst an den abgelegenen
- 6 Orten dieser Welt lässt sich Plastik finden. Plastik ist schon längst in die
- 7 Organismen von Menschen und Tieren übergegangen. Plastik braucht Jahrhunderte, um
- 8 abgebaut zu werden und ist eine Bedrohung für Menschen und unser Ökosystem geworden.
- 9 Die Plastik Vermüllung des Planeten ist eine der existenziellen Fragen unserer Zeit.
- 10 Nationale Parlamente, aber auch beispielsweise das EU-Parlament beginnen, die
- 11 Probleme der Plastiknutzung auf die politische Tagesordnung zu setzen. So wird in der
- 12 gesamten EU eine Reihe von Einwegprodukten aus Plastik ab 2021 verboten sein. Doch
- 13 das darf nur der erste Schritt sein, diese Maßnahme muss der Beginn einer langen
- 14 Kette sein.
- 15 Wir haben keine Lust auf einen Plastic Planet und sagen dem Plastik den Kampf an.
- 16 Denn die Zeit tickt!
- 17 **Unser Plastik im globalen Süden? Nicht mit uns!**
- 18 Während die Bundesregierung mit immer neuen Kampagnen zur Mülltrennung den Eindruck
- 19 erweckt, Deutschland sei Recycling-Weltmeister, spricht die Realität eine andere
- 20 Sprache: Deutscher und europäischer Plastikmüll landen oftmals im globalen Süden und
- 21 führen dazu, dass dort Boden und Gewässer verschmutzt werden. Statt sich selbst um
- 22 den eigenen Müll zu kümmern, behandelt Deutschland den globalen Süden wie eine
- 23 Mülldeponie. Dabei wollen wir nicht länger zusehen!
- 24 Dass unser Plastikkonsum nicht nur Deutschland und Europa betrifft, sondern auch die
- 25 Lebensqualität der Menschen, sowie die Ökosysteme in anderen Teilen der Welt
- 26 beeinträchtigt, wird hier deutlich klar.
- 27 Gerade die Staaten des globalen Nordens als Spitzenkonsument*innen von Plastik müssen
- 28 sich für einen fairen und nachhaltigen Umgang mit ihrem Müll einsetzen. Unser
- 29 Plastikmüll darf nicht denen zur Last fallen, die ihn gar nicht produziert haben. Und
- 30 wir dürfen nicht wegsehen, wenn unser Müll in Staaten landet, die unverantwortliche
- 31 Deponien betreiben und damit die Gesundheit ihrer Bürger*innen gefährden.
- 32 Deshalb fordern wir:

- 33 • den sofortigen Exportstop von deutschem und europäischen Plastikmüll auf den
34 Weltmarkt
- 35 • das Durchsetzen eines internationalen Plastikabkommens, welches die Umsetzung
36 einer Plastikwende und ambitioniertes Recycling in allen Ländern finanziell
37 ermöglicht
- 38 • eine europäische Recycling-Strategie: Wir wollen, dass sämtlicher Plastikmüll,
39 welcher in der EU anfällt, auch im Gebiet der EU recycelt wird und fordern
40 deshalb eine entsprechende Strategie auf den Weg zu bringen!

41 **Plastik Steuer – Abgabe für den Naturschutz**

42 Die EU-Plastik Strategie, welche die Europäische Kommission 2018 vorgelegt hat, ist
43 mit dem Ziel, dass bis zum Jahr 2030 weniger Kunststoffe in der Umwelt landen,
44 zunächst zu begrüßen. Diese Strategie richtet sich an alle, die mit Kunststoff zu tun
45 haben: von den Produzent*innen über die Verbraucher*innen bis hin zur
46 Abfallentsorgung.

47 Ob diese Strategie Realität wird, hängt jedoch von der praktischen Umsetzung ab und
48 hier fehlen bis heute an vielen Stellen konkrete Maßnahmen, um dieses Ziel zu
49 erreichen. Zu einer dieser dringend nötigen Maßnahmen zählt für uns auch eine
50 Plastiksteuer, welche in erster Linie auf Plastikverpackungen erhoben werden soll.
51 Diese soll nicht auf die Konsument*innen zurückfallen, sondern die Industrie zur
52 Kasse bitten. Auf der einen Seite soll diese Steuer den Anreiz dafür schaffen, die
53 Herstellung von Plastikprodukten zu reduzieren. Auf der anderen Seite soll sie die
54 Industrie dazu bringen, langfristig auf plastikfreie Alternativen umzusteigen.

55 Für uns steht fest, dass eine Umstellung nur dann gelingt, wenn es sich für
56 Produzent*innen lohnt, Plastik zu vermeiden. Für uns ist daher eine Steuer auf
57 Plastikprodukte eine rein logische Konsequenz. Diese Steuer soll seine
58 Steuerungswirkung durch eine verlässliche jährliche Steigerung entfalten, um
59 Unternehmen die Möglichkeit zu geben, ihre Produktion umzustellen. Um
60 Verbraucher*innen nicht ungerecht zu belasten, fordern wir eine Rück Ausschüttung in
61 Form eines Bürger*innengeldes, welches sich aus den Einnahmen der Plastik Steuer
62 finanziert. Denn die Verantwortung, Plastikmüll zu vermeiden, liegt in erster Linie
63 in der Produktion und nicht bei den Endkonsument*innen.

64 Wir sehen aber nicht nur die Produzent*innen der Plastikverpackungen in der
65 Verantwortung, sondern auch die deutsche Bundesregierung, die sich dafür einsetzen
66 muss, dass unser Plastik zu 100 Prozent recycelt wird. Dafür bedarf es preislicher
67 Anreize um die Recyclingquote schnell zu erhöhen.

68 Deshalb fordern wir:

- 69 • eine EU-weite Steuer auf Plastikverpackungen für die Hersteller*innen
- 70 • eine Rückausschüttung der Steuern in Form eines Bürger*innengeldes
- 71 • eine hohe Strafe für jede Tonne Plastikmüll, welche nicht recycelt wird
- 72 • staatliche Subventionen für Produzierende, die ihre Produktion umstellen wollen

73 **Plastik als Gesundheitsrisiko**

74 Die Verschmutzung durch Plastik beschränkt sich nicht nur auf herkömmlichen
75 Kunststoff oder größere Plastikprodukte, sondern entsteht auch durch Mikroplastik.
76 Dieses Mikroplastik bildet sich entweder durch den Zerfall von Plastikprodukten oder
77 es ist Bestandteil vieler anderer Produkte, etwa Kosmetika oder Hygieneartikel. Die
78 größte Quelle von Mikroplastik in der Umwelt in Deutschland ist der Abrieb von
79 Autoreifen.

80 Mikroplastik ist teilweise kaum filterbar und gelangt insbesondere über das Abwasser
81 in die Umwelt und oftmals schließlich wieder in den Menschen. Gerade für kleinere
82 Lebewesen ist Mikroplastik gefährlich. Zudem besteht die Gefahr, dass die kleinen
83 Plastikpartikel mit Giftstoffen angereichert sind, die die Umwelt belasten können.
84 Eine Gefahr für den Menschen bilden insbesondere mit Weichmachern und anderen
85 chemischen Substanzen angereicherte Plastikprodukte, u.a. auch Kinderspielzeug oder
86 Buntstifte.

87 Deshalb fordern wir:

- 88 • verbindliche Vorgaben und öffentlich geförderte Forschung zur Verringerung des
89 Abriebs von Autoreifen
- 90 • ein flächendeckendes Verbot von Mikroplastik in Kosmetika und Hygieneprodukten
- 91 • ein Verbot aller Plastikprodukte, die gesundheitsschädliche Substanzen enthalten
- 92 • ein wirksames Verbot des vermeidbaren Einsatzes von Bisphenol A und anderen
93 Phthalaten.

94 **Die Zukunft ist plastikfrei!**

95 Es steht außer Frage, dass Kunststoffe für viele Anwendungen ein sinnvoller und
96 vielseitiger Werkstoff ist. Es ist aber genauso widersinnig, langlebige und haltbare
97 Kunststoffprodukte nur für wenige Tage oder gar Minuten einzusetzen. Bei der
98 Aufbereitung und Wiederverwendung von Kunststoffverpackungen gibt es große Verluste
99 an recyclebarem Material. Plastik kann nicht beliebig oft wiederverwendet werden und
100 wenn doch, dann oftmals unter höheren Kosten als neues Plastik. Nur knapp über 10%
101 des Plastiks auf dem Markt ist recyceltes Plastik.

102 Nicht nur im Verkehrs- oder Energiesektor, sondern auch in der Plastikindustrie wird
103 eine ganze Menge an Treibhausgasen freigesetzt. Dort werden fossile Rohstoffe
104 gewonnen, raffiniert und weiterverarbeitet. Allein bei der Herstellung einer
105 einzelnen Plastiktüte fallen 120 Gramm CO₂ an.

106 Auch in der Entsorgung von Plastik wird eine große Menge an Treibhausgasen
107 freigesetzt, da der Großteil unseres Plastikmülls in Müllverbrennungsanlagen landet.
108 Ginge unsere Plastikproduktion ungebremst weiter, würden allein durch Kunststoffe bis
109 2050 ca. 52,2 Gigatonnen CO₂- Emissionen erzeugt. Damit gingen zwischen 10 und 13
110 Prozent des verbleibenden CO₂-Budgets für das 1,5 Grad-Ziel auf das Konto von
111 Kunststoffen. Laut Schätzungen des Center for International Environmental Law soll
112 sich die Plastikherstellung zukünftig jedoch nicht verringern, sondern sogar bis 2050
113 vervierfachen.

114 Die angestrebte Minderung von 40 Prozent der Treibhausgase von 1990 bis 2020 wird
115 durch die Untätigkeit von Bundes- und Landesregierung voraussichtlich klar verfehlt.

116 Um die globale Erderwärmung doch noch auf unter 1,5 Grad begrenzen zu können, bedarf
117 es einem radikalen Klimaschutz, der auch die Plastikproduktion und -verbrennung nicht
118 außer Acht lassen darf.

119 Aktuell wird das ökologisch abbaubare und aus Maisstärke gewonnene „Bio-Plastik“ als
120 eine Alternative zu herkömmlichem Plastik vorgestellt. Doch das sog. „Bio-Plastik“
121 kann nicht unsere Alternative sein. Der zur Herstellung benötigte Mais wird in der
122 Regel in großen Monokulturen angebaut und ist damit selbst ökologisch kaum tragbar.

123 Deshalb fordern wir:

- 124 • die Förderung von Forschung im Bereich von ökologischen Plastikalternativen
- 125 • eine radikale Beschränkung für neu herzustellendes Plastik
- 126 • kurz- und mittelfristig umgesetzt: Eine Kreislaufwirtschaft, bei der neue
127 Plastikprodukte aus altem, recyceltem Plastik gewonnen werden. Recycling muss
128 Priorität vor der Verbrennung haben!
- 129 • Langfristig: Den kompletten Verzicht auf Plastikprodukte und der konsequente
130 Gebrauch von anderen, ökologischen Materialien

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G10: Bürgerversicherung ist Wahlprogramm

Laufende Nummer: 86

Antragsteller/in:	Marika Timker (SPD-Unterbezirk Aurich)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die SPD nimmt die Bürgerversicherung in das Bundestagswahlprogramm auf

Begründung

Die Bürgerversicherung fordert die SPD schon längere Zeit. Im Koalitionsvertrag 2018 wurde die Umsetzung beschlossen. Die Bürgerversicherung verteilt die Kostensteigerungen im Gesundheitssystem gerecht auf alle Bürger. Die Bürgerversicherung wird damit zu einem Instrument, um die Zwei-Klassenmedizin zu beenden. Die Beendigung der Zwei-Klassenmedizin ist ein Schritt in Richtung einer gerechten und solidarischen Gesellschaft.

Antrag G11: Bildung und Therapien gerecht gestalten

Laufende Nummer: 98

Antragsteller/in:	Mattheus Berg (Cuxhaven)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir Jusos fordern, dass die Kosten des Weges zu Bildungsinstitutionen, ärztlich
- 2 verschriebenen Therapien oder Therapien von diagnostizierten Krankheiten komplett
- 3 übernommen werden.

Begründung

Bildung und Therapien sollten für alle zugänglich sein, unabhängig vom (finanziellen) Hintergrund des Betroffenen. In Deutschland sollte Chancengleichheit für jede*n herrschen. Therapien können unausweichlich und notwendig sein, daher sollte jede*r die Möglichkeit bekommen, diese auch zu erreichen.

Antrag I03: Big Data - Aber richtig!

Laufende Nummer: 74

Antragsteller/in:	Nico Möller (Landesvorstand)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres
Herkunft:	Landesvorstand

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 Im Zeitalter der Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz erhält die Speicherung
2 von Massendaten, sog. Big Data, eine zunehmende Bedeutung. Jedoch kann der
3 Datenschutz in der Auswertung von Big Data schnell außer gefecht gesetzt werden. Aus
4 datenschutzrechtlicher Sicht ist die Verarbeitung von Big Data vielfach bedenklich.
5 Schließlich können in riesigen Datenmengen ohne personenbezogene Daten dennoch
6 Rückschlüsse auf Einzelne geführt werden und somit personenbezogene Daten bzw.
7 sensible Daten abgeschätzt werden. Die Verknüpfung von riesigen Datenmengen
8 unterschiedlicher Datenbanken und der prädiktiven Analyse dieser, stellt eine Gefahr
9 für datenschutzrechtliche Belange der Bürger*innen dar. Hierdurch können die
10 Mechanismen der DSGVO in automatisierten Entscheidungen und Analysen leider in der
11 Praxis schnell ausgehoben werden.

12

13 Wir wollen den blinden Fleck im Datenschutz schließen und den Datenschutzbegriff
14 umfassender denken und erweitern. Daher fordern wir einen strengeren und regulierten
15 Datenschutz auch bei abgeschätzten Daten! Durch prädiktive Analysen*, Mustererkennung
16 oder den Einsatz von künstlicher Intelligenz bei der Auswertung von u.a. Metadaten
17 können sensible Daten entstehen und abgeschätzt werden. So lässt beispielsweise
18 allein die Auswertung von Metadaten wie Zeit, Aufenthalt auf Webseiten und
19 Empfänger*in von Mails oder privaten Nachrichten einer Person Rückschlüsse u.a. über
20 die sexuelle Orientierung, politische Einstellung oder einer Affäre ziehen. Diese
21 sensiblen Daten des Einzelnen entstehen allein aufgrund der Analyse der Metadaten,
22 nicht aufgrund der Analyse des Inhalts. Hieraus können Einzelne benachteiligt werden.
23 Sei es im Gesundheits- oder Finanzwesen, dem Ausschluss im Bewerbungsverfahren oder
24 der präventiven Beobachtung durch Sicherheitskräfte.

25

26 Der Datenschutz muss daher über eine An- und Pseudonymisierung* der Daten hinaus
27 gedacht werden und diese strenger regulieren und muss sich auch auf abgeschätzte
28 Daten erstrecken. Der Schutz unserer Grundrechte muss oberste Priorität besitzen. Wir
29 brauchen ein breiteres Verständnis von Privatsphäre und ein Bewusstsein in unserer
30 Gesellschaft, dass diese Analysen nur möglich sind, da eine breite Masse der
31 Bürger*innen bereitwillig seine Daten zur Verfügung stellt.

32

33 Wir sehen die Chancen, die Big Data und Künstliche Intelligenzen mit sich bringen.
34 Jedoch sollte niemand durch ihren Einsatz benachteiligt oder diskriminiert werden, da
35 schnell eine negative Pauschalisierung stattfinden kann. Schließlich kann der Schutz
36 des einzelnen Individuums nicht nur geleistet werden, wenn das Individuum lediglich
37 "Nein" sagen darf. Auch die Masse an Informationen kann zur Benachteiligung anderer
38 führen. Niedersachsen muss Vorreiter darin werden Datenschutz und Big Data so zu
39 verbinden, dass die Bürger*innen geschützt werden und neue Technologien und
40 Algorithmen nur im Einklang mit Datenschutz funktionieren kann.

41

42 *Definitionen zur Erklärung:

- 43 • Bei anonymisierten Daten handelt es sich um Daten, welche keinerlei
44 Personenbezug besitzen.
- 45 • Bei pseudonymisierten Daten handelt es sich um Daten, bei denen bspw. Nummern
46 statt Identifikationsmerkmale verwendet werden.
- 47 • Prädiktive Analysen analysieren Daten, um zukünftige Ereignisse vorherzusagen.

Antrag I04: Beziehungstat? Femizide!

Laufende Nummer: 31

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 “Familiendrama”, “Beziehungstat” oder “Eifersuchtstat”. So werden Morde an Frauen* in
- 2 den Medien oftmals genannt. Diese Begriffe erwecken den Eindruck, dass die Frauen*
- 3 eine Mitschuld an dem hätten, was mit ihnen passiert. Diese Verharmlosung ist
- 4 zutiefst sexistisch und spiegelt in keinster Weise die Realität wider. Alle drei Tage
- 5 wird in Deutschland eine Frau* von ihrem (Ex-) Partner getötet.
- 6 Die Verharmlosung dieser Taten passiert aber nicht nur in den Medien, sondern auch im
- 7 sich anschließenden Verfahren. “Trennungstötungen”, wie diese Verbrechen genannt
- 8 werden, werden zumeist nicht als Mord gewertet, sondern als Totschlag, da keine
- 9 niedrigen Beweggründe vorlägen. Der Bundesgerichtshof hat erst 2019 diese
- 10 Rechtspraxis zementiert und entschied dazu: “Wenn die Trennung von dem Tatopfer
- 11 ausgeht und sich daher der Angeklagte durch die Tat gerade dessen selbst beraubt, was
- 12 er eigentlich nicht verlieren will”.
- 13 Durch dieses Urteil manifestiert sich der patriarchale Besitzanspruch. Frauen*
- 14 bekommen damit eine Mitschuld, weil sie diesen Besitzanspruch verletzt haben. Mit
- 15 solchen Urteilen wird das Bild des Mannes als “Eigentümer”, “Besitzer” und
- 16 “Herrscher” über die Frau festgeschrieben. In dieser Logik eignet sich der Mann den
- 17 Besitz an der Frau durch den Mord wieder an. Der Mann nimmt sich nur das, was ihm
- 18 zusteht.
- 19 Dabei ist es ganz anders: Es ist der Frauen*hass des Mannes, der zum Mord führt,
- 20 nicht die Entscheidungen der Frau. Deshalb sollten wir diese Taten nennen, was sie
- 21 sind. Es sind Femizide. Deshalb fordern wir:
- 22 • Femizide müssen in den polizeilichen Statistiken als Hassverbrechen erfasst
- 23 werden
- 24 • Trennungstötungen müssen als Femizide gewertet werden
- 25 • Femizide müssen als solche benannt werden
- 26 • Femizide müssen in der juristischen Praxis als solche anerkannt werden, daher
- 27 muss dieser Tatbestand in die juristische Ausbildung aufgenommen werden und
- 28 Richter*innen müssen zu diesem Thema geschult werden

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S07: Bezahlbarer Wohnraum für alle

Laufende Nummer: 87

Antragsteller/in:	Marika Timker (SPD-Unterbezirk Aurich)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Soziales

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Staatliche Bauflächen werden nur noch in Erbpacht vergeben.

Begründung

Es gibt zu wenig Wohnraum für bezahlbares Wohnen. Es braucht Neubauten. Diese werden durch die Preise für Bauland zu teuer. Darum hilft der Verkauf staatlicher Flächen die Preise zu senken. Durch den Verkauf verlieren staatliche Institutionen die Einflussmöglichkeiten. Die Vergabe durch Erbpacht ermöglicht den staatlichen Einfluss auf die Flächen, weil sie im Besitz der staatlichen Institutionen bleibt, und es gibt günstige Bauflächen, weil der Preis durch staatliche Institutionen niedrig festgelegt werden kann.

Antrag A05: Betriebsräte in sachgrundloser Befristung schützen

Laufende Nummer: 61

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Jusos fordern die Bundespartei auf gesetzliche Regelungen zu finden z.B.
- 2 Verlängerung eines Arbeitsverhältnisses entsprechend der Schutzzeiten von
- 3 Betriebsrät*innen, um Betriebsräte in sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnissen
- 4 davor zu schützen, dass ihr Vertrag nicht verlängert wird aufgrund ihrer
- 5 Betriebsratstätigkeit.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A06: Befristungen in der Wissenschaft bekämpfen

Laufende Nummer: 5

Antragsteller/in:	Kimberly Knaupe (SPD-UB Oldenburg-Land)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Landeskonferenz möge beschließen: Eine umfassende Novelle des
- 2 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) auf den Weg zubringen, die
- 3 insbesondere § 2 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes streicht. Weiterhin soll ein
- 4 Förderprogramm zur Schaffung unbefristeter Stellen und Entfristung bestehender
- 5 Stelleneingerichtet werden.

Begründung

Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz in seiner aktuellen Fassung behindert die universitäre Forschung in Deutschland immens. Während Menschen in anderen Ländern der westlichen Welt nach Abschluss ihrer Promotion Aussicht auf eine dauerhafte und planbare Position als post-doc haben, ist die Zukunft deutscher Doktorand*innen von Unsicherheit geprägt. Junge Menschen hangeln sich von einer befristeten (Projekt-)Stelle zur nächsten und haben keine Planungssicherheit um eine Familie zu gründen oder eine Altersvorsorge zu schaffen. Denn hat man nach sechs Jahren als wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in keine der – rar gesäten – unbefristeten Stellen erlangt, darf keine weitere befristete Stelle als wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in mehr angenommen werden. Diese Regelung kommt einem Berufsverbot gleich und ist damit nicht nur ungerecht, sondern macht Deutschland auch als Wissenschaftsstandort unattraktiv. Junge Wissenschaftler*innen wandern aus eben diesem Grund ins europäische Ausland ab, weshalb Deutschland schon jetzt im internationalen Vergleich als Wissenschafts-unfreundlich gilt. Da wir auch nicht wollen, dass deutsche Wissenschaftler*innen bis zu ihrer Rente nur befristete Arbeit verrichten, müssen deshalb an den Universitäten und Hochschulen des Landes unbefristete Stellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs geschaffen werden.

Antrag B23: Bauliche und digitale Ausstattung an Schulen

Laufende Nummer: 66

Antragsteller/in:	David Olef (Osnabrück-Stadt)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 1 Die SPD Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert, die baulichen und
- 2 2 digitalen Anforderungen an Schulen an zeitgemäßen pädagogischen
- 3 3 Konzepten auszurichten.
- 4 4 Bauliche Ausstattungen:
- 5 5 - Funktionsräume zur Differenzierung, für Fachräume und Räume für
- 6 6 Elterngespräche.
- 7 7 - Pausen- und Rückzugsräume für Beschäftigte sowie Schüler*innen
- 8 8 - persönliche Arbeitsplätze für Lehrende
- 9 9 Digitale Ausstattungen:
- 10 10 - technische Wartung und Betreuung für die digitale Ausstattung
- 11 11 schaffen,
- 12 12 - den Lehrenden Hardware bereitstellen,
- 13 13 - den Datenschutz gewährleisten,
- 14 14 - Fortbildungen für Lehrende anbieten,
- 15 15 - unabhängige Medienkonzerne nutzen und fördern
- 16 16 - die digitale Ausstattung an die pädagogischen Konzepte anpassen.

Begründung

Die Aula ist wegen Einsturzgefahr gesperrt. Es regnet mal wieder durch das Flachdach. Schadstoffe, Feinstaub, Schimmel und Lärm verursachen gesundheitliche Beschwerden. Gutes Lernen aber braucht ein gesundes bauliches Umfeld. Die Beseitigung von offensichtlichen Baumängeln kann daher nur der Anfang sein!

Moderne Lernformen, der Ausbau von Ganztageseinrichtungen und Inklusion schaffen zusätzliche Anforderungen an Gebäude und Ausstattung. Allen Bildungsbeteiligten sollte Raum gegeben werden, sich weiterzuentwickeln. Dazu braucht es Lernorte für große, aber auch kleine Gruppen, für unterschiedliche Lernformen, Lesecken, Rückzugsmöglichkeiten und Aufenthaltsräume, aber auch Räume für alle Fachkräfte zur Vorbereitung, zum Austausch und zum Ausruhen. Und

17

Ganztage kann nur mit einer Mensa klappen, die groß genug ist und gesundes Essen für alle anbietet. Er braucht ein spezielles Raumkonzept. So aber sieht die Realität

aktuell leider nicht aus!

Nachholbedarf und Handlungsdruck bestehen bei der Digitalisierung genug. Sie muss vom pädagogischen Anspruch her gedacht werden: Nicht Laptops und Whiteboards um ihrer selbst willen sind die Lösung aller Probleme, sondern die Anschaffung der „Hardware“, die die moderne Pädagogik tatsächlich benötigt. Die Bundesregierung hat 3,5 Mrd. Euro für ein Schulsanierungsprogramm und 5 Mrd. Euro für den „DigitalPakt Schule“ zur Verfügung gestellt. Dennoch hat sich der Sanierungs- und Investitionsstau bei Schulen und Weiterbildung laut der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nochmals vergrößert. Hier liegt er mittlerweile bei 47,7 Mrd., bei der Kleinkindbetreuung bei 7,6 Mrd. und den Hochschulen bei bis zu 50 Mrd. Die Kämmerer*innen in den Städten und Gemeinden raufen sich wegen der Herausforderungen die Haare. Egal ob Unterhalt, Sanierung oder Neubau hat im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen zu gelten: Die Lernorte müssen sich den Anforderungen zeitgemäßer pädagogischer Konzepte anpassen! Mehr Geld für Bildung! Sanierungsstau aufheben! Zeitgemäße Bildungsgebäude ermöglichen!

Quelle:

https://www.gew.de/fleadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2019_05_Flyer_Gebaeude_web.pdf

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/kinder-wuenschen-sich-modernere-architektur-und-ausstattung-ihrer-schule/>

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/wie-digital-sind-deutschlands-schulen/>

https://www.gew.de/fleadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2018_09_24_Ergebnisse_Mitgliederbefragung_Gebaeude.pdf

https://www.gew.de/fleadmin/media/publikationen/hv/Bildung_und_Politik/Bildungsfinanzierung/Bildung_weiter_denken/2018-09-24_Infografik-Mitgliederbefragung.pdf

Antrag A07: Barrierefreie Unternehmen

Laufende Nummer: 56

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass künftig alle Unternehmen ab 25 Angestellten mit einem dauerhaften
- 2 Arbeitsplatz an einem Standort dazu verpflichtet werden, einen barrierefreien Eingang
- 3 am jeweiligen Standort zum Unternehmen zu ermöglichen und dort mindestens 5%
- 4 barrierefreie Arbeitsplätze anzubieten. Ebenso sollen Unternehmen dazu verpflichtet
- 5 werden, am jeweiligen Standort auch barrierefreie Toiletten zu haben.

Begründung

Viel zu oft ist es so, dass es sogar in großen Unternehmen keine barrierefreien Eingänge gibt und auch keine barrierefreien Arbeitsbedingungen ermöglicht werden.

Antrag 01: Arbeitsprogramm

Laufende Nummer: 80

Antragsteller/in:	Johanna Kuipers (Verden), Jakob Blankenburg (Landesvorstand)
Status:	zugelassen

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1 **Arbeitsprogramm**

2 Wir verstehen uns als Vertretung der niedersächsischen Jusos in der öffentlichen
3 Diskussion und der innerparteilichen Willensbildung auf Landesebene. Wir führen die
4 Beschlüsse der Landeskonferenz aus, erledigen die laufenden Geschäfte und
5 koordinieren die politische und organisatorische Arbeit des Landesverbandes.
6 Darüber hinaus bringen wir die jungsozialistischen Positionen in die
7 landespolitischen Debatten ein. Außerdem stehen wir den Unterbezirken und
8 Kreisverbänden als Ansprechpartner*innen zur Seite und unterstützen diese bei ihrer
9 Arbeit. Wir arbeiten partner*innenschaftlich mit Bezirken, Unterbezirken und
10 Kreisverbänden zusammen und nehmen Anregungen und Kritik von allen Seiten gerne auf.

11 **Arbeitsweise**

12 Präsenzsitzungen des Landesvorstandes sollen weiterhin monatlich abgehalten werden,
13 sobald die aktuelle Infektionslage dies zulässt. Diese finden verbandsöffentlich und
14 nach Möglichkeit zentral gelegen statt, um für möglichst viele Jusos erreichbar zu
15 sein. Die Termine können so gelegt werden, dass Sitzungen nach einer gemeinsamen
16 Veranstaltung erfolgen, sodass keine Anfahrt nötig ist, wenn alle vor Ort sind. Es
17 sollen ebenfalls monatliche Telefonkonferenzen stattfinden. Der Abstand zwischen den
18 Präsenzsitzungen und den Telefonkonferenzen soll zwei Wochen betragen, damit ein
19 regelmäßiger Austausch innerhalb des Landesvorstandes stattfindet.
20 Alle Mitglieder des Landesvorstands sollen an den Sitzungen, Telefonkonferenzen,
21 Klausurtagungen, eigenen Veranstaltungen und zentralen Parteiveranstaltungen anwesend
22 sein, sofern es ihnen möglich ist. Nur so können wir uns präsent zeigen und die
23 Partei weiter voranbringen!
24 Wir verstehen uns als präsender Landesvorstand vor Ort, weshalb wir uns bemühen, dass
25 unsere Veranstaltungen im gesamten Landesgebiet, oder wenn nicht anders möglich
26 online, stattfinden. Weiterhin freuen wir uns, wenn wir von anderen Gliederungen der
27 Partei Einladungen für Veranstaltungen erhalten. Wir suchen gleichzeitig das Gespräch
28 mit den einzelnen Parteigliederungen. Der Austausch mit den Unterbezirken und
29 Kreisverbänden ist uns sehr wichtig. Außerdem lebt die Arbeit im Landesverband von
30 den Rückmeldungen der Jusos vor Ort. Deshalb wollen wir Maßnahmen entwickeln, mit
31 denen wir unsere Arbeit evaluieren und bspw. bei der Themensetzung Impulse aus der

32 Basis aufnehmen können. Hierzu werden wir mehr direkten Kontakt zu den Vorsitzenden
33 der UBs und KVs suchen.

34 **Thematische Schwerpunkte**

35 **Inneres**

36 Nachdem die rot-schwarze Niedersächsische Landesregierung im vergangenen Jahr die
37 Befugnisse der Polizei bereits unverhältnismäßig ausgeweitet hat, plant sie einen
38 weiteren Schritt dazu die Freiheitsrechte einzuschränken. Die geplante Novellierung
39 des Verfassungsschutzgesetzes entspricht nicht unseren Vorstellungen von linker
40 Innen- und Sicherheitspolitik. Als Jusos Niedersachsen werden wir den
41 Gesetzgebungsprozess sowohl innerparteilich, als auch in der Öffentlichkeit kritisch
42 begleiten. Für uns steht jedoch grundsätzlich fest, dass der Verfassungsschutz in
43 dieser Form abgeschafft gehört.

44 **Umwelt und Klima**

45 Es ist uns wichtig einen Schwerpunkt auf umweltpolitische Themen zu setzen.
46 Wir wollen uns nach wie vor für einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien,
47 Klimaschutzthemen und den Umweltschutz einsetzen. Dabei werden wir die Arbeit der
48 Regierung und der Fraktion kritisch begleiten und wenn nötig Druck ausüben, wie zum
49 Beispiel im letzten Jahr mit dem Klimaschutzgesetz.
50 Wir werden den Kontakt zu Politiker*innen aufrecht erhalten, um die SPD an die
51 Wichtigkeit der Thematik zu erinnern und um unsere Ansichten in Diskussionen mit
52 einzubringen. Zentral wird für uns im kommenden Jahr hauptsächlich der
53 Wohnraumgipfel. Dort wollen wir unsere Positionen zum studentischen und sozialen
54 Wohnungsbau mit Expert*innen und unserem Umweltminister konkretisieren. Dies wird in
55 Kooperation mit unseren niedersächsischen Hochschulstandorten passieren.

56

57 **Feminismus**

58 Wir werden uns weiterhin für eine Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern
59 einsetzen; in der SPD, in der Landespolitik aber besonders in unserem eigenen
60 Verband. Mit dem im letzten Landesvorstand erarbeiteten Awarenesskonzept wollen wir
61 unsfeministischer aufstellen.
62 Wir sind uns bewusst, dass dies nur ein kleiner Schritt ist und weitere folgen
63 müssen. Noch immer haben wir überwiegend männlich besuchte Themenforen und eine
64 Mehrzahl unserer Referent*innen sind männlich. Das wollen wir ändern! In jedem
65 Bereich, von maritimer Wirtschaft über rechte Strukturen in Niedersachsen bis hin zur
66 Verkehrswende gibt es kompetente Frauen. Wir verpflichten uns dazu nur noch
67 Veranstaltungen zu organisieren wo mindestens die Hälfte der Referentinnen weiblich
68 ist. Ausnahme dürfen hier nur Kamingspräche o.ä. sein, wo nur ein Gast anwesend ist,
69 aber auch diese müssen über das Jahr verteilt ausgeglichen sein.

70 Um unsere Veranstaltungen für weibliche Teilnehmerinnen interessanter und sicherer zu
71 gestalten reicht ein Awarenesssteam alleine nicht aus. Wir müssen männliche Teilnehmer
72 zur Selbstreflexion ihrer Verhaltensweisen bewegen und zugleich einen sicheren Ort
73 für weibliche Teilnehmende schaffen. Ein Mittel dafür sind die Geschlechterplena.
74 Dieses Mittel haben wir bei Onlineveranstaltungen bisher nicht eingesetzt, daher
75 werden wir eine geeignete Möglichkeit erarbeiten Geschlechterplena nicht nur bei
76 Präsenzveranstaltungen durchzuführen.

77

78 Des Weiteren werden wir die Vernetzung der weiblichen Juso Mitglieder innerhalb
79 unseres Verbandes weiter vorantreiben. Sowohl über die WhatsApp Gruppe als auch die
80 Vernetzungstreffen werden wir sobald es möglich ist wieder durchführen. Den ins Leben
81 gerufenen Feminismus Podcast wollen wir weiterführen und so über aktuelle
82 feministische landespolitische Themen informieren.

83

84 **Niedersächsische feministische Politik**

85

86 Nicht nur in unseren eigenen Verband wollen wir feministische Ziele verfolgen. Wir
87 haben bereits eine breite Beschlusslage zu feministische Politik, für die wir uns
88 einsetzen werden. Angefangen bei mehr und besser ausgestatteten Frauenhäusern über
89 eine feministische Verkehrswende hin zu paritätischen Wahlen werden wir als
90 feministischer Richtungsverband unsere Landesregierung und unsere Mutterpartei weiter
91 unter Druck setzen, dass sich endlich etwas ändert. Mit Blick auf die Kommunal- und
92 Bundestagswahlen werden besonders weibliche Kandidatinnen Steine in den Weg gelegt
93 werden, ausgeschlossen werden oder versucht werden andere männliche Kandidaten zu
94 bevorzugen. Dies gilt es zu verhindern, der Landesverband muss hier die Bezirke,
95 Kreisverbände und Unterbezirke unterstützen und jegliche Ungleichbehandlung rigoros
96 anprangern.

97

98 **Bildung**

99 Im kommenden Jahr wird ein inhaltlicher Schwerpunkt für uns die Bildungspolitik sein.
100 Wir möchten uns an dem Projekt des Kultusministeriums "Bildung 2040" orientieren und
101 verschiedene bildungspolitische Seminare durchführen. Dabei ist es besonders wichtig,
102 dass wir uns gemeinsam informieren, diskutieren und aus den
103 Informationsveranstaltungen neue Positionen entwickeln. Wir werden jeweils nach den
104 Veranstaltungen Positionspapiere schreiben, die in Anträge münden sollen. Unsere
105 Positionen werden wir mit den zuständigen Personen der Landtagsfraktion teilen und
106 diskutieren. Außerdem wollen wir den Austausch mit den niedersächsischen
107 Schüler*innen, vertreten durch den Landeschüler*innenrat, sowie der GEW verstärken.
108 Mit beiden Organisationen standen wir bereits im vergangenen LaVo-Jahr in Kontakt und
109 haben mit ihnen Seminare durchgeführt. Außerdem haben wir bereits ein Themenforum zum
110 Schwerpunkt Digitalisierung durchgeführt. Die daraus resultierenden Positionen haben

111 wir in einem Positionspapier gesammelt und möchten sie für die Veranstaltungsreihe im
112 kommenden Jahr nutzen.

113 Inhaltliche Schwerpunkte möchten wir auf frühkindliche Bildung, berufliche Bildung,
114 Inklusion und die Lehrkräfteausbildung setzen. Wichtig für das Lehramtsstudium ist
115 uns, dass die Lehrkräfte der Zukunft optimal auf ihr Berufsleben und den Umgang mit
116 Schüler*innen, aber auch mit verschiedene zukunftsorientierte Methoden vorbereitet
117 werden. Auch die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte muss reformiert und ausgebaut
118 werden, um niedersächsischen Schüler*innen eine optimale schulische Bildung
119 garantieren zu können. Zu den aufgezählten vier Themen wollen wir jeweils ein Seminar
120 organisieren.

121 **Verkehr**

122 Unsere Zukunft ist weitestgehend autofrei. Um längerfristig den Individualverkehr
123 unnötig machen zu können, sind Investitionen in den öffentlichen Verkehr
124 erforderlich. Bus und Bahn müssen flächendeckend die bessere Option darstellen, denn
125 eine Verkehrswende kann nur mit einem attraktiven öffentlichen Personennahverkehr
126 funktionieren.

127 Niedersachsen ist eins der größten Bundesländer und doch sind die Möglichkeiten, das
128 Land mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu durchqueren sehr klein und oftmals viel zu
129 teuer. Jugendliche setzen sich für Klimapolitik ein und können in den meisten Fällen
130 nicht einmal ihren alltäglichen Aktivitäten nachgehen, ohne von den Eltern mit dem
131 Auto gefahren zu werden.

132 Unser Ziel ist weiterhin der kostengünstige ÖPNV im gesamten Land Niedersachsen.

133 Einige Kommunen und Städte wie die Region Hannover, gehen mit der Jugendnetzkarte in
134 die richtige Richtung, jedoch hat nicht jede Kommune die gleichen Voraussetzungen für
135 die Gestaltung einer zukunftsfähigen Mobilität.

136 Uns reichen keine regionalen Lösungen!

137 Öffentliche Verkehrsmittel müssen für alle Jugendlichen in Niedersachsen kostenlos
138 werden, um Eigenständigkeit zu fördern und die Umwelt zu schützen. Langfristig ist
139 unser Ziel den ÖPNV für alle kostenlos nutzbar zu machen.

140 Grundsätzlich müssen wir Maßnahmen identifizieren, die dazu dienen, die Mobilität der
141 Menschen aufrechtzuerhalten und gleichzeitig Treibhausgasemissionen, Lärm und
142 Schadstoffemissionen zu reduzieren.

143 Gerade in den ländlichen Regionen muss insbesondere das Schienen- und Liniennetz
144 deutlich ausgebaut werden, da viele Orte heute noch nicht mit öffentlichem Nahverkehr
145 zu erreichen sind. Zudem muss die Frequenz, in der Busse und Bahnen fahren, deutlich
146 erhöht werden. Damit wollen wir nicht nur jungen Menschen mehr Mobilität ermöglichen,
147 sondern auch Pendler*innen die Chance geben, auf dem Weg zur Arbeit auf das Auto
148 verzichten zu können.

149 Dazu gehört es auch, alltägliche Wege zu verkürzen oder überflüssig zu machen.

150 Im kommenden Jahr werden wir uns weiterhin im Bündnis „Azubi-Ticket JETZT!“ aus DGB
151 Jugend, Jusos, Junge Union, Grüner Jugend und Jungen Liberalen, für ein landesweites

152 Azubi-Ticket engagieren. Dieses soll für alle Auszubildenden und
153 Freiwilligendienstleistende in allen Bussen, Straßenbahnen und Regionalzügen in
154 Niedersachsen gelten und nicht mehr als einen Euro pro Tag kosten.

155 **Digitalpolitik**

156 Buzzwords mit Leben füllen!
157 Digitalisierung, Netzpolitik, Breitbandausbau, Industrie 4.0, KI, u.v.m. sind nur
158 einige Buzzwords die im Repertoire aller Politiker*innen sind. Jetzt fehlen nur noch
159 die Worte "nicht den Anschluss verlieren", "Wir müssen Vorreiter werden" oder "[Hier
160 beliebiges Buzzword einsetzen] ist die Zukunft" und wir haben die
161 Digitalisierungsrede fertig. Da wollen wir nicht mehr mitmachen, es ist Zeit
162 Digitalpolitik nicht nur zu sprechen sondern auch mit leben zu füllen. Dies gilt es
163 nun weiter umzusetzen. Mit Bildungsveranstaltungen und konkreten Forderungen werden
164 wir weiter daran arbeiten, Buzzwords mit Inhalten zu füllen und eine konkrete Vision
165 von Digitalpolitik zu erarbeiten und umzusetzen.

166 **Antisemitismus**

167 Nicht nur aufgrund der vergangenen Anschläge wie in Halle/Saale wird deutlich:
168 Antisemitismus war und ist weiterhin eine Gefahr für Jüdinnen* und Juden in
169 Deutschland. Auch in Niedersachsen stiegen die Zahlen der antisemitischen Straftaten
170 im letzten Jahr deutlich an. Als niedersächsische Jusos wollen wir diesen Zustand
171 nicht länger hinnehmen. Im vergangenen Jahr konnten wir unser Profil durch zwei
172 Anträge - einerseits durch die Benennung von Antisemitismus in den Vereinten
173 Nationen, andererseits durch die Forderung nach einer konsequenten Bekämpfung von
174 Antisemitismus an Schulen - schärfen. Für uns ist klar: Antisemitismus ist kein
175 gesellschaftliches Randphänomen, sondern eine ernsthafte und potentiell tödliche
176 Gefahr für Betroffene!

177

178 Wir stellen uns gegen jeden Antisemitismus. Ob in Gewand einer vermeintlichen
179 "Israelkritik", einer verkürzten Kapitalismuskritik oder gar offen artikuliert -
180 Antisemitismus hat keinen Platz in unseren Reihen! Daher stehen wir auch in den
181 vergangenen Jahren für eine Zusammenarbeit mit antisemitischen Organisationen nicht
182 zur Verfügung. Eine Ablehnung von Antisemitismus oder Personen, die diesen dulden,
183 ist dabei wie im vergangenen Jahr beschlossene Grundvoraussetzung für eine
184 Zusammenarbeit mit uns.

185

186 **Pflege**

187 Der Mangel an Pflegefachpersonen ist allgemein bekannt. Dieser Mangel darf nicht mit
188 ungelerten Hilfskräften ausgeglichen werden. Hierfür muss in den Rahmenverträgen der
189 Kostenträgenden mit den Leistungserbringenden ein Skills-Grade-Mix Konzept eingeführt
190 werden, um qualitativ hochwertige Pflege erbringen zu können. Gefördert werden muss

191 in diesem Zusammenhang auch der Einsatz von akademisch qualifizierten
192 Pflegefachpersonen in der direkten Leistungserbringung. Hierfür müssen Stellen
193 geschaffen werden und die Ausbildung dieser gefördert werden. Um diese Probleme zu
194 behandeln möchten wir in einem Themenforum Pflege darüber diskutieren und einen
195 Antrag erarbeiten.

196 Die drohende Auflösung der Pflegekammer Niedersachsen hat zur Folge, dass
197 Pflegefachpersonen keine eigene Interessenvertretung mehr haben. Die Umfrage war
198 nicht repräsentativ und die Gegner*innen der Kammer haben sich in dieser vermehrt
199 beteiligt. Identifiziert werden müssen Problemlösungsstrategien, wie eine Neugründung
200 einer niedersächsischen Pflegekammer gestaltet werden muss. Denn nur mit
201 Landespflegekammern kann es auch eine Bundespflegekammer geben. Über dieses soll im
202 Themenforum Pflege diskutiert werden.

203 Weiterhin muss auch die sogenannte Heilkundeübertragungsrichtlinie endlich auch in
204 Niedersachsen in Modellstudiengänge überführt werden. Durch Kontakt mit relevanten
205 Politiker*innen und Hochschulen möchten wir die Probleme identifizieren und
206 veröffentlichen.

207 **Finanzpolitik**

208 Das oberste Ziel den Finanzkapitalismus zu überwinden besteht weiterhin. Nachdem wir
209 uns im vergangenen Jahr mit dem Niedersächsischen Leitindex (NISAX) beschäftigt
210 haben, wollen wir auch im folgenden Jahr die Entwicklungen unter Einwirkung der
211 Wirtschaftskrise beobachten und analysieren.

212 Als Jusos Niedersachsen wollen wir uns außerdem mit den durch die Digitalisierung
213 entstehenden Kryptowährungen (z.B. Bitcoin) befassen und uns die Frage stellen,
214 inwiefern wir dem noch unregulierten Zahlungsverkehr etwas entgegenstellen müssen.

215 Gerade in Zeiten der Krise müssen wir schwächere Einkommensschichten stärker
216 entlasten. Für eine gerechte Gesellschaft, in der jede*r so viel zum Gemeinwesen
217 beiträgt, wie sie*er kann, setzen wir Jusos Niedersachsen uns für eine Erhöhung des
218 Spitzensteuersatzes ein.

219 **Arbeit**

220 Niedersachsen ist ein Flächenland, in welchem diverse Kleinbetriebe und große
221 Industriekonzerne ansässig sind. Eine Vielzahl bedeutender Arbeitsplätze finden sich
222 in der Automobil- und Stahlbranche, in der maritimen Wirtschaft und in der Offshore-
223 Industrie. Unser Ziel muss sein, die Arbeitsplätze den aktuellen Gegebenheiten und
224 dem Wandel der Zeit anzupassen und zu sichern. Dabei sind vor allem die
225 Digitalisierung und der damit verbundene Wandel von großer Bedeutung. Unser Ziel muss
226 weiterhin sein, sichere Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen für alle Menschen
227 zu schaffen. Konkret bedeutet das, dass wir uns auch im kommenden Jahr für eine
228 gerechte und solidarische Arbeitswelt in Niedersachsen stark machen.

229 **Kommunalwahl 2021**

230 Im kommenden Jahr wird in den Unterbezirken/ Kreisverbänden der Fokus der politischen
231 Arbeit auf den Kommunalwahlen liegen. Es ist längst überfällig den Altersdurchschnitt
232 in den Parlamenten zu senken. Dafür müssen wir es schaffen, dass viele Jusos für die
233 Parlamente kandidieren, sich auf einem aussichtsreichen Platz auf der Liste
234 positionieren können und gut vorbereitet ihr Amt anzutreten.

235 Um die Jusos landesweit effektiv zu unterstützen, planen wir eine Jugendwahlkampagne.
236 Diese umfasst Bildungsarbeit, Vernetzungsangebote, Material für den Wahlkampf und
237 vieles mehr. Wir wollen als Ansprechpartner*innen fungieren und interessierte
238 Personen ermutigen zu kandidieren. Diese Kampagne soll in enger Absprache mit den
239 Bezirken geplant werden, damit die Angebote der Gliederungen einander ergänzen und
240 nicht in Konkurrenz zueinander stehen.

241 Auf einer (digitalen) Konferenz der Unterbezirke und Kreisverbände wollen wir Anfang
242 2021 die Funktionsträger*innen vor Ort, aber auch Juso-Kandidat*innen mit den
243 Fähigkeiten ausstatten, einen begeisternden und modernen Wahlkampf vor Ort zu
244 führen.

245 In den letzten Wochen vor der Wahl werden wir darüber hinaus mit einem Bus in ganz
246 Niedersachsen unterwegs sein und mit Aktionen vor Ort unterstützen.

247 **Bildungsarbeit**

248 Insbesondere in der aktuellen Situation, werden wir durch die pandemiebedingten
249 Maßnahmen einen Teil der Bildungsarbeit weiterhin digital umsetzen.

250 Ein wichtiger Teil der Bildungsarbeit sind die Themenforen. Auch weiterhin sollen zu
251 möglichst vielen Bereichen Themenforen stattfinden. Diese Tagesveranstaltungen
252 ermöglichen, sich an einem Tag, mit Hilfe von externen Referent*innen, in Form von
253 Workshops oder Kamingesprächen intensiv mit einem Thema auseinanderzusetzen.

254 In den vergangenen Monaten haben wir darüber hinaus festgestellt, dass besonders
255 kürzere Abendveranstaltungen großen Zulauf bekommen. Aus diesem Grund werden wir
256 weiterhin Online-Veranstaltungen, wie Lesungen, kurze Workshops oder
257 Diskussionsrunden mit Politiker*innen und Expert*innen durchführen.

258 Jusos fit für die Parlamente

259 Noch immer ist der Altersdurchschnitt in den Parlamenten viel zu hoch. Es ist längst
260 überfällig, dass auch junge Menschen die Chance bekommen, parlamentarische Arbeit zu
261 leisten. Leider stoßen sie auf dem Weg dorthin oft auf Barrieren. Bei den Kommunal-
262 und Landtagswahlen 2021/2022 werden wir dazu beitragen, dass sich das ändert. Wir
263 wollen junge Menschen in Niedersachsen dabei unterstützen, einen aussichtsreichen
264 Listenplatz zu besetzen. Wir wollen sie, insbesondere junge Frauen*, empowern und
265 ihnen mit einer Kampagne und mit Bildungs- und Vernetzungsangeboten zur Seite stehen.

266

267 Landesverbandswochenenden

268 Die Landesverbandswochenenden sind eine gute Möglichkeit, um andere Jusos aus ganz
269 Niedersachsen kennenzulernen. Sofern die aktuelle Infektionslage dies zulässt, werden

270 diese weiterhin stattfinden. Damit sie bei möglichst allen Mitgliedern in den
271 Zeitplan passen, finden sie von Samstagvormittag bis Sonntagnachmittag statt. Bei der
272 Wahl des Veranstaltungsortes wird darauf geachtet, dass dieser schwerpunktmäßig
273 zentral und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist.

274 Die Landesverbandswochenenden sollen, neben inhaltlichen Schwerpunkten, auch
275 zukünftig genutzt werden, um in den Workshops grundlegende Skills zu erlernen (z.B.
276 Rhetorik, Einführung in die Verbandsarbeit, Social Media,...).

277 **Öffentlichkeitsarbeit**

278 **Social Media**

279 Die Social-Media-Kanäle des Landesvorstandes sind für diesen die beste Möglichkeit
280 seine inhaltliche Arbeit nach außen zu tragen, wie Positionen zu beziehen oder auch
281 einen ersten Einblick in einzelne aktuelle Themen zu ermöglichen. Mit Themenwochen
282 wollen wir weiterhin tiefere Einblicke in die verschiedenen Arbeitsgruppen gewähren.

283 In der letzten Periode haben wir das Social Media Team des Landesvorstandes geöffnet
284 und Genoss*innen aus ganz Niedersachsen die Möglichkeit gegeben, in diesem
285 mitzuarbeiten. In Kombination mit einem regelmäßig gemeinsam ausgearbeiteten
286 Postingplan lässt sich die Aktivität so in Zukunft deutlich steigern.

287 **Podcasts**

288 Die Podcasts haben unterschiedliche Grundthemen, es gibt bislang einen Podcast zu
289 Feminismus und einen zu Strukturen und Arbeit in der Politik. Ziel ist es, dass sich
290 die Verantwortlichen regelmäßig treffen um ca. Jeden Monat eine Folge veröffentlichen
291 zu können. Es ist auch möglich, dass die Organisator*innen eine*n Gäst*in einladen um
292 deren Arbeit in der Folge vorzustellen.

293 Ziel ist es durch die Podcast Informationen an unser Zielgruppe weiter zu leiten.

294 **Verbandsarbeit**

295 Um die Mitglieder unseres Verbandes über aktuelle Themen, Diskussionen und
296 Veranstaltungen zu informieren, wollen wir als Landesvorstand im kommenden Jahr
297 vermehrt über den Telegram Kanal und die Facebook Gruppe mit den Mitgliedern
298 interagieren und als Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen. Dies soll als
299 zusätzliches Mittel zu den bestehenden Info-Mails fungieren und diese ergänzen.

300 Die direkte Kommunikation mit den Unterbezirken und Kreisverbänden ist für uns als
301 Landesvorstand der Jusos Niedersachsen von großer Bedeutung. Daher wollen wir
302 weiterhin die Vorsitzenden der Unterbezirke und Kreisverbände mit Hilfe des Mail-
303 Verteilers informieren. Wir möchten außerdem einen Vorsitzenden-Call einführen. Dabei
304 sollen die Vorsitzenden aller Unterbezirke und Kreisverbände über die Arbeit im
305 Landesvorstand informiert werden. Darüber hinaus gibt es dort die Möglichkeit sich
306 über weitere Themen auszutauschen, um einen direkten Kontakt zu allen Unterbezirken
307 und Kreisverbänden außerhalb der jährlichen Unterbezirkskonferenz herzustellen und

308 aufrecht zu halten.

309

310 Die Corona Pandemie hat uns gezeigt, dass wir als Verband in Sachen Digitalisierung
311 noch einiges aufzuholen haben. Kurzfristig waren wir Jusos deshalb auf kommerzielle
312 Angebote von Cloud Diensten, Videokonferenzanbieter*innen usw. angewiesen. Der Umgang
313 mit dem Datenschutz entspricht bei diesen Anbieter*innen jedoch nicht den Standards,
314 die wir als Jusos vertreten. Deshalb ist die logische Konsequenz, dass wir als Jusos
315 eine eigene digitale Infrastruktur aufbauen. Der Landesvorstand wird aus diesem Grund
316 einen Server für Videokonferenzen und Clouddienste aufbauen und diesen den
317 Unterbezirken und Kreisverbänden und Bezirken für Ihre Arbeit zur Verfügung stellen.

318 **Bündnisarbeit**

319 Wir wollen weiterhin Bündnispartner*innenarbeit betreiben, d. h., dass wir bestehende
320 Bündnisse weiterführen und versuchen, neue Bündnisse aufzubauen. Dabei ist es uns
321 wichtig darauf zu achten, dass unsere Bündnispartner*innen nicht in Konflikt mit dem
322 Selbstverständnis der Jusos stehen. Für eine Zusammenarbeit mit rassistischen,
323 sexistischen, antifeministischen, homophoben oder antisemitischen Organisationen,
324 Gruppierungen und Strukturen stehen wir Jusos nicht zur Verfügung.

325 **Zusammenarbeit mit Partei und Fraktion**

326 Mit unserer Mutterpartei und der Fraktion sind wir in kritischer Solidarität
327 verbunden. Wir arbeiten konstruktiv, um die Partei voranzubringen und kritisieren,
328 wenn nötig. Darüber hinaus werden wir weiterhin für eine inhaltliche, personelle und
329 organisatorische Erneuerung der Partei streiten. Diese muss von allen Beteiligten
330 ernsthaft verfolgt werden. Wir werden aktiv daran arbeiten diese Punkte umzusetzen
331 und uns einzubringen, damit diese nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der
332 alltäglichen Parteiarbeit gelebt werden.

333

334 Wir werden den regelmäßigen Austausch mit Partei- und Fraktionsführung suchen und uns
335 in innerparteiliche Prozesse und Debatten einmischen.

Antrag A08: Arbeit 4.0 für Arbeitnehmer*innen nutzen: 30 Stunden Woche einführen

Laufende Nummer: 6

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1
Wir fordern die Reduzierung der maximalen Wochenarbeitszeit von derzeit 48 Stunden
2
(für 6 10
3
Werkstage) auf maximal 36 Stunden (für 6 Werkstage) und somit 30 Stunden bei einer
4
regulären 5-Tage-Woche. Begründung: Im Zuge der 4. industriellen Revolution ist es
5
Zeit auch die Arbeitnehmer*innen am Fortschritt zu beteiligen. Die ersten Schritte
6
sollten hierzu sein die temporäre Arbeitsbelastung zu reduzieren, um so den
7
Arbeitnehmerinnen eine bessere Vereinbarkeit von Leben und Beruf zu ermöglichen.

Antrag A09: Anpassung des Entgeltfortzahlungsgesetz

Laufende Nummer: 64

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Die Entgeltfortzahlung soll bereits nach dem ersten geleisteten Arbeitstag des*der
- 2 Arbeiternehmer*in gelten.
- 3 Weiterleitung: SPD Landesparteitag

Begründung

Krankheit darf keine finanziellen Sorgen verursachen. Niemand kann garantieren, dass man über eine bestimmte Zeit Gesund bleibt. Eine Erkältung oder ähnliches kommt ungeplant, niemand kann also etwas dafür. Daher kann es nicht sein, dass wenn man Krank wird, dies mit finanziellen Problemen zusammenhängt.

Antrag D08-Ä01: Änderungsantrag zu D08

Laufende Nummer: 101 • Änderungsantrag zu D08

Antragsteller/in:	Larissa Freudenberger (SPD-UB Göttingen)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Zeile 32

- 32 Die Jusos ~~Göttingen~~Niedersachsen solidarisieren sich mit den Opfern rechter Gewalt, das heißt:
- 33 Kein Schlussstrich - Aufklärungsarbeit über das Ende des Prozesses hinaus.

Zeile 53

- 53 • Die Jusos
~~Göttingen~~
Niedersachsen
fordern auch weiterhin eine Reformierung der
- 54 Sicherheitsbehörden. Spätestens seit dem NSU Prozess hat der Verfassungsschutz
- 55 gezeigt, dass er nicht geeignet ist für die Aufklärung und Abwehr rechten
- 56 Terrors und Gewalt. Der Verfassungsschutz muss abgeschafft werden!

Antrag A08-Ä03: Änderungsantrag zu A08

Laufende Nummer: 105 • Änderungsantrag zu A08

Antragsteller/in:	Nina Nellen (SPD-UB Göttingen)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Zeile 4

- 1 Wir fordern die Reduzierung der maximalen Wochenarbeitszeit von derzeit 48 Stunden
- 2 (für 6 10
- 3 Werkstage) auf maximal 36 Stunden (für 6 Werkstage) und somit 30 Stunden bei einer
- 4 regulären 5-Tage-Woche. Die Reduzierung der Arbeitszeit soll in mehreren Schritten erfolgen.
- 5 **Begründung:** Im Zuge der 4. industriellen Revolution ist es
- 5 Zeit auch die Arbeitnehmer*innen am Fortschritt zu beteiligen. Die ersten Schritte
- 6 sollten hierzu sein die temporäre Arbeitsbelastung zu reduzieren, um so den
- 7 Arbeitnehmerinnen eine bessere Vereinbarkeit von Leben und Beruf zu ermöglichen.

Antrag A08-Ä02: Änderungsantrag zu A08

Laufende Nummer: 104 • Änderungsantrag zu A08

Antragsteller/in:	Nina Nellen (SPD-UB Göttingen)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Zeile 0 - 7

.

.

.

0

~~Wir fordern die Reduzierung der maximalen Wochenarbeitszeit von derzeit 48 Stunden~~

.

1

~~(für 6-10~~

.

2

~~Werkstage) auf maximal 36 Stunden (für 6 Werkstage) und somit 30 Stunden bei einer~~

.

3

~~regulären 5-Tage-Woche. Begründung: Im Zuge der 4. industriellen Revolution ist es~~

.

4

~~Zeit auch die Arbeitnehmer*innen am Fortschritt zu beteiligen. Die ersten Schritte~~

.

5

~~sollten hierzu sein die temporäre Arbeitsbelastung zu reduzieren, um so den~~

.

6

~~Arbeitnehmerinnen eine bessere Vereinbarkeit von Leben und Beruf zu ermöglichen.~~

Zeile 4

füge hinzu:

7

Die Reduzierung der Arbeitszeit soll in mehreren Schritten erfolgen.

Antrag A08-Ä01: Änderungsantrag zu A08

Laufende Nummer: 103 • Änderungsantrag zu A08

Antragsteller/in:	Larissa Freudenberger (SPD-UB Göttingen)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Zeile 1

- 1 Wir fordern die Reduzierung der maximalen Wochenarbeitszeit, bei vollem Lohnausgleich,
von derzeit 48 Stunden
- 2 (für 6 10
- 3 Werkstage) auf maximal 36 Stunden (für 6 Werkstage) und somit 30 Stunden bei einer
- 4 regulären 5-Tage-Woche. Begründung: Im Zuge der 4. industriellen Revolution ist es
- 5 Zeit auch die Arbeitnehmer*innen am Fortschritt zu beteiligen. Die ersten Schritte
- 6 sollten hierzu sein die temporäre Arbeitsbelastung zu reduzieren, um so den
- 7 Arbeitnehmerinnen eine bessere Vereinbarkeit von Leben und Beruf zu ermöglichen.

Antrag A07-Ä01: Änderungsantrag zu A07

Laufende Nummer: 102 • Änderungsantrag zu A07

Antragsteller/in:	Larissa Freudenberger (SPD-UB Göttingen)
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Arbeit

Die Landeskonferenz möge beschließen:

Zeile 5

- 1 Wir fordern, dass künftig alle Unternehmen ab 25 Angestellten mit einem dauerhaften
- 2 Arbeitsplatz an einem Standort dazu verpflichtet werden, einen barrierefreien Eingang
- 3 am jeweiligen Standort zum Unternehmen zu ermöglichen und dort mindestens 5%
- 4 barrierefreie Arbeitsplätze anzubieten. Ebenso sollen Unternehmen dazu verpflichtet
- 5 werden, am jeweiligen Standort auch barrierefreie Toiletten zu haben. Für diese Maßnahmen soll es auch staatliche Mittel geben, die die Unternehmen nutzen können.

Antrag G12: An Apple a day keeps the doctor away!

Laufende Nummer: 29

Antragsteller/in:	Hannah Dißelbeck (SPD-UB Göttingen)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gesundheit und Pflege

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dem Themenfeld „gesundheitliche Bildung“ im Sachkundeunterricht der
- 2 Grundschulen und im Biologieunterricht der weiterführenden Schulen einen weiten Platz
- 3 einzuräumen. Inhaltlich sollen die Schüler*innen Prinzipien gesundheitsfördernder
- 4 Lebensführung (Ernährung, Sport, Schlaf-Wach-Rhythmus, Risikoverhalten) verstehen.
- 5 Dafür sollen anatomische, physiologische und hygienischen Grundlagen vermittelt
- 6 werden, die Implikationen für das eigene Verhalten erarbeitet werden und der
- 7 gesellschaftliche Kontext gesundheitsrelevanten Verhaltens reflektiert werden.
- 8 Besonders im Zusammenhang mit dem Sexualkundeunterricht ist neben der Aufklärung über
- 9 sexuell übertragbare Infektionen auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt
- 10 einzugehen.
- 11 Die Schüler*innen sollen nicht nur theoretische Kenntnisse zur gesunden Lebensführung
- 12 gewinnen, sondern ihren (Schul-)alltag auch selbst gesundheitsförderlich gestalten
- 13 können. Dafür sollen partizipative Strukturen und neue Lernmethoden in allen
- 14 Altersstufen und Schulformen ermöglicht und aktiv unterstützt werden.

Begründung

Nicht nur inadäquates Verhalten in der sog. „Corona-Krise“, sondern auch der weiterhin erschreckend hohe Anteil an rauchenden Jugendlichen und der Mangel an körperlichem Training bei vielen jungen Menschen zeigt, wie wichtig eine frühe und umfassende gesundheitliche Bildung für alle ist. Besonders das früh erlernte Verhalten und die gewonnenen Einstellungen zu Ernährung, Sport, Schlaf und psychischem Eigenschutz prägen für das ganze Leben. Hier können die Schulen selbstverständlich die häusliche Erziehung nicht ersetzen, sie können in diesen Bereichen aber wichtige Akzente setzen. Da gesundheitsrelevantes Verhalten stark sozial stratifiziert ist, kann eine umfassende Bildung zu diesem Themenbereich in allen Schulformen dazu beitragen, die sozial bedingten verschiedenen Gesundheitsrisiken zu relativieren.

Da viele der häufigen und schweren Erkrankungen in der Bevölkerung besonders durch die Reduktion von gesundheitsschädlichem Verhalten (wie Rauchen, unausgewogene Ernährung, Bewegungsmangel) behandelt werden können, ermöglicht eine breite und frühe gesundheitliche Bildung auch eine deutliche Verbesserung der Gesundheit der Bürger*innen.

Gesundheitsrelevantes Verhalten betrifft die alltäglichen Strukturen und muss deshalb im Alltag erlernt und in diesen integriert werden. Wenn die Schüler*innen solche Veränderungen des Alltags selbst gestalten können, steigt die Motivation an solchen Veränderungen teilzunehmen.

Außerdem haben die Schüler*innen hier Gelegenheit, demokratische Prozesse kennenzulernen, praktisch umzusetzen und Verantwortung zu übernehmen.

Antrag B24: Aktionstage Feminismus und Antifaschismus an Schulen

Laufende Nummer: 54

Antragsteller/in:	Hannes Henze (UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Weiterführende Schulen sollen dazu angehalten und dabei unterstützt werden, jährlich
- 2 Aktionstage zu den Themen Feminismus und Antifaschismus durchzuführen. Die
- 3 Aktionstage sollen zur Aufklärung und Sensibilisierung beitragen und in den Lehrplan
- 4 integriert werden.
- 5 Weiterleitung: SPD Landesparteitag

Begründung

Rassismus und fremdenfeindliche Gedanken haben in den letzten Jahren wieder zugenommen. Die AfD verkörpert dieses Gedankengut sogar im Bundestag und auch auf kommunaler Ebene. Der Aktionstag Antifaschismus soll Jugendliche für das Thema sensibilisieren und auch zur Aufklärung dienen.

Die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen gibt es noch immer. Der Aktionstag Feminismus soll bspw. über die „Gläserne Decke“ (Umso höher die Position oder umso verantwortungsvoller die Jobs sind, desto weniger Frauen sind vertreten) aufklären und sensibilisieren. Er soll über die Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern aufmerksam machen.

Antrag Fin03: Abschaffung der SCHUFA – Einführung einer staatlichen Wirtschaftsauskunft

Laufende Nummer: 8

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	Fin - Finanzen

Die Landeskonferenz möge beschließen:

1

2 Einleitung

3 Die Schufa Holding AG ist eine privatwirtschaftliche Wirtschaftsauskunftei, die unter
4 anderem Banken Auskunft über die Bonität von Kunden gibt. Dafür sammelt sie über 943
5 Millionen Einzeldaten zu 67,7 Millionen natürlichen Personen und 6 Millionen
6 Unternehmen. Das Unternehmen mit etwa 900 Angestellten macht dabei einen Umsatz von
7 etwa. 190 Mio. (2016), vgl. Wikipedia.

8 Forderung:

9 Verbot von privaten Wirtschaftsauskunfteien, zur Bewertung der Bonität von
10 Unternehmen und Personen. Als Ersatz wird eine unabhängige öffentliche Stelle
11 geschaffen, die das Verfahren transparent gestaltet und den betroffenen Firmen bzw.
12 Personen alle gesammelten Daten und Schlussfolgerungen kostenfrei Auskunft geben
13 muss. Ihre primäre Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass sich Unternehmen und
14 Privatpersonen nicht überschulden.

15

16

Begründung

Begründung:

Bis auf die Sparkassen nutzen nahezu alle größeren Banken eine Bonitätsauskunft der Schufa. Dabei ist die Art und Weise, wie private Firmen, wie bspw. die Schufa, diese Auskünfte geben. Rechtlich gesehen handelt es sich hierbei, um ein Geschäftsgeheimnis. Somit hat die Arbeit eines einzelnen privaten und intransparenten Unternehmens die Macht über die Konditionen und die allg. Kreditvergabe von Unternehmen, Familien etc. Dabei hängen nicht in wenigen Fällen viele Existenzen an einer solchen Bewilligung.

Grundsätzlich soll in diesem Antrag die Notwendigkeit einer solchen Auskunft nicht in Frage gestellt werden. Vielmehr wird darauf hingewiesen, dass ein Fehler, den man Aufgrund des Betriebsgeheimnisses nicht von außen aufdecken kann, dazu führt, dass sich Menschen kein Haus, Auto oder sonstige häufig dringend benötigte größere Anschaffungen nicht mehr leisten können. Ein gesellschaftsrelevantes Thema wie dieses muss in öffentlicher Hand sein, um

Transparenz und Unbestechlichkeit sicherzustellen.

Antrag B25: Abschaffung der Begrenzung der Versicherung für Studierende auf den Zeitraum von 14. Fachsemestern

Laufende Nummer: 7

Antragsteller/in:	Sabine Reinecke (Bezirk Braunschweig)
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Landeskonferenz möge beschließen:

- 1 Abschaffung der Begrenzung der Versicherung für Studierende auf den Zeitraum von 14.
- 2 Fachsemestern

3 Derzeit sind Studierende ab einem Alter von 25 Jahren...Studierenden zu nutzen“
4 durch: Derzeit ist es Studierenden ab einem Alter von 25 Jahren nicht mehr möglich
5 über die Familienversicherung versichert zu sein. Sie müssen sich über eine
6 studentische Krankenversicherung selbst finanzieren. Dieser Grundbetrag liegt bei ca.
7 66 € monatlich – zuzüglich Pflegeversicherungsbeitrag und Zusatzbeitrag der
8 Krankenversicherung. Dementsprechend sind dann ungefähr 80-90 € fällig. Sollte
9 während des Studiums das 30. Lebensjahr erreicht werden oder das 14. Fachsemester
10 vollendet sein, fällt der*die Studierende auch aus der studentischen
11 Krankenversicherung heraus. Er*Sie muss sich nun freiwillig versichern lassen, was
12 deutlich höhere Beiträge nach sich zieht. Nach einer ermäßigten Übergangsphase von 6
13 Monaten, muss dann der Tarif von etwa 140 € zuzüglich Pflegeversicherungsbeitrag und
14 Krankenkassenbeitrag erbracht werden.

15